

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

54. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom 14. bis 18. November 2008 in Valencia, Spanien

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
Teilnehmer der deutschen Delegation	1	<i>Abgeordneter Robert Hochbaum (CDU/CSU), Abgeordneter Lothar Ibrügger (SPD), Abgeordnete Ursula Mogg (SPD), Abgeordneter Ruprecht Polenz (CDU/CSU), Abgeordneter Hans Raidel (CDU/CSU), Abgeordneter Kurt J. Rossmanith (CDU/CSU), Abgeordneter Dr. Rainer Stinner (FDP).</i>
Ablauf der Tagung	1	Bundesrat: <i>Staatminister Volker Bouffier (CDU), Hessen, Leiter der Delegation, Minister Lorenz Caffier (CDU), Mecklenburg- Vorpom- mern, Minister Lothar Hay (SPD), Schleswig-Holstein, Minister Holger Hövelmann (SPD), Sachsen-Anhalt, Minister Ulrich Mäurer (SPD), Bremen, Minister Jörg Schönböhm (CDU), Brandenburg Minister Ingo Wolf (FDP), Nordrhein-Westfalen.</i>
Politischer Ausschuss (PC)	1	
Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)	7	
Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)	12	
Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)	15	
Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)	22	
Plenarsitzung	24	
Entschließungen	29	
Erklärung	34	

Die 54. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PV) fand vom 14. bis 18. November 2008 in Valencia, Spanien, statt.

Teilnehmer der deutschen Delegation

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten die folgende Delegation:

Deutscher Bundestag:

Abgeordneter Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU), Leiter der Delegation,

Abgeordneter Markus Meckel (SPD), stellvertretender Leiter der Delegation,

Abgeordneter Kurt Bodewig (SPD),

Die Sitzungen der Ausschüsse fanden am Samstag, 15. November 2008, und Sonntag, 16. November 2008, statt. Das Plenum tagte am Dienstag, 18. November 2008.

Politischer Ausschuss (PC)

Der Politische Ausschuss tagte am Samstag, 15. November 2008, und am Sonntag, 16. November 2008, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Markus Meckel** (Deutschland).

I. Überblick über die Themen

Im Mittelpunkt der Beratung standen die Krisensituation im Südkaukasus nach dem bewaffneten Konflikt zwischen der Russischen Föderation und Georgien im August 2008 und deren Folgen für das Verhältnis zwischen

der NATO und der Russischen Föderation. Weitere Themen waren die politische Situation im Iran sowie in Afghanistan und Pakistan, die zukünftigen politischen Schwerpunkte der NATO sowie der Beitrag der Versammlung zur Erarbeitung eines neuen Strategischen Konzeptes der Allianz. Darüber hinaus erörterten die Delegierten das sich entwickelnde Partnerschaftsprogramm der NATO und die Annäherung Südosteuropas an die euroatlantischen Strukturen.

II. Vortrag von Miguel Angel Moratinos, Außenminister Spaniens, zum Thema „Sicherheitsrisiken aus dem nordafrikanischen Raum“

Minister **Miguel Angel Moratinos** wies darauf hin, dass Spanien im Jahr 2010 – wenn voraussichtlich auch das neue Strategische Konzept der NATO verabschiedet werden soll – die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union (EU) übernehmen werde. Die Erarbeitung des neuen Strategischen Konzeptes sei eine gute Gelegenheit, die Aktivitäten der NATO und der EU stärker aufeinander abzustimmen. Spanien werde im Sinne eines *comprehensive approach* dazu beitragen, die Rolle der Allianz als verlässliche Institution zur Bekämpfung internationaler Bedrohungen zu stärken. Im Hinblick auf den Afghanistan-Einsatz betonte der Minister, es sei sehr wichtig, die afghanische Bevölkerung in den gesamten Prozess der Befriedung und des Wiederaufbaus des Landes einzubeziehen. In Afghanistan würden für das Jahr 2009 Wahlen vorbereitet. Das Bestehen dieses Testes sei ausschlaggebend für das Ansehen der internationalen Gemeinschaft. Spanien lege in Afghanistan einen Schwerpunkt auf den Ausbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie auf Straßen- und Schulbau. Die Landwirtschaft sei ein für das Land sehr wichtiger Bereich und müsse funktionieren. Der Mohnanbau müsse bekämpft und der Anbau von Kulturpflanzen unterstützt werden. Gleichzeitig müsse allerdings auch der Lebensunterhalt der Bevölkerung gesichert werden. In Hinblick auf den NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008 erklärte der Minister, Spanien fühle sich Georgien und der Ukraine gegenüber an die grundsätzliche Zusage einer Beitrittsmöglichkeit zum Bündnis gebunden. Beim Mittelmeerdialo g wolle Spanien vor allem das Thema der kollektiven Sicherheit fokussieren. Die NATO könne dabei die Rolle eines Garanten für den Frieden in der Region, insbesondere im Nahen Osten, übernehmen. Das Bündnis verfüge inzwischen über gute Beziehungen zur arabischen Welt. Die Haltung beider Seiten habe sich sehr geändert, sodass man sich heute fragen könne, wie die NATO in Nahost als Katalysator eingesetzt werden und ihre Kontakte nutzen könne.

Der Abgeordnete **Bruce George** (Vereinigtes Königreich) brachte seine Anerkennung dafür zum Ausdruck, dass sich Spanien innerhalb einer Generation vollständig gewandelt und von einer Diktatur zu einem anerkannten Staat in Europa entwickelt habe. Derzeit sei der Umgang mit der Russischen Föderation problematisch. Er erkundigte sich daher nach der Haltung Spaniens zu den Positionen der NATO, der EU und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in

Hinblick auf den Konflikt in Südossetien. Die Abgeordnete **Ana Maria Gomez** (Europäisches Parlament) wies auf das Problem der Weiterverbreitung von Atomwaffen hin. Der gewählte Präsident der Vereinigten Staaten Barack Obama wolle für eine nuklearwaffenfreie Welt eintreten. Sollte nicht auch die NATO im Rahmen ihres neuen Strategischen Konzeptes diese Frage aufgreifen? Abgeordneter **Denis MacShane** (Vereinigtes Königreich) erklärte, der Aufbau Afghanistans sei nur mit einer größeren Anzahl Soldaten möglich. Er fragte, ob Spanien nach wie vor die Position vertrete, dass die Aufstockung des spanischen Kontingents nicht infrage komme. In seiner Antwort bedankte sich **Miguel Angel Moratinos** für die Anerkennung der Entwicklung seines Landes. Angesichts der Eskalation im Südkaukasus forderte er eine Veränderung der Beziehungen zur Russischen Föderation. Es sei notwendig, dass die Europäer sehr strikt ihre Prinzipien verteidigten, damit sie von Russland respektiert würden. Für den Dialog mit Russland sei ein klarer Rahmen nötig. Allerdings dürfe der Dialog niemals unterbrochen werden. Insbesondere angesichts seiner Abhängigkeit von Russland im Bereich der Energieversorgung solle Europa seine Position gegenüber dem Land stärken. Die Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen müsse ein Hauptthema für die Internationale Atomenergieorganisation (IAEA) sein. Zur Verringerung dieses Risikos müsse alles Mögliche getan werden. Spanien plane nach wie vor keine Erhöhung seines Afghanistankontingents. Zwar sei eine militärische Präsenz in dem Land notwendig, es gebe dort aber bereits sehr viele Akteure. Außerdem sei der wirtschaftliche Beitrag Spaniens beachtlich. Das Land leiste seinen größtmöglichen Beitrag zum Wiederaufbau Afghanistans. Noch vor kurzem sei die Einstellung der spanischen Bevölkerung gegenüber der NATO nicht sehr positiv gewesen. Zwar habe sich dies inzwischen geändert, allerdings solle die Diskussion nicht auf eine Erhöhung des militärischen Beitrags fokussiert werden. Die öffentliche Meinung in Spanien fordere hier mehr Zurückhaltung. Bei der Entwicklung des neuen Strategischen Konzeptes der Allianz solle großer Wert auf Transparenz gelegt werden, um die Bevölkerungen der Mitgliedstaaten an der Debatte zu beteiligen.

III. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Die künftige politische Agenda der NATO“, vorgelegt von Generalberichterstatterin Senatorin Raynell Andreychuk (Kanada)

Die Generalberichterstatterin Senatorin **Raynell Andreychuk** (Kanada) forderte angesichts der Herausforderungen, vor denen die Allianz bei ihrem Einsatz in Afghanistan und bei der Entwicklung eines neuen Verhältnisses zur Russischen Föderation nach der Eskalation des Konflikts im Südkaukasus stehe, folgende konkrete Schritte: Die Allianz müsse ihre militärische Aktionsfähigkeit erweitern, sich in die Lage versetzen, zukünftigen Bedrohungen zu begegnen, und besser mit internationalen Partnern zusammen arbeiten. Dafür sei die Entwicklung eines neuen Strategischen Konzeptes erforderlich. Auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008 sei al-

len europäischen Staaten, auch der Ukraine und Georgien, die Perspektive der Mitgliedschaft in der NATO eröffnet worden. Diese Entscheidung habe möglicherweise Russland zum Handeln im Südkaukasus gedrängt. Nach der Absage mehrerer Treffen auf Regierungs- und parlamentarischer Ebene als Folge der Eskalation sei es zu begrüßen, dass die russische Delegation an der Tagung in Valencia teilnehme und mit den Mitgliedern der NATO PV diskutiere. Über den Einsatz der Allianz in Afghanistan sei derzeit die günstigste Aussage die, dass die Zukunft des Landes unsicher sei. Es sei nicht auszuschließen, dass das Land in Chaos und Anarchie abgleite. Die größte Herausforderung der Allianz sei die angemessene Ausstattung der Afghanistan-Mission mit Truppen und Materialien. Nach wie vor geltende *caveats* gefährdeten die Sicherheit der im Land befindlichen Truppen. Der Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten Robert Gates habe erklärt, dass eine Aufstockung des US-Kontingents andere Staaten nicht aus ihrer Verantwortung entlasse. Noch immer seien Belastung und Risiko bei dem Einsatz nicht gleichmäßig verteilt. Die Mitgliedstaaten des Bündnisses müssten ihre Parlamente und Bevölkerungen von der Bedeutung des Einsatzes überzeugen. Konkrete Aufgabe der *International Security Assistance Force (ISAF)* sei der Aufbau einer afghanischen Armee, die nach dem Abzug der internationalen Truppen die Sicherheit des Landes gewährleisten könne. Eine noch größere Herausforderung sei der Aufbau einer afghanischen Polizei. Klar sei, dass eine Lösung für Afghanistan nur politisch erfolgen könne, auch wenn zivile Aufbauhelfer den militärischen Schutz durch ISAF benötigten. Pakistan sei von grundlegender Bedeutung bei der Befriedung Afghanistans. Das Land habe endlich eingesehen, dass dort nicht der Krieg der Vereinigten Staaten geführt werde, sondern auch die Zukunft Pakistans auf dem Spiel stehe. Allerdings sei das Vorgehen der Vereinigten Staaten gegen Terroristen auf pakistanischem Staatsgebiet nicht erfolgreich gewesen und habe zu sehr schlechter Stimmung in der pakistanischen Bevölkerung geführt. Man müsse abwarten, wie sich die neue US-Administration hier verhalten werde. Die Beziehungen der NATO zu Russland betrafen neben dem Konflikt im Südkaukasus auch andere *frozen conflicts*, zum Beispiel den in Transnistrien. Noch sei unklar, wie der gegenwärtige Konflikt die Beitrittspolitik des Bündnisses beeinflussen werde. Im Hinblick auf die Beistandsklausel gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrages sei fraglich, ob weitere Beitritte das Bündnis stärken oder neue Risiken schaffen würden.

Der Abgeordnete **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) betonte, im Hinblick auf die Russische Föderation komme es jetzt darauf an, klare Signale zu senden, aber miteinander im Gespräch zu bleiben. In Hinblick auf die schnelle Eingreiftruppe der NATO (*NATO Response Force – NRF*) forderte er ein neues Konzept, da das Instrument nicht einsetzbar sei. Senator **Franco Marini** (Italien) forderte die NATO auf, Fehler in ihrem Verhalten gegenüber der Russischen Föderation anzuerkennen. So sei es falsch gewesen, die ehemalige Weltmacht Sowjetunion nach ihrem Zusammenbruch zu demütigen. Dies müsse bedacht werden, bevor jetzt über die Zukunft der Beziehungen zur

Russischen Föderation entschieden werde. Die Abgeordnete **Carolyn McCarthy** (Vereinigte Staaten) betonte den überdurchschnittlichen Beitrag Kanadas in Afghanistan. Da der Krieg in Afghanistan definitiv nicht allein militärisch gewonnen werden könne, müssten alle Partner mehr für den zivilen Aufbau des Landes tun. Die Abgeordnete **Lubov Sliska** (Russische Föderation) warf der NATO vor, den Kalten Krieg noch nicht überwunden zu haben. Gleichberechtigte Partnerschaften sollten auch als solche behandelt werden. Der Abgeordnete **Bruce George** (Vereinigtes Königreich) erwiderte, auch von der Russischen Föderation könne ein angemessenes Verhalten erwartet werden. Es sei nicht nachvollziehbar, wie man aus Sicht Russlands das kleine Georgien als Aggressor ansehen könne. Russland habe in dem Konflikt schon lange provoziert. Auch wenn Georgien an der Eskalation nicht völlig unschuldig sei, müsse über das Vorgehen Russlands geredet werden. Senator **Sergio de Gregorio** (Italien) begrüßte, dass der vorgelegte Bericht im Hinblick auf die NATO-Russland-Beziehungen sehr vorsichtig gefasst sei. Bisher seien die Hintergründe des Krieges in Südossetien zwischen Russland und Georgien nicht durch unabhängige Quellen bestätigt worden. Senatorin **Raynell Andreychuk** bewertete die Russische Föderation als eine immer noch signifikante Macht. Eine Rückkehr in den Kalten Krieg sei daher keine zukunftsgerichtete Lösung. Da die NATO bereits in der Nachbarschaft der Russischen Föderation existiere, sollten die Beziehungen untereinander auf Offenheit basieren und unabhängig von der Entwicklung Russlands im Inneren fortgesetzt werden. Im Hinblick auf Georgien sei zu entscheiden, ob der Mitgliedschaftsaktionsplan (*Membership Action Plan – MAP*) die richtige Form für die Beziehungen zur NATO sei, oder ob eine andere gefunden werden könne.

IV. Generaldebatte

Der Vorsitzende Abgeordneter **Markus Meckel** (Deutschland) skizzierte die vier Fragestellungen der Generaldebatte: Der Konflikt zwischen der Russischen Föderation und Georgien habe gravierende rechtliche und politische Fragen aufgeworfen, deren Beantwortung die NATO und die internationale Gemeinschaft abwarten müssten; aufgrund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise stelle sich die Frage nach der Rolle des Staates im Wirtschaftssystem und nach Auswirkungen auf die internationale Sicherheit; die Situation in Afghanistan erfordere eine Strategie der NATO im Sinne eines *comprehensive approach*; und die NATO müsse ihre Aufmerksamkeit auf das Thema der nuklearen Abrüstung lenken. Die Abgeordnete **Ragnheidur E. Arnadottir** (Island) bezog sich auf die internationale Finanzkrise, die ihr Land besonders hart getroffen habe, und wandte sich gegen das Vorgehen der britischen Regierung, die Vorschriften aus der Antiterrorgesetzgebung gegen isländische Banken angewandt habe, um deren Vermögen einzufrieren. Es sei ein seltsames Vorgehen, diese Vorschriften gegenüber einem NATO-Partner anzuwenden. Der Abgeordnete **Denis MacShane** (Vereinigtes Königreich) rechtfertigte das Vorgehen der britischen Regierung, das notwendig gewesen sei, um britische Anleger zu schützen. Die Abgeord-

nete **Carolyn McCarthy** (Vereinigte Staaten) hielt eine Debatte über eine mögliche Neuausrichtung der Außenpolitik der Vereinigten Staaten nach den Präsidentschaftswahlen für verfrüht. Ob sich die Haltung der neuen Administration gegenüber den transatlantischen Partnern ändern werde, sei derzeit Spekulation. Der Abgeordnete **Karl von Wogau** (Europäisches Parlament) forderte, die andauernden Strategiedebatten in EU und NATO zur gegenseitigen Annäherung der beiden Organisationen zu nutzen. Ein gemeinsames Herangehen an sicherheitspolitische Herausforderungen sei dringend erforderlich, zum Beispiel beim Thema Raketenabwehr. Die Abgeordnete **Lubov Slika** (Russische Föderation) forderte die Allianz auf, ihr Land nicht als Bedrohung zu betrachten, auch nicht auf dem Finanz- und Energiesektor. Auch Russland müsse nationale Interessen beachten. So sei auch die Ankündigung des Kreml zu verstehen, ballistische Kurzstreckenraketen in Kaliningrad zu stationieren, um auf die Pläne der Vereinigten Staaten zur Errichtung eines Raketenabwehrsystems an den russischen Grenzen zu reagieren. Notwendig sei eine Beziehung auf Augenhöhe.

V. Vortrag von Maria Lipman, Carnegie Endowment for International Peace, zum Thema „Die Wechselbeziehung der russischen Innen- und Außenpolitik“, und von Dennis Sammut, Exekutivdirektor von The London Information Network on Conflicts and State-building, zum Thema „Die Georgien-Russland-Krise und ihre Auswirkungen auf den Südkaukasus“

Maria Lipman betrachtete in ihrem Vortrag die Wechselwirkung zwischen russischer Innen- und Außenpolitik seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Beide Politikfelder seien in der Zeit der *Perestrojka* und der frühen nachkommunistischen Phase in relativem Gleichklang gewesen. Dann habe Präsident Gorbatschow aufgrund des Zusammenbruchs des sozialistischen Wirtschaftssystems sein Land für den Kapitalismus öffnen müssen. Auch eine politische Liberalisierung im Inneren sei unumgänglich geworden, da das Regime nicht mehr in der Lage gewesen sei, die Loyalität der kommunistischen Nomenklaturen zu erkaufen und einen zumindest einfachen Lebensstandard der Bevölkerung zu gewährleisten. Unter der Präsidentschaft von Wladimir Putin habe sich der Staat politische Kontrolle zurückerobert. Ende 2004 und Anfang 2005 habe der Angriff durch tschetschenische Terroristen in der südrussischen Stadt Beslan die Schwächen der inneren Sicherheit deutlich gemacht, während außerdem die „Orangene Revolution“ in der Ukraine die russische Einflussosphäre gefährdet habe. Diese Geschehnisse, kombiniert mit einem ständigen Preisanstieg im Inland, hätten dem Kreml uneingeschränkte Autorität zurückgebracht. Der Kreml habe die politische Nichteinmischung der Bevölkerung durch großzügige finanzielle Erleichterungen erkaufte. Präsident Putins Verärgerung über den Westen habe sich durch die Anerkennung des Kosovo, das Versprechen der NATO-Mitgliedschaft an Georgien und die Ukraine sowie die

Pläne zur Errichtung eines Raketenabwehrsystems in Zentraleuropa gesteigert. Der Krieg gegen Georgien im August 2008 sei der Höhepunkt des russischen Politikmusters der letzten Jahre gewesen. Stets habe Russland die Außenpolitik als innenpolitisches Werkzeug gebraucht. Im Inland sei der Konflikt mit Georgien überwiegend als Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten wahrgenommen worden. Dieser Eindruck sei jedoch bald durch die Finanzkrise und einen dramatischen Verfall der Ölpreise überschattet worden. Der russische Einfluss, der auf einem hohen Ölpreis basiert habe, verringere sich derzeit rapide. Die politische Kaste in Russland sei besorgt, dass ein Absinken des Lebensstandards der Bevölkerung zu politischer Unzufriedenheit und potentiell zu sozialen Unruhen führen könne.

Dennis Sammut beschrieb den Krieg im August 2008 als ein klärendes Moment, da er die Ordnung der Nachsowjetzeit, die nach 1991 begründet worden sei, beendet habe. Der Krieg und Russlands Anerkennung Südossetiens und Abchasiens hätten eine neue Realität geschaffen. Noch habe Russland nicht entschieden, wie es in der Region agieren wolle: durch Schutz berechtigter Interessen auf der Basis internationalen Rechts oder als Hegemonialmacht, die die Region kontrolliere. Dieser Konflikt dominiere auch das russische Verhältnis zu Armenien und Aserbaidschan. Bisher habe Russland versucht, sich beiden Ländern als ehrlicher Makler zur Lösung des Konflikts um Berg-Karabach anzubieten. Die Beziehungen zwischen Russland und Georgien hätten sich seit 1991 unausweichlich auf den Konflikt zu bewegt. Georgien habe den großen Fehler gemacht zu glauben, es könne diesen Konflikt militärisch lösen, während Diplomatie, Takt und Geduld erforderlich gewesen seien. Der Preis, den Georgien jetzt bezahlen müsse, sei substantiell. Sollte eine internationale Untersuchung ergeben, dass Georgien den Krieg begonnen habe, sei die moralische Autorität der georgischen Regierung verloren. Schon jetzt habe Georgien mit der Anerkennung Südossetiens und Abchasiens durch die Russische Föderation einen politischen Preis bezahlt. Diese Anerkennung sei allerdings eine Überraschung gewesen und stütze den georgischen Vorwurf, die Russische Föderation habe die Eskalation bewusst vorangetrieben. Da die internationale Gemeinschaft die beiden Staaten nie anerkennen werde, Russland die Anerkennung aber nicht zurücknehmen könne, gebe es in der Region nun neben souveränen Staaten mit Mitgliedstatus in den Vereinten Nationen (VN) zwei kaum anerkannte *de facto*-Staaten und die Region Berg-Karabach, die von keinem Staat anerkannt sei. Bei der Lösung der Probleme der Region sollten die Wünsche der beiden neuen Staaten Südossetien und Abchasien nicht unberücksichtigt bleiben. Am aussichtsreichsten erscheine der türkische Ansatz der Gründung einer Kaukasusstabilitäts- und -kooperationsplattform. Der Konflikt habe die Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und dem Westen beeinflusst, so dass ein Rückfall in den Kalten Krieg nicht ausgeschlossen sei.

Der Abgeordnete **Bruce George** (Vereinigtes Königreich) sah den Krieg in Georgien durch die Russische Fö-

deration als von langer Hand vorbereitet an. Bei einem Besuch in Georgien habe er sich von der starken Präsenz der russischen Streitkräfte überzeugen können. Die Abgeordnete **Lubov Sliska** (Russische Föderation) verwies auf die Kriege im ehemaligen Jugoslawien und im Irak, für die es auch kein VN-Mandat gegeben habe. In Südossetien habe es ein Referendum gegeben, in dem sich über 90 Prozent der Bevölkerung für eine Unabhängigkeit ausgesprochen hätten. Der Abgeordnete **Denis MacShane** (Vereinigtes Königreich) stellte infrage, dass Georgien tatsächlich der Verlierer des Konflikts sei. Immerhin sei das Thema jetzt in der ganzen Welt auf der Tagesordnung. Der Abgeordnete **Ruprecht Polenz** (Deutschland) forderte eine schlüssige politische Strategie der internationalen Gemeinschaft gegenüber der Russischen Föderation. Derzeit sei das Auftreten der internationalen Gemeinschaft nicht kohärent. Auf der einen Seite gebe es Zusammenarbeit bei internationalen Krisen, zum Beispiel im Kosovo oder in Afghanistan, auf der anderen Seite gebe es die Georgienkrise. In Südossetien und Abchasien sei die staatliche Autorität fast vollständig von Georgien an die Russische Föderation übergegangen. Eine Unabhängigkeit der beiden Staaten bestehe praktisch nicht. Allerdings seien Beziehungen des Westens zur Russischen Föderation schon aus wirtschaftlichen Gründen unausweichlich, insbesondere wegen der Rohstoffversorgung und der Folgen der Finanzkrise. Es mache daher keinen Sinn, Russland nur positiv oder nur negativ begreifen zu wollen. Der Abgeordnete **Nikolas Rurua** (Georgien) erinnerte daran, dass der Konflikt bereits seit 17 Jahren andauere. In dieser Zeit habe die Russische Föderation durch die Ausgabe von Pässen ihre eigenen Staatsbürger kreierte und danach behauptet, diese beschützen zu müssen.

VI. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ über „Die sich entwickelnden Partnerschaften der NATO“, vorgelegt von Berichterstatterin Abgeordnete Rasa Jukneviene (Litauen)

Im Anschluss an die einleitenden Bemerkungen der Berichterstatterin Abgeordnete **Rasa Jukneviene** (Litauen) betonte der Vorsitzende Abgeordneter **Markus Meckel** (Deutschland), die Pflege der NATO-Partnerschaften und die Politik der offenen Tür seien sehr wichtig für die Allianz und sollten weiter betrieben werden. Für die Mitgliedschaft sei allerdings das Erreichen strenger Kriterien erforderlich. Diese würden derzeit weder von Georgien noch von der Ukraine erfüllt. Daher könnten die NATO-Außenminister im Dezember 2008 auch nicht den MAP für diese beiden Länder beschließen. An der grundsätzlichen Zusage der Aufnahme werde allerdings festgehalten. Der Abgeordnete **Denis MacShane** (Vereinigtes Königreich) erinnerte daran, dass die NATO globale Probleme auch global angehen müsse. Unter der guten Führung des deutschen Abgeordneten Dr. Karl A. Lamers sei der Unterausschuss „NATO-Partnerschaften“ auch in Teilen der Welt, die nicht als besonders NATO-

freundlich bekannt seien, immer freundlich empfangen worden. Die Notwendigkeit einer solchen Kooperation zeige beispielsweise die Lage in Pakistan. Senatorin **Raynell Andreychuk** (Kanada) betonte, viele NATO-Partnerschaften zielten nicht unbedingt auf eine spätere Mitgliedschaft ab. Angesichts des Georgien-Konflikts müssten aber für die Länder, denen die Mitgliedschaft in Aussicht gestellt worden sei, die Beitrittsvoraussetzungen klarer gefasst werden. Alles andere sei ein Rückschritt und würde die russische Position stärken. Die Abgeordnete **Carolyn McCarthy** (Vereinigte Staaten) forderte von potentiellen künftigen NATO-Mitgliedern offene Märkte und rechtsstaatliche Strukturen. Eine solche innerstaatliche Entwicklung würde auch den jeweiligen MAP-Kandidaten zugute kommen.

VII. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ über „Iran – Gründe für ein politisches Engagement der NATO“, vorgelegt vom Berichterstatter Mike Ross (Vereinigte Staaten) und vorgestellt von der Abgeordneten Carolyn McCarthy (Vereinigte Staaten)

Nach den einleitenden Bemerkungen der Abgeordneten **Carolyn McCarthy** (Vereinigte Staaten) waren sich die Ausschussmitglieder darüber einig, dass der direkte Dialog mit dem Iran fortgesetzt werden müsse und eine Lösung nicht militärisch erreicht werden könne. Mehrere Redner betonten, dass extremistische Strömungen im Iran von einer internationalen Isolation des Landes bei den kommenden Wahlen im Jahr 2009 nur profitieren könnten. Ein Mitglied der britischen Delegation verwies auf die für den Iran nicht einfache Stellung in der Region neben Israel als atomar bewaffnetem Nachbarn. Es bestand Einvernehmen darüber, dass es für die Fortentwicklung der Beziehungen zum Iran primär auf die Ausrichtung der kommenden US-Administration ankomme.

VIII. Vortrag von Ahmed Rashid, Korrespondent der *Far Eastern Economic Review*, zum Thema „Afghanistan und Pakistan“

Ahmed Rashid erklärte, die Taliban seien längst von einem afghanischen Problem zu einem Problem für die Region geworden. Inzwischen sei die Situation in Pakistan aufgrund der fehlenden inneren Sicherheit und der andauernden Wirtschaftskrise schlechter als in Afghanistan. Das Vorgehen der pakistanischen Armee gegen die Taliban sei nicht erfolgreich, was sowohl an der schlechten Ausbildung der Soldaten als auch an der Weigerung Pakistans liege, die Armee von der indischen Grenze zurück zu ziehen. Während die pakistanische Zivilregierung die Taliban inzwischen als das größte Sicherheitsrisiko betrachte, halte die Armeeführung nach wie vor Indien für die größte Gefahr. Afghanische Taliban fänden so immer noch Rückzugsmöglichkeiten in Pakistan. In Afghanistan sei das größte Problem seit Beginn der Mission der internationalen Gemeinschaft im Jahr 2001 der fehlende Er-

folg beim *nation building*. Dies liege nicht zuletzt daran, dass der Krieg im Irak die Aufmerksamkeit von den Problemen in Afghanistan abgelenkt habe. Die größten Schwächen des NATO-Einsatzes seien die andauernden *caveats* und das Fehlen einer regionalen Strategie. Die *caveats* gäben den Taliban, die sehr genau wüssten, welche NATO-Truppen kämpfen könnten und welche nicht, die Gelegenheit, die NATO-Truppen zu spalten. Bei der Bekämpfung der Taliban müsse die gesamte Region betrachtet werden. Ihre Stärke sei auf die verzweifelten ökonomischen Bedingungen im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet zurückzuführen, wo die Taliban die meisten ihrer Kämpfer rekrutierten. Erforderlich sei eine signifikante Verstärkung der militärischen und zivilen Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft, gepaart mit Gesprächsangeboten an die Taliban, die aber nicht aus einer Position der Schwäche heraus erfolgen dürften. Die für August 2009 in Afghanistan angesetzten Wahlen seien zwar ein kritischer Termin, ihr Zustandekommen sei aber sehr wichtig für die Entwicklung des Landes. Auch würde der Druck auf den Westen zu stärkerem Engagement durch den Wahltermin erhöht.

Der Abgeordnete **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) erkundigte sich nach den Möglichkeiten von Verhandlungen zwischen Kräften der *Operation Enduring Freedom* (OEF) und den Taliban, und danach, ob solche Verhandlungen gegebenenfalls zentral oder eher auf Distriktebene geführt werden sollten. Senatorin **Raynell Andreychuk** (Kanada) fragte nach der Rolle Indiens in Afghanistan und Pakistan. Abg. **Michal Szczerba** (Polen) wollte wissen, ob es für in Afghanistan engagierte Staaten konkrete Handlungsempfehlungen für die Zukunft gebe. **Ahmed Rashid** hielt es für als sehr problematisch, dass die internationale Gemeinschaft es nicht geschafft habe, eine Infrastruktur in Afghanistan aufzubauen. Diese Tatsache, zusammengenommen mit der Medienoffensive der Taliban, die durch Gelder aus dem Drogenhandel finanziert werde, führe zu einer negativen Wahrnehmung der Aufbaumühnungen innerhalb der afghanischen Bevölkerung. Im Westen mangle es an der Wahrnehmung dessen, was in Afghanistan passiere, und an der Bereitschaft, die Verschlechterung der Situation einzugestehen. Europäische Regierungen gingen mit ihren Öffentlichkeiten im Hinblick auf die terroristische Gefahr nicht ehrlich um. Al-Qaida sei inzwischen in der Lage, Kämpfer in unterschiedlichen europäischen Sprachen auszubilden, zum Beispiel in Deutsch und Französisch. Dies schaffe eine völlig neue Bedrohungssituation. Irans Bereitschaft, Waffen an die Taliban zu liefern, habe seiner Meinung nach viel mit der Angst vor einem militärischen Angriff der Vereinigten Staaten zu tun. Teheran erhoffe sich für einen solchen Fall Unterstützung aus Afghanistan. Das eigentliche Problem sei also der fehlende Dialog zwischen dem Iran und den Vereinigten Staaten.

IX. Beitrag der Versammlung zu einem neuen Strategischen Konzept der NATO

Nach den einleitenden Bemerkungen des Sonderberichterstatters Abgeordneter **Jan Petersen** (Norwegen) zum

vorgelegten Entwurf eines Beitrags der Versammlung zum neuen Strategischen Konzept der NATO betonten Mitglieder des Ausschusses die anhaltende Bedeutung der Allianz als Sicherheitsorganisation. Angeregt wurde, der Beitrag der Versammlung solle sich mit den Beziehungen der NATO zu anderen internationalen Organisationen, insbesondere der EU und der sich entwickelnden Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), beschäftigen. Dabei könne auch die Möglichkeit der gemeinsamen Nutzung militärischer Einrichtungen mit der EU behandelt werden. Auf die Nachfragen einzelner Ausschussmitglieder, ob Themen wie Umweltpolitik und Energiesicherheit zu den Aufgaben der NATO gehören sollten, erwiderte der Sonderberichterstatter, die NATO solle zwar, beispielsweise im Bereich der Energiesicherheit, nicht die Rolle anderer internationaler Organisationen übernehmen, könne aber beim Schutz von Energieinfrastruktur mitwirken. Auf die Nachfrage der Abgeordneten **Marit Nybakk** (Norwegen), ob das Papier sich auch mit der Rolle nuklearer Waffen auseinandersetzen solle, entgegnete Abgeordneter **Jan Petersen**, die Versammlung solle diskutieren, welche Bedeutung Atomwaffen für die NATO haben sollten und wie die Einhaltung des Atomwaffensperrvertrages garantiert werden könne. Er kündigte an, alle neuen Vorschläge aufzugreifen und der Versammlung im nächsten Jahr einen überarbeiteten Entwurf zu präsentieren.

X. Vortrag von Gerald Knaus, Präsident der Europäische Stabilitätsinitiative e.V. (ESI) und Open Society Fellow, zum Thema „Südosteuropas Weg in die euroatlantischen Strukturen“

Gerald Knaus erinnerte an die erfolgreiche Integration mehrerer osteuropäischer Staaten in die EU und warf die Frage auf, ob dieser Prozess auch für den westlichen Balkan gelingen könne. Zwar gebe es in Serbien, Bosnien und Herzegowina, Albanien und Kosovo noch sehr viel zu tun, mit Unterstützung der europäischen Staaten könne eine Annäherung an die EU aber erreicht werden. Eine Erweiterungsmüdigkeit der EU könne den Reformprozess in diesen Staaten gefährden.

In der folgenden Debatte erinnerte ein Mitglied der türkischen Delegation daran, dass die Türkei schon 1963 die Mitgliedschaft in der EU beantragt habe. Das Land unterstütze alle von der NATO und der EU geführten Friedensmissionen. Zwar liefen mit der EU jetzt Beitrittsverhandlungen, diese kämen aber nur sehr langsam voran. Er frage sich, woher in manchen europäischen Staaten die Vorbehalte gegen eine türkische EU-Mitgliedschaft kämen. Ein Mitglied der serbischen Delegation bestätigte den bestehenden politischen Konsens in Serbien zugunsten einer weiteren europäischen Integration des Landes. Er kritisierte allerdings das Engagement der NATO im Kosovo, das Serbien nicht als unabhängig anerkenne. Die NATO wende im Kosovo und in Georgien unterschiedliche Maßstäbe an. **Gerald Knaus** erwiderte, Serbien nutze sein großes Potential bisher nicht aus. Zu den Zeiten von Ministerpräsident Zoran Djindjic habe das Land inner-

halb von zwei bis drei Jahren den Status eines Bewerbers um die EU-Mitgliedschaft erlangen wollen. Die Verhaftung von Kriegsverbrechern habe dann viel zu lange gedauert. Der EU-Beitrittsprozess funktioniere nur deshalb nach wie vor gut, weil der Beitritt an strenge Kriterien geknüpft sei.

XI. Beratung des Entschließungsentwurfs „Die Zukunft der Beziehungen zwischen der NATO und Russland“, vorgelegt von Generalberichterstatterin Senatorin Raynell Andreychuk (Kanada)

Der Entschließungsentwurf wurde beraten und mit Änderungen angenommen.

XII. Personalien

Eine Wiederwahl des amtierenden Ausschussvorsitzenden, Abgeordneter Markus Meckel (Deutschland), war nach der Geschäftsordnung nicht möglich. Zum neuen Vorsitzenden des Politischen Ausschusses wurde der Abgeordnete **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) gewählt. Zum Vorsitzenden des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ wurde der Abgeordnete **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) gewählt. Stellvertretende Vorsitzende wurden die Abgeordnete **Carolyn McCarthy** (Vereinigte Staaten) und die Abgeordnete **Jadwiga Zakrzewska** (Polen). Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ wurde die Abgeordnete **Martine Aurillac** (Frankreich) gewählt. Alle übrigen Amtsträger konnten wiedergewählt werden und wurden in ihren Ämtern bestätigt.

Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)

Der Ausschuss tagte am Samstag, 15. November 2008, und am Sonntag, 16. November 2008, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Julio Miranda Calha** (Portugal).

I. Überblick über die Themen

Thematische Schwerpunkte waren die Vielzahl aktueller NATO-Missionen und die damit verbundenen zunehmenden Ressourcenprobleme. Einen weiteren Schwerpunkt bildete der Konflikt zwischen Georgien und Russland. Ferner gab es Ausführungen zur Positionierung der spanischen Streitkräfte im internationalen Umfeld der NATO-Einsätze.

II. Vortrag von Constantino Méndez, Staatssekretär im spanischen Verteidigungsministerium, zum Thema „Spanische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“

Staatssekretär **Constantino Méndez** wies auf die komplexe Sicherheitslage hin, die geprägt sei von Terrorismus und mangelnden Ressourcen innerhalb der Sicherheitsstreitkräfte. Neben den traditionellen Risiken werde der internationale Sicherheitsdialog in den nächsten Jahren

von mehreren großen Themenblöcken bestimmt. An erster Stelle stehe dabei die amerikanische Hegemonie im internationalen militärischen Bereich. Schon jetzt sei absehbar, dass die neue Regierung in Washington die Bündnisarbeit prägen und auch zukünftig von den Bündnispartnern ihre Beiträge einfordern werde. Ein weiteres Augenmerk liege auf der Stabilität des Mittelmeerraums, die derzeit insbesondere von der instabilen Lage im Nahen Osten beeinflusst werde. Spanien werfe auch einen Blick auf Asien, da die Rolle des aufstrebenden China im zukünftigen internationalen Sicherheits- und Verteidigungskontext ungewiss sei. Schließlich werde die Situation in Afrika beobachtet, die derzeit von einer Vielzahl offener Konflikte geprägt sei. All dies erfordere die Schaffung gemeinsamer Verteidigungs- und Sicherheitsmechanismen im europäischen Raum. Im Januar 2009 werde in Spanien eine neue Richtlinie für die nationale Verteidigung des Landes verabschiedet. Diese beinhalte die Annäherung von Sicherheits- und Verteidigungspolitik, konkrete Anweisungen für die Streitkräfte zur nationalen Verteidigung sowie die Notwendigkeit einer maximalen parlamentarischen Unterstützung. Constantino Méndez führte aus, dass die spanischen Sicherheitsinteressen eng mit den gesamteuropäischen Sicherheitsinteressen verbunden seien und sich Spanien zudem der Sicherheit in der Welt stark verpflichtet fühle. Spanien sei ein enger Bündnispartner der Vereinigten Staaten.

Die nationale Verteidigung Spaniens weise derzeit zwei Charakteristika auf: Zum einen gebe es ein neues Gesetz, welches die Rahmenbedingungen der nationalen Verteidigung beschreibe. Zum anderen würden derzeit Maßnahmen zur Neustrukturierung der Streitkräfte implementiert. Zu den Themenbereichen der internationalen Zusammenarbeit gehörten ferner alle Maßnahmen Spaniens, die die militärischen Strukturen der Europäischen Union im internationalen Bereich stärken sollen. Spanien leiste derzeit acht Prozent des spanischen Haushalts als Beitrag zur Europäischen Verteidigungsagentur (EVA). Es beteilige sich an allen gemeinsamen Aktivitäten der EU-Staaten und betreibe darüber hinaus Maßnahmen gegen Piraterie im Mittelmeerraum. Spaniens NATO-Beitrag belaufe sich derzeit auf vier Prozent, das Ziel sei aber, einen Beitrag von sechs Prozent zu leisten.

Zur Stärkung der Sicherheitskräfte in Afghanistan beteilige sich Spanien weiterhin an der *Operation Active Endeavour* (OAE) gemäß Artikel 5 des NATO-Vertrages. Spanien wirke darüber hinaus an der Luftraumüberwachung im Baltikum mit. Constantino Méndez schloss seine Ausführungen mit dem Fazit, dass sich Spanien weiterhin an Maßnahmen zur internationalen Kooperation beteiligen müsse. Das spanische Engagement solle mit dem Ziel ausgebaut werden, die spanische Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf die Globalisierung auszurichten.

Die Abgeordnete **Ursula Mogg** (Deutschland) berichtete über die Entscheidung des Deutschen Bundestages zur Verlängerung des Mandats für die Beteiligung an der *Operation Active Endeavour*. Sie verwies in diesem Zu-

sammenhang auf die kritische Diskussion zum Thema Piraterie und verband dies mit der Frage, wie die spanische Position dazu sei. **Constantino Méndez** antwortete, dass Grundregeln für Maßnahmen der Seestreitkräfte existierten und trotz aller kritischen Betrachtung die Mission in Gänze gesehen werden müsse. Zu den teilweise unklaren rechtlichen Rahmenbedingungen der Pirateriebekämpfung führte er aus, dass es für Spanien im Rahmen der ESVP wichtig sei, alle Einsatzfälle im Sinne von *best practice* zu erfassen und diese insbesondere den europäischen Streitkräften zur Verfügung zu stellen.

III. **Beratung des Generalberichtsentwurfs „Die Operationen der NATO: Die gegenwärtigen Prioritäten und die gelernten Lektionen“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Abgeordneter Frank Cook (Vereinigtes Königreich)**

Der Generalberichterstatter Abgeordneter **Frank Cook** (Vereinigtes Königreich) ging insbesondere auf seine persönlichen Eindrücke im Rahmen der Afghanistan-Reise von Präsidiumsmitgliedern und Funktionsträgern der Ausschüsse im Oktober 2008 ein, die nicht Bestandteil des Berichts seien. Er habe vier Tage in Afghanistan verbracht. Nach drei Tagen in Kabul sei er weiter nach Mazar-I-Sharif gefahren. Seiner Meinung nach seien die pessimistischen Eindrücke über Afghanistan in der Weltpresse übertrieben. Die Vertreter der NATO seien allerdings der Auffassung, dass ein langfristiges Engagement aller Bündnispartner weiterhin notwendig sei. Die Kabinettsumbildung durch Präsident Hamid Karzai sei international positiv bewertet worden. Insbesondere werde die Wahl des derzeitigen Innenministers sehr begrüßt. Im Zusammenhang mit einer bevorstehenden Lebensmittelkrise sei auch die Position des Landwirtschaftsministers sehr wichtig, wobei sich dieser als ausgesprochen fähig erwiesen habe. Die Ausrichtung von Wahlen in Afghanistan solle dazu dienen, den politischen Prozess weiterhin zu fördern. Karzai habe ausgeführt, dass es große Fortschritte im Bereich Gesundheit und Bildung gegeben habe. Ferner hätten sich die Beziehungen zu Pakistan verbessert. Karzai habe die Wichtigkeit von lokalen Verwaltungen und Regierungen betont und angeregt, Afghanistan künftig in die Planung von ISAF-Missionen mit einzubeziehen. Cook berichtete von einem Treffen mit örtlichen ISAF-Kommandeuren, deren Aktivitäten darauf ausgerichtet seien, die Fähigkeiten lokaler Kräfte zu optimieren. In diesem Zusammenhang sei ihm vom Projekt eines Brückentransportes berichtet worden, das unter großen logistischen Schwierigkeiten von lokalen Kräften habe durchgeführt werden können. Zur weiteren Ertüchtigung lokaler Kräfte sei eine paramilitärische Stärkung der Polizei notwendig, was Voraussetzung für den Rückzug der ISAF-Truppen sei. Er führte weiter aus, dass die NATO beabsichtige, zukünftig direkt gegen illegalen Drogenanbau vorzugehen. Dabei käme es der NATO allerdings primär auf die Unterbindung des Drogenhandels an. Bei den lokalen Polizeikräften sei Korruption weit verbreitet. Darüber hinaus hätten die Taliban im Süden

ein eigenes Gerichtssystem errichtet, das internationalen rechtlichen Standards nicht genüge. Die NATO sehe das Erfordernis, sich noch stärker zu engagieren, um langfristige Erfolge in Afghanistan erzielen zu können.

IV. **Vortrag von Air Marshal Christopher H. Moran, Stellvertretender Kommandeur, NATO Joint Forces Command (JFC) Brunssum, Niederlande, zum Thema „ISAF – eine operationelle Perspektive“**

Air Marshal **Christopher H. Moran** präsentierte die Rolle des JFC Brunssum, dessen Hauptaufgabe in der Ausführung und Unterstützung von NATO-Operationen liege. Die derzeitige Hauptlast stelle dabei die ISAF-Mission der NATO in Afghanistan dar. Er betonte die Wichtigkeit der Unterstützung durch die Parlamentarische Versammlung der NATO, um weitere Reformen innerhalb der NATO zur Kräftigung und zum weiteren Ausbau der Strukturen durchführen zu können. Vorrangiges Ziel in Afghanistan sei der Aufbau nationaler Sicherheitsinfrastrukturen. Derzeit sei geplant, dass die Provinz Kabul im Sommer 2009 von afghanischen Sicherheitskräften übernommen werden solle. Dies erfordere eine Stärkung der lokalen Regierungsstrukturen. Hierauf ziele das Konzept der ISAF-Mission ab, welches damit die Entwicklung von Frieden und Sicherheit in der Region verfolge. Die militärische Herausforderung von ISAF liege nicht nur im Aufbau und in der Entwicklung, sondern auch in der Ausbildung von lokalen Sicherheitskräften.

Sir John Stanley (Vereinigtes Königreich) hob die Probleme des begrenzten Einflusses der Regierung, der durchlässigen Grenzen zu Pakistan und der damit verbundenen sicheren Rückzugsgebiete für Terroristen hervor. Die Finanzierung der Kämpfer in Afghanistan sei nur durch den umfangreichen Drogenhandel möglich, gegen den entsprechend vorgegangen werden müsse. Der Abgeordnete **Claude Bachand** (Kanada) lobte, dass beide Berichte die Lage in Afghanistan adäquat widerspiegeln. Die Einbeziehung der zivilen Bevölkerung in die Schaffung demokratischer Strukturen sei wichtig und notwendig. Diesbezüglich stellte er die Frage, ob die Effizienz von OEF und ISAF durch bessere Koordination erhöht werden könne. Darüber hinaus wollte er wissen, ob aus der Sicht des Vortragenden Verhandlungen mit moderaten Taliban möglich seien. **Christopher H. Moran** bestätigte in seiner Antwort die Berücksichtigung lokaler Strukturen sowie die Einbeziehung der angrenzenden Nachbarstaaten. Mittlerweile erkenne auch die Regierung in Pakistan Vorteile darin, kriminelle Strukturen nicht weiter zu unterstützen. Es gebe aber auch Dinge, die nicht gut verlaufen würden. So gebe es im Land eine negative Propaganda über die Aktivitäten der NATO. Allerdings sei ein entsprechender Optimismus in der Bevölkerung vorhanden, dass sich langfristig die Verhältnisse im Land ändern würden. Die NATO müsse eigene Fehler zugeben; in diesem Zusammenhang sei auch die Meldung der Zahlen der zivilen Opfer wichtig. Generalleutnant **Karl W. Eikenberry** (NATO) unterstützte in seinen Ausführungen die Rolle des JFC Brunssum und maß ihr große Bedeutung bei der

Unterstützung der ISAF-Mission bei. Ziel sei es nach wie vor, die Eigenverantwortung der afghanischen Armee und Polizei zu stärken. Allerdings handelten sowohl Polizei als auch Innenministerium derzeit noch zu wenig verantwortungsbewusst. Dementsprechend sollten die vorhandenen Trainingsteams länger in Afghanistan verbleiben. Der Abgeordnete **Claude Bachand** (Kanada) problematisierte die Verteilung der internationalen Gelder über den Trust Fund und stellte die zielgerichtete Verwendung der Gelder infrage. Korrupte Strukturen in den örtlichen Behörden würden dazu führen, dass die Gelder nicht dort ankämen, wo sie benötigt würden. Der Abgeordnete **Robert Walter** (Versammlung der WEU) stellte die Frage was zu tun sei, um die Kooperation der NATO in Afghanistan zu verbessern. **Christopher H. Moran** verwies in seiner Antwort auf den Aufbau von Kommunikationszentren, die die Arbeit von OEF und ISAF zusammenführen sollten. Der Aufbau werde derzeit betrieben. Er unterstrich die Rolle Pakistans zur Unterstützung der logistischen Strukturen der NATO-Mission und die Notwendigkeit der Sicherung von Transportwegen durch dieses Land. Der Abgeordnete **Frank Cook** (Vereinigtes Königreich) führte zu den 2009 in Afghanistan anstehenden Wahlen aus, dass deren Durchführung in der Verantwortung Afghanistans liege, aber von internationaler Seite logistische Unterstützung erfolgen werde. Zur Verwendung der Geldmittel merkte er an, dass die afghanische Bevölkerung diese eigenverantwortlich einsetzen müsse, da keine Entscheidung über den Einsatz der Mittel vorgegeben werde.

V. **Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheit und Verteidigungsfähigkeiten“ über „Die Beiträge von Nichtmitgliedstaaten der NATO zu NATO-Operationen“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Sverre Myrli (Norwegen)**

Der Abgeordnete **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) empfahl, dass das Bündnis mehr mit den zentralasiatischen Ländern kooperieren solle, um den illegalen Drogenhandel zu unterbinden. Der Abgeordnete **Allan Widman** (Schweden) kritisierte, dass die Bemühungen der skandinavischen Staaten im Bericht zu wenig gewürdigt würden. Er verwies dabei auf die öffentliche Debatte, die derzeit in Schweden zum NATO-Beitritt geführt werde. Der Berichterstatter Abgeordneter **Sverre Myrli** (Norwegen) führte in seiner Antwort aus, dass die verstärkte Zusammenarbeit der nordischen Staaten in den diversen NATO-Operationen derzeit auf der NATO-Mitgliedschaft Norwegens basiere. Er plädiere allerdings für eine Mitgliedschaft von Schweden und Finnland. Grundsätzlich werde eine frühzeitige Einbindung der Nicht-NATO-Staaten in die NATO-Planungsprozesse für wichtig erachtet. Der Ausschussvorsitzende **Julio Miranda Calha** (Portugal) befragte den Vertreter der Russischen Föderation zu seiner Position gegenüber der Allianz der NATO-Staaten. Der Abgeordnete **Viktor Zavarzin** (Russische Föderation) führte dazu aus, dass Russland an der Verbesserung der Beziehungen interessiert sei. Russland bilde derzeit

Spezialisten zur Drogenbekämpfung aus. Er merkte aber auch an, dass Russland keinen Einfluss auf die Handelsrouten der Drogen aus Afghanistan habe. Es seien die Staaten Zentralasiens, die Afghanistan die Infrastruktur für den Drogenhandel zur Verfügung stellten. Für Russland sei es jedoch wichtig, diese Situation insgesamt zu kontrollieren.

VI. **Vortrag von Giorgi Baramidze, Vize-Premierminister Georgiens, Minister für Europäische und Euro-Atlantische Integration, zum Thema „Die derzeitige Situation in Georgien: aus der Perspektive eines Verteidigungsministers“**

Vize-Premierminister **Giorgi Baramidze** leitete seinen Vortrag damit ein, dass russische Truppen nach wie vor ein Drittel des georgischen Staatsgebietes besetzt hielten. Der Sechs-Punkte-Plan der EU sei bezüglich der vereinbarten Rückzüge bisher nicht eingehalten worden. Durch die separate Anerkennung Südossetiens und Abchasiens habe sich Russland isoliert. Die Ereignisse des 7. August 2008 seien die Folge eines konkreten Planes gewesen, mit dem Russland seine militärische Präsenz in Georgien habe aufrechterhalten wollen. Unter dem Vorwand, seine Bürger zu schützen, verstoße Russland massiv gegen geltendes Völkerrecht. Georgien trete für eine unabhängige Untersuchung der Vorgänge in Georgien ein. Es lägen Hinweise auf ethnische Säuberungen vor, da derzeit 75 Prozent der Bevölkerung nicht in ihr Heimatgebiet zurückkehren dürften. Die gesamte Infrastruktur in den annektierten Gebieten stehe unter russischer Kontrolle, Kinder dürften in den Schulen nicht Georgisch lernen. Darüber hinaus gebe es in den besetzten Gebieten Vergewaltigungen, Entführungen und Morde. Derzeit befürworteten etwa 78 Prozent der georgischen Bevölkerung einen NATO-Beitritt des Landes. Georgien strebe eine europäische Lösung an, um die Autonomie für die betroffenen Regionen sicherzustellen. Dies würde allerdings die Anpassung des eigenen Militärsystems erforderlich machen. In diesem Zusammenhang bitte er um die Unterstützung Georgiens zum NATO-Beitritt über den MAP.

Der Abgeordnete **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) ermutigte Georgien, den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen, und verband dies mit der Frage, ob es eine internationale unabhängige Organisation gebe, die die erforderliche Untersuchung der Vorgänge vom 7. August 2008 vornehmen könne. **Giorgi Baramidze** antwortete, er halte die NATO für die richtige Organisation, dazu gebe es aber Widerstände von Seiten Russlands. Besser sei es, eine Untersuchung durch die EU vornehmen zu lassen, da weder Georgien noch Russland Mitglied dieser Organisation seien. Eine Untersuchung durch die OSZE würde ebenfalls auf Widerstände Russlands stoßen. Des Weiteren kämen noch die Organisationen *Human Rights Watch* und *Transparency International* infrage, die bereits ihre eigenen Untersuchungen angestellt hätten. Der Abgeordnete **Francesco Bosi** (Italien) fragte, wie die Besetzung durch russische Truppen derzeit konkret aussehe. **Giorgi Baramidze** führte dazu aus, dass neben den ehemaligen Konfliktgebieten auch weitere Gebiete besetzt seien. Beson-

ders problematisch sei die Situation in Südossetien, weil dies keine homogene Gegend sei. Es liege mitten in einer 5 000 Meter hohen Bergkette zwischen Russland und Georgien und habe eine von Russen und Georgiern durchmischte Bevölkerung. Es gebe Gegenden in Georgien, in denen deutlich mehr südossetische Ethnien lebten. Die derzeitige lokale Regierung Südossetiens funktioniere nicht mehr, weil sie nicht von Russland akzeptiert werde. Es gebe auch keine autonome Verwaltung in Abchasien. Der Abgeordnete **Visvaldis Lacis** (Lettland) führte aus, dass Georgien viele Interessen mit Russland teile, Russland aber die Grenzen und Souveränität Georgiens akzeptieren müsse. Ein Mitglied der Delegation der Russischen Föderation führte aus, dass die Geschehnisse anders verlaufen seien als geschildert. Russland gehe es nicht um die Besetzung georgischen Gebiets. Nicht Russland, sondern Georgien habe Probleme mit Abchasien. Die ethnischen Säuberungen seien durch Russland erst beendet worden. Er forderte die Einhaltung des Sechs-Punkte-Plans und bat seinerseits um eine Darstellung der tatsächlichen Ereignisse. Das neue Strategische Konzept der NATO solle Sicherheit in der Region garantieren. **Giorgi Baramidze** entgegnete, dass Russland kein Recht habe, Georgien zu bestrafen. Russland habe den Krieg beabsichtigt, da der Konflikt begonnen wurde, als der georgische Verteidigungsminister im Urlaub gewesen sei. Bereits 2006 habe Russland ein Embargo gegen Georgien verhängt, weil es bereits damals den Wunsch zum NATO-Beitritt geäußert habe. Für den Konflikt im August 2008 gebe es Hinweise darauf, dass Russland bereits militärische Infrastrukturen vorbereitet habe. Auch die Evakuierung Südossetiens am 3. August 2008 sei eine Vorbereitung auf die kriegerischen Handlungen gewesen. Der Abgeordnete **Robert Walter** (Versammlung der WEU) stellte die Frage, wer für Südossetien sprechen werde, wenn der Genfer Prozess scheitere. Dies werde die Gefahr eines *frozen conflict* heraufbeschwören und in diesem Zusammenhang sei es wichtig zu wissen, wer der richtige Gesprächspartner sei. **Giorgi Baramidze** entgegnete daraufhin, dass es keine ethnischen Konflikte in Georgien gebe, da dies ein Konflikt sei, der von Separatisten geführt werde. Diese würden von Russland unterstützt. Er sei offen für alle Vorschläge, die nicht darauf abzielten, Südossetien territoriale Souveränität zu gewährleisten.

VII. Vortrag von Air Force General José Julio Rodríguez Fernandez, Stabschef im spanischen Verteidigungsministerium, zum Thema „Transformation der spanischen Streitkräfte“

General **José Julio Rodríguez Fernandez** trug zur Umwandlung der spanischen Streitkräfte vor. Die komplexe Sicherheitslage im 21. Jahrhundert habe zu Veränderungen im Sicherheitsumfeld geführt. Die Transformation der spanischen Streitkräfte werde über die folgenden fünf Punkte definiert: Wettbewerbsvorteile gegenüber Feinden erreichen; Anpassung der Truppen an neue Szenarien; Modernisierung; Schaffung einer einheitlichen Doktrin; Training. Der menschliche Faktor sei das Schlüsselele-

ment für eine erfolgreiche Umwandlung in eine moderne Armee. Ausgangspunkt für die Transformation sei die nationale Verteidigungsrichtlinie, die das neue Modell für die spanischen Streitkräfte vorgebe. Diese beinhalte mehr Flexibilität, Interoperabilität, neue technische Fähigkeiten, Festlegung der Truppenstärke, Umstrukturierung der Reserve, ein neues Ausbildungs- und Aufstiegsmodell, neue Technologien sowie eine neue Struktur durch das nationale Verteidigungsgesetz 2005. Derzeit befänden sich etwa 3 000 spanische Soldaten in Auslandseinsätzen weltweit. 25 000 Soldaten stünden für die Verteidigung im Inland bereit, 1 500 Soldaten zählten zur speziellen Eingreiftruppe Spaniens. 3 500 Soldaten gehörten der *NATO Response Force* (NRF) an, 3 000 Soldaten seien in VN-Missionen tätig. Weitere 1 000 Soldaten stünden den militärischen Strukturen der EU zur Verfügung. Die spanische Armee verfüge derzeit über insgesamt 140 000 Soldaten. Die Streitkräfte seien in den letzten Jahren permanent professionalisiert worden, was sich auch in der Einführung moderner Waffensysteme widerspiegele. Ein neues Nachrichtenzentrum solle rechtzeitige Information für Entscheider bereitstellen. Eine aufzustellende Notfallmiliteereinheit solle die Reaktionsfähigkeit auf neue Bedrohungen, beispielsweise Terrorismus, auch im Inland sicherstellen. Hierzu sei die Unterstützung der Zivilbehörden notwendig. Im Rahmen der Transformation sei auch beabsichtigt, neue Satellitensysteme in Umlauf zu bringen, um eine bessere Feindbeobachtung durchführen zu können. Ziel der Umwandlung sei somit eine Konzentration auf die Verteidigung des Hoheitsgebietes sowie die Stärkung der Fähigkeiten für internationale Einsätze.

Senator **Joseph A. Day** (Kanada) erkundigte sich, welche die bisher größten Schwierigkeiten im Transformationsprozess seit 2003 gewesen seien. **José Julio Rodríguez Fernandez** antwortete, dass sich die größten Schwierigkeiten beim Übergang von einer freiwilligen Armee zu einer Berufsarmee gestellt hätten, da es schwierig gewesen sei, ausreichend geeignetes Personal zu rekrutieren. Der Abgeordnete **Vahit Erdem** (Türkei) fragte nach der Verteidigungsstrategie Spaniens. Darüber hinaus wollte er wissen, ob der Kampf gegen den Terrorismus in Spanien eine Polizei- oder Militäraufgabe sei. **José Julio Rodríguez Fernandez** antwortete, dass die Terrorismusbekämpfung dem spanischen Innenministerium obliege, Streitkräfte könnten im Bedarfsfall angefordert werden. Grundsätzlich sei die Terrorismusbekämpfung eine Polizeiaufgabe. Zur Frage der Verteidigungsstrategie führte er aus, dass die wichtigste Aufgabe der spanischen Armee die Landesverteidigung sei. Der Abgeordnete **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) fragte nach den Kosten der Transformation. Darüber hinaus bat er um Auskunft, wie nach Meinung des Generals mehr europäische Helikopter nach Afghanistan gebracht werden könnten. **José Julio Rodríguez Fernandez** antwortete, dass 26 Prozent des spanischen Verteidigungshaushalts in den letzten Jahren für die Transformation der spanischen Armee aufgewendet worden seien. Der NATO-Hubschrauber 90 („NH 90“) sei das wichtigste Helikopterprogramm, das allerdings erst vor zwei Jahren gestartet worden sei, so dass mit einer Lieferung erst in den nächsten Jahren gerechnet werden

könne. Somit sei auch nur eine beschränkte Zahl von Helikoptern einsetzbar. Der Abgeordnete **Kursat Atilgan** (Türkei) stellte die Frage, was die Kürzungen im spanischen Militärhaushalt für den Transformationsprozess bedeutete. **José Julio Rodríguez Fernández** führte dazu aus, dass die Gesamtmaßnahme nicht gefährdet sei, da in den letzten Jahren umfangreiche Investitionen durchgeführt worden und somit keine Auswirkungen auf den Transformationsprozess zu erwarten seien. Der Abgeordnete **Francesco Bosi** (Italien) erkundigte sich, wie hoch der Ausgabenanteil des spanischen Militärs am Bruttoinlandsprodukt sei und wie die Einführung des *eurofighter* in die Waffensysteme der spanischen Armee durchgeführt werde. **José Julio Rodríguez Fernández** verwies darauf, dass die Qualität der Investition vorrangig sei gegenüber der Frage nach dem Anteil am Bruttoinlandsprodukt. So sei es nicht nur wichtig, Investitionen zu tätigen, sondern auch qualitative Verbesserungen zu erreichen. Der *eurofighter* gehöre zum Netzwerk der spanischen Verteidigung. Allerdings werde Spanien ein eigenes Programm außerhalb der europäischen Programme zur Modernisierung der Fregatten durchführen.

VIII. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheits-zusammenarbeit“ über „Derzeitige und künftige Fähigkeitsprioritäten für das Atlantische Bündnis“, vorgelegt von Berichterstatterin Abgeordnete Ragnheidur E. Árnadóttir (Island)

Die Berichterstatterin Abgeordnete **Ragnheidur E. Árnadóttir** (Island) erläuterte, dass der Bericht sich vor allem auf Fakten im Bereich der Ausstattung stütze. Es sei aber auch wichtig, die sogenannten *soft capabilities* zu erörtern. Einer der wesentlichen Punkte des Berichtes beziehe sich auf die Kapazitätslücke zwischen den Vereinigten Staaten und Europa. Die Vereinigten Staaten hätten die größeren militärischen Kapazitäten, um die Vielzahl der NATO-Missionen unterstützen zu können. Ferner könnten nur etwa drei bis vier Prozent der europäischen Soldaten im Ausland eingesetzt werden. Die momentanen Ausgaben würden nicht ausreichen, die Fähigkeiten der NATO adäquat zu erhöhen. Hinzu komme, dass die Ausgaben auf europäischer Ebene nicht koordiniert würden. Vor dem Hintergrund der steigenden Nachfrage nach NATO-Einsätzen sei es erforderlich, ein ausreichendes Volumen in den Militäretats der Bündnisstaaten verfügbar zu machen. Darüber hinaus sei es wichtig, Investitionen in Technologien vorzunehmen. Die derzeitigen Entwicklungszeiten für neue Militärtechnik seien zu lang; so dauere es etwa 20 Jahre, einen neuen Helikoptertyp zu entwerfen und zu bauen. Die Verteidigungsfähigkeiten in Europa sollten zusammengeführt werden, um kleine Staaten zu unterstützen. Ferner sei es wichtig, die Nischenfähigkeiten einzelner Bündnisstaaten stärker zu nutzen. Hier sei beispielsweise Island zu nennen, das sich in den Bereichen der *cyber*-Kriminalität und des Flughafenmanagements entsprechende Fähigkeiten erworben habe.

IX. Vortrag von Peter Flory, NATO Assistant Secretary General for Defence Investment, zum Thema „Derzeitige und künftige Fähigkeiten für das Bündnis“

Peter Flory fordere zu Beginn seines Vortrags, dass sich die NATO auf kollektive Fähigkeiten konzentrieren, aber auch ihre Fähigkeiten bei *out of area*-Einsätzen erweitern müsse. Die technischen Schwierigkeiten bei der Mission in Afghanistan hätten gezeigt, dass auch in Interoperabilität investiert werden müsse. Das NATO-Hauptquartier habe dazu einen Aktionsplan herausgegeben. Grundsätzlich seien für die Mission bessere Informationen wichtig, um zivile Opfer zu vermeiden. Die Militärhaushalte müssten deshalb erweitert werden, um diese Fähigkeiten zu verbessern. Ferner gebe es große Kapazitätsprobleme in der Zusammenarbeit zwischen NATO und EU. Die EU solle Lösungen anstreben, um diese Blockade zu beseitigen. Eine Möglichkeit der Zusammenarbeit ergebe sich aus der Übernahme von strategischen Lufttransporten. Die NATO könne insgesamt mehr tun, um die Initiative zum strategischen Lufttransport zu stärken. **Peter Flory** appellierte deshalb an die Bündnisstaaten, mit ihren Verteidigungshaushalten stärker zur NATO beizutragen. Eine zentrale Aufgabe der Parlamentarischen Versammlung der NATO sei es deshalb, den Wähler über die Aufgaben der NATO zu informieren, um diesbezüglich einen entsprechenden Rückhalt zu schaffen.

Der Abgeordnete **Karl von Wogau** (Europäisches Parlament) merkte an, dass die 27 Mitgliedsländer der EU im letzten Jahr 200 Milliarden Euro für Verteidigung ausgegeben hätten. Eine Erhöhung sei erforderlich; zudem müsse die Gesetzgebung zu europaweiten Ausschreibungen einen gemeinsamen Markt für Verteidigung in Europa schaffen. Als Beispiel für ein Projekt zur Stärkung der europäischen Militäraktivitäten führte er das europäische Programm zur Satellitenaufklärung MUSIS (*Multinational Satellite-based Imagery System for Surveillance, Reconnaissance and Observation*) an. Darüber hinaus befinde sich das Konzept SAFE (*Synchronized Armed Forces Europe*) in Entwicklung, welches der Zusammenarbeit und Koordination eines europäischen Militärbündnisses dienen solle. Die Abgeordnete **Ursula Mogg** (Deutschland) führte aus, dass es nicht nur um höhere Ausgaben, sondern auch um effizienteren Mitteleinsatz gehe. Die neu entwickelte Rolle Europas erfordere einen erhöhten Einsatz der Mitgliedsländer. In diesem Zusammenhang bat sie **Peter Flory** um Details zur Europäischen Verteidigungsagentur (EVA). Laut **Peter Flory** gebe es keine Alternative zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben, zumal jeder Staat Verpflichtungen gegenüber seinen eigenen Soldaten habe. Er merkte an, dass sich die Bundesregierung sehr stark für die NATO-Zusammenarbeit eingesetzt habe. In diesem Zusammenhang sei es wichtig, dass die Parlamentarier ihre Regierungen von der Wichtigkeit der NATO überzeugten. Die Vereinigten Staaten wollten sich künftig stärker auf die Entwicklung von Partnerschaften sowie auf die gemeinsame Technologieentwicklung und -nutzung konzentrieren.

X. Vortrag von Konteradmiral James M. Hart, stellvertretender Direktor für Strategie und Planung, Strategy, Plans and Programs Directorate (SPP), AFRICOM

Konteradmiral **James M. Hart** hob in seinem Vortrag hervor, dass das ursprüngliche Ziel des seit 1. Oktober 2008 bestehenden *Africa Command* darin bestanden habe, die Niederlassung von al-Qaida-Strukturen in Afrika zu verhindern. Die Vielzahl von Spannungsfeldern, insbesondere in Ostafrika, habe allerdings dazu geführt, dass sich die Aufgabenschwerpunkte verschoben hätten. Ein besonderes Problem habe sich aus der verstärkten Piraterie am Horn von Afrika ergeben. So sei ein umfassender Satz gemeinsamer Einsatzregeln erforderlich, der bei der Bekämpfung von Piraterie zum Einsatz kommen müsse. Dies zeige sich unter anderem darin, wie die verschiedenen Länder derzeit mit inhaftierten Piraten umgingen. Schließlich führte er aus, dass die Rolle Chinas im Kongo nach wie vor unklar sei. Ziel müsse es deshalb sein, die Kommunikation zu China zu verbessern.

XI. Beitrag der Versammlung zu einem neuen Strategischen Konzept der NATO

Der Vizepräsident der NATO PV, Abgeordneter **Jan Petersen** (Norwegen), führte aus, dass sein Entwurf ein erster Rahmen für den Beitrag der Parlamentarischen Versammlung der NATO zum neuen Strategischen Konzept sei. Der Entwurf konzentriere sich auf langfristige Perspektiven, die Anforderung an die NATO-Staaten dürfe nicht zu groß werden. **Sir John Stanley** (Vereinigtes Königreich) schlug vor, den Entwurf um Fragen der Energiesicherheit zu erweitern. Der Abgeordnete **Robert Hochbaum** (Deutschland) dankte dem Abgeordneten Jan Petersen für seine Präsentation und betonte die Wichtigkeit des neuen Konzepts. Das alte Konzept habe die neuen Bedrohungslagen nicht mehr ausreichend berücksichtigt. Er merkte an, dass es Gruppierungen in Deutschland gebe, die der Meinung seien, dass die Aktionen der NATO keine Rechtsgrundlage hätten. Schließlich empfahl er, der Themenbereich Terrorangriffe auf NATO-Länder solle Berücksichtigung im neuen Konzept finden. Der Abgeordnete **Frank Cook** (Vereinigtes Königreich) wies darauf hin, dass die NATO bei der Übernahme neuer Aufgaben vorsichtig sein müsse, da die Kapazitäten in vielen Bündnisstaaten erschöpft seien. Darüber hinaus sehe er das Erfordernis einer Koordinierung bezüglich der verschiedenen Regeln für Seeinsätze. Der Abgeordnete **Karl von Wogau** (Europäisches Parlament) schlug vor, ein europäisches Weißbuch zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu erstellen. Danach würde sich die Chance ergeben, beide Konzepte aufeinander abzustimmen und somit den Dialog zwischen den Institutionen zu verstärken. Abgeordneter **Jan Petersen** führte aus, dass der Prozess noch am Anfang stehe und das Konzept frühestens 2010 fertig gestellt werde. Energieversorgungssicherheit sei zwar ein wichtiger Bereich, er solle aber nicht automatisch zu einem Thema für die NATO gemacht werden.

XII. Beratung des Entschließungsentwurfs „Die laufenden Operationen der NATO“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Abgeordneter Frank Cook (Vereinigtes Königreich)

Der von dem Generalberichterstatter Abgeordneter Frank Cook präsentierte Entschließungsentwurf wurde nach kurzer Debatte und Einigung über diverse Änderungsanträge einstimmig angenommen.

XIII. Personalien

Der Abgeordnete **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) und **Sir John Stanley** (Vereinigtes Königreich) wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit gewählt. Zum Vorsitzenden des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ wurde Senator **Joseph A. Day** (Kanada) gewählt. Den stellvertretenden Vorsitz erhielt der Abgeordnete **Jeff Miller** (Vereinigte Staaten). Die Abgeordneten **Kursat Atilgan** (Türkei) und **Raymond Knops** (Niederlande) wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheit und Verteidigungsfähigkeiten“ gewählt. Alle anderen Funktionsträger wurden per Akklamation wiedergewählt.

Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, dem 15. November 2008, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **John Tanner** (Vereinigte Staaten).

I. Überblick über die Themen

Zentrale Themen der Sitzung waren die globale Finanzkrise sowie die sicherheitspolitische Lage und die zukünftigen Herausforderungen in Afghanistan.

II. Vortrag von Generalleutnant Karl W. Eikenberry, stellvertretender Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, zum Thema „Die Sicherheitslage in Afghanistan und die Verknüpfung von Sicherheit und Entwicklungsanstrengungen“

Generalleutnant **Karl W. Eikenberry** erklärte eingangs, er könne sich den im Generalberichtsentwurf genannten zukünftigen Herausforderungen in Afghanistan uneingeschränkt anschließen. Das Ziel von ISAF sei es, einen Sicherheitsrahmen für die Entwicklung einer guten Regierungsführung sowie Rechtsstaatlichkeit und damit die Grundlage für den zivilen Aufbau und die wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen. Als wichtige Erfolge nannte er die Parlaments- und Präsidentenwahlen, die Infrastruktur-entwicklung sowie Verbesserung der schulischen und ärztlichen Versorgung. Er räumte ein, bei einigen Vorhaben sei die Ausgangslage schwieriger gewesen als vorher angenommen. Der Korruptionsbekämpfung räumte er einen hohen Stellenwert ein. Eine besondere Herausforderung seien auch die von Pakistan aus agierenden militanten Extremisten und Terroristen. In der Diskussion sah er

beim Thema Lastenverteilung ein zentrales Problem in den unveränderten Finanzstrukturen bei deutlicher Veränderung der Aktivitäten der NATO. Er warb aus Akzeptanzgründen für eine führende Rolle von einheimischen Sicherheitskräften. Abschließend erklärte er, die Bündnispartner müssten sich immer wieder auf das gemeinsame Ziel besinnen, warum man in Afghanistan sei, um dort wirklich erfolgreich zu sein und damit auch von der eigenen Bevölkerung stärker unterstützt zu werden, weil sie die Mission als notwendig akzeptiere.

III. Vortrag von Rodrigo Rato, ehemaliger geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), zum Thema „Die globale Finanzkrise“

Die durch die Schwäche des US-Immobilienmarktes ausgelöste globale Finanzkrise habe in allen Ländern zu einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums geführt, erklärte **Rodrigo Rato**. Er analysierte, in den letzten Jahren seien entscheidende Fehler in der Risikobewertung der Dotcom-Blase und bei vielen Kapitalgesellschaften gemacht worden. Verschärft worden seien sie noch durch Defizite bei der Aufsicht und Regulierung. Äußerst komplexe Finanzprodukte hätten die Störungen im Finanzsystem verstärkt. Man habe erkannt, dass oft getrennt betrachtete Risiken miteinander verknüpft seien und die Wirtschaftszyklen inzwischen eher durch die Kapitalströme als durch Zinsschwankungen beeinflusst würden. Er ging auf einige Hilfsprogramme der Industrieländer ein. Antizyklische globale Programme seien sinnvoll, müssten aber effizient und strategisch gut ausgerichtet sein, zeitlich befristet und besser koordiniert werden. Ein Anstieg der Haushaltsdefizite und Marktverzerrungen seien allerdings die Folgen, Protektionismus ein globales Risiko. Rato hielt die Veränderung einiger Regeln der Finanzmärkte für notwendig. Vor allem müsse die Transparenz erhöht werden, damit die Finanzaufsichten mehr über die Risikoverteilung unterhalb der Banken wüssten. Außerdem seien Analysen notwendig, wie weiterverkaufte Kreditrisiken die Finanzmarktstabilität verändert hätten. Schwierig sei das Gleichgewicht zu finden, um die Innovationskraft des Finanzmarktes zu wahren, aber gleichzeitig verbesserte Regeln zu setzen. Rato warb für einen ständigen Dialog auf multilateraler Ebene und die Beteiligung der Schwellenländer an der Revision.

Der Abgeordnete **Kurt Bodewig** (Deutschland) lobte die schnelle Reaktion der Finanzminister und Notenbanken der Länder, die noch vor zehn Jahren nicht denkbar gewesen wäre. Auf seine Fragen erklärte **Rodrigo Rato**, man müsse beim *Rating* über einen neuen Ansatz nachdenken, auch beim Wettbewerb zwischen den Agenturen. Die Einstufung und Bewertung von komplexeren Produkten sei nicht einfach. Deshalb seien Regeln und Transparenz entscheidend, damit die Risiken für die Anleger klar seien. Rato bemerkte, nicht die freie Marktwirtschaft sei gescheitert, nur diese Form der Finanzliberalisierung. Nachdrücklich warb er für die Koordinierung der Maßnahmen innerhalb der Länder, insbesondere im Bereich der EU.

IV. Vortrag von Mark Pyman, Defence Project Leader, Transparency International UK, zum Thema „Die nationale Sicherheit und wirtschaftliche Folgen von Korruption, und die Arbeit von Transparency International“

Einleitend erläuterte **Mark Pyman**, Transparency International (TI) messe gerade dem Beschaffungswesen im Verteidigungssektor einen besonderen Stellenwert aufgrund der Bedeutung für die nationale Sicherheit zu. Das Korruptionpotential sei aufgrund der großen Budgets und umfangreichen Ausgaben sehr hoch. Fast noch schlimmer als die materiellen Schäden (Verluste von rund 20 bis 30 Prozent der Budgets) wiege der hierdurch verursachte Vertrauensverlust in Politik und Verwaltung. Man erarbeite seit einigen Jahren Verfahren, die für eine effektivere Wirkungsweise sorgen sollten. Entscheidend seien die Verringerung des Korruptionsrisikos und die Stärkung der Integrität auf allen Ebenen. 2007 habe man zusammen mit der NATO ein Programm aufgelegt, um Korruption im Beschaffungswesen zu erkennen und gezielt einzudämmen. Dafür seien ein fünftägiges Ausbildungsmodul und ein Selbstbewertungsinstrument entwickelt worden. Einige Länder, wie Polen, entwickelten eigene Integritätsprogramme. TI biete auch Unterstützung bei Beschaffungsprojekten. Man sei davon überzeugt, dass Korruptionsprävention besser sei als nachträgliche Sanktionen. Dazu trage auch das wirksame, von TI entwickelte und global angewandte Instrument des Integritätspaktes mit klaren Verhaltensvorgaben und ebenso klaren Sanktionsandrohungen bei. Gegengeschäfte blieben ein großer Problembereich. Hierbei liege das Problem nicht bei den Hauptpartnern, sondern den beteiligten Unternehmen und Zulieferern. Der Aufteilung der Verantwortung und Transparenz bei den Verfahren komme eine besondere Bedeutung zu. Diese Transparenz stärke ohne viel Bürokratie die horizontale Kontrolle durch die Wettbewerber und die Öffentlichkeit. Weiterhin könne so besser Rechenschaft gegenüber den Bürgern abgelegt werden. Dazu gehörten das Mehraugenprinzip bei der Vergabe, eine umfassende Dokumentation der Vergabeentscheidung und die Öffentlichkeit der Sitzungen der politischen Entscheidungsgremien bei den Vergabeentscheidungen. Mark Pyman appellierte an die Abgeordneten, in ihren Verteidigungsausschüssen der Parlamente die Einführung des Integritätspaktes für die Verteidigungsministerien zu fordern.

V. Beratung des Berichtentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ über „Der Aufstieg der indischen Wirtschaft: Transatlantische und weltweite Auswirkungen“, vorgelegt vom Mitberichterstatter Abgeordneter Petras Austrevicius (Litauen) und vom Mitberichterstatter Abgeordneter John Boozman (Vereinigte Staaten)

Das Wirtschaftswachstum in Indien sei durch die Finanzkrise stark beeinträchtigt worden, erklärte der Mitberichterstatter Abgeordneter **Petras Austrevicius** (Litauen). Indien sei nach wie vor sehr abhängig von ausländischem Kapital. Mehr Offenheit in den Bereichen Handel und Investitionen sei nötig, um Investoren anzulocken. Im Ver-

gleich zur wirtschaftlichen Entwicklung in China verwies er darauf, dass in Indien die Entscheidungen durch die demokratischen Strukturen länger dauerten. Die Geschichte der Entwicklung Indiens bewiese jedoch, dass Demokratie und eine schnelle wirtschaftliche Entwicklung nebeneinander bestehen könnten. Die Förderung demokratischer Institutionen habe auch den Vorteil, dass der Staat keine Ressourcen für die Unterdrückung von grundlegenden innerstaatlichen Widersprüchen aufwenden müsse. Der Mitberichterstatter Abgeordneter **John Boozman** (Vereinigte Staaten) ergänzte, China verlasse sich im Gegensatz zu Indien beim Verkauf seiner Produkte sehr auf ausländische Firmen, wie beispielsweise den amerikanischen Einzelhandelskonzern Wal-Mart. Er betonte abschließend, sein Land habe Interesse an einer langfristigen Stabilität in Südostasien und sehe Indien dort als einen Stabilitätsfaktor. Der Bericht wurde ohne Änderungen angenommen.

VI. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ über „Staat und Markt in der neuen russischen Wirtschaft“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Attila Mesterhazy (Ungarn)

Der Berichterstatter Abgeordneter **Attila Mesterhazy** (Ungarn) erklärte, der vorliegende Berichtsentwurf solle nicht eine Auflistung der jeweiligen Streitigkeiten zwischen Russland und dem Westen sein, sondern vielmehr die veränderte russische Wirtschaft und die möglichen Folgen für die Beziehungen Russlands zum Westen aus einer westlichen Perspektive untersuchen. Die Lage in Georgien könne jedoch nicht von vielen wirtschaftlichen Fragen getrennt werden. In der euroatlantischen Gemeinschaft bestehe das starke Gefühl, dass die Georgien-Krise einen Wendepunkt markiere, der langfristige Auswirkungen auf die Beziehungen des Westens zu Russland haben und der auch die Wirtschaftsbeziehungen beeinflussen werde. In Russland seien Wirtschaftspolitikern zu politischen Zwecken benutzt und westlichen Unternehmen in einer ständig wechselnden Folge administrativer und rechtlicher Maßnahmen einseitige Beschränkungen auferlegt worden. Wenn es westlichen Unternehmen untersagt werde, in Russland mit den russischen Oligopolen in Wettbewerb zu treten, so müsse auch die Frage gestellt werden, ob sich diese russischen Unternehmen weiterhin eines ungehinderten Zugangs zu den europäischen Märkten erfreuen sollten. Für Russland sei es an der Zeit, mehr ausländische Investitionen im Energiesektor zuzulassen und die Energiepolitik zu entpolitisieren. Der Bericht wurde ohne Änderungen angenommen.

VII. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Wirtschaftlicher Wiederaufbau in Afghanistan: Folgen für Entwicklung und Sicherheit“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Abgeordneter Hugh Bayley (Vereinigtes Königreich)

Der Generalberichterstatter Abgeordneter **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) erklärte, in Afghanistan gebe es

ohne eine politische Lösung keinen Frieden. Auch komme es entscheidend darauf an, die Entwicklungsinitiativen mit den Sicherheitsbestrebungen zu koordinieren. Gleichzeitig sollten Hilfsprogramme für Afghanistan nach Möglichkeit mit afghanischen Ressourcen und Auftragnehmern durchgeführt werden. Fast zwei Drittel der ausländischen Hilfe würden heute an afghanischen Regierungsstellen vorbei über ausländische Auftragnehmer abgewickelt. Das mindere die Effektivität der Hilfe und schwäche den Staat, indem es ihn daran hindere, eigene Ausgabenprioritäten festzulegen und umzusetzen. Jedes Tätigwerden außerhalb des Staates schwäche diesen zusätzlich – mit der Folge einer blühenden Korruption. Hierdurch werde außerdem die Fähigkeit der afghanischen Regierung untergraben, die Bevölkerung umkämpfter Gebiete für sich zu gewinnen. Staatliche Dienstleistungen erreichten Menschen in Konfliktgebieten effektiver als Leistungen ausländischer Einrichtungen. Es komme entscheidend auf die Wahrnehmung an, dass die afghanische Regierung Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der einfachen Menschen ergreife. Komme dieser Eindruck nicht zustande, werde die Aufstandsbewegung nur noch größere Kraft gewinnen und weitere Anhänger finden. Auch die Hilfe für die Mohnanbauggebiete müsse sinnvoller synchronisiert werden, um eine Umstellung auf andere Kulturen zu fördern. Die entscheidende Rolle der Frauen bei der Entwicklung solle auch künftig im Mittelpunkt der Bemühungen des Westens stehen. Abgeordneter **Hugh Bayley** sah aber aufgrund der aktuellen Situation noch eine langjährige militärische Präsenz vor Ort. Der Bericht wurde mit einigen Aktualisierungen des Generalberichterstatters angenommen.

VIII. Beratung des Entschließungsentwurfs „Wirtschaftlicher Wiederaufbau in Afghanistan“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Abgeordneter Hugh Bayley (Vereinigtes Königreich)

Der Berichterstatter erklärte, in diesen Text seien die Schlussfolgerungen des Berichtes eingeflossen. Die Entschließung wurde mit zwei Änderungen angenommen.

IX. Beitrag der Versammlung zu einem neuen Strategischen Konzept der NATO

Die Ausschussmitglieder diskutierten den vom Ständigen Ausschuss vorgelegten Textentwurf.

X. Personalien

Der Ausschuss wählte den Abgeordneten **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) zum Vorsitzenden und den Abgeordneten **Simon van Driel** (Niederlande) zum neuen Generalberichterstatter. Zu stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ wählte der Ausschuss die Abgeordneten **Jan Dziedzic** (Polen), **Jeppe Kofod** (Dänemark) und **Charlie Melancon** (Vereinigte Staaten). Neuer stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ wurde der

Abgeordnete **John Boozman** (Vereinigte Staaten). Alle anderen Funktionsträger wurden per Akklamation bestätigt.

Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)

Der Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit tagte am Samstag, 15. November 2008, und am Sonntag, 16. November 2008, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Michael Clapham** (Vereinigtes Königreich).

I. Überblick über die Themen

Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Themen Energiesicherheit, die Bedrohung von Infrastrukturen, die Zukunft des Kosovo, die terroristische Bedrohung in Europa, die Lage in Zentralasien sowie der Beitrag der Versammlung zur Erarbeitung eines neuen Strategischen Konzeptes der Allianz.

II. Vortrag von Phillip Cornell, Senior Fellow und Direktor, *International Initiatives, NATO School, Oberammergau*, zum Thema „NATO und Energie: Unterscheidung von und Auseinandersetzung mit Bedrohungen für Energiesicherheit und Infrastrukturen“

Energiesicherheit umfasse drei Hauptdimensionen, so **Phillip Cornell**. Erstens die Sicherstellung der Versorgung militärischer Operationen – dies sei strategisch gesehen die primäre Ebene –, zweitens die der Versorgung kritischer ziviler Dienstleistungen und drittens die der Versorgung des weiteren Marktes. Akzeptable und stabile Preise seien wichtig, da sie Auswirkungen auf die verschiedensten Bereiche, unter anderem auf militärische Einsätze, Infrastrukturen und Informationssysteme hätten. Durch terroristische und andere Bedrohungen gebe es ein Verwundbarkeitspotential. Es stelle sich die Frage, wie die NATO diesen Problemen begegnen könne, vor allem im primären Sicherheitsbereich, wo gegebenenfalls die Unterbrechung von militärischen und zivilen Operationen die Folge sei und notwendige Investitionen in Energieinfrastrukturen mangels Sicherheit, fehlendem Marktzugang, aber auch wegen schwankender Energiepreise nicht getätigt würden. Möglichkeiten sehe er beispielsweise in der Ausarbeitung von Redundanzplänen, um Puffer und Flexibilität in der Verteilerkette zu schaffen, in der Schaffung von Marktanreizen für private Investitionen – auch bei den NATO-Partnern – sowie in der Diversifizierung von Brennstoffen und Bezugsquellen. Die Sicherheit von Energieinfrastrukturen sei in allererster Linie eine nationale Aufgabe – aber ebenso wichtig für die NATO – und werde von Land zu Land verschieden gehandhabt. Eine Zusammenarbeit in diesem Bereich auf EU-Ebene oder im Rahmen der Internationalen Energieagentur (IEA) könne vorteilhaft sein.

Im Anschluss ging Phillip Cornell auf die besonderen Probleme der NATO ein. Wegen immer wieder auftretender Versorgungsprobleme in feindlichen Gebieten sei

„*The Alliance's Military Petroleum Concept*“ erarbeitet worden. Die Entwicklung sei von der gemeinsamen Verteidigung hin zur gemeinsamen Sicherheitsplanung gegangen, es gebe inzwischen ein Netz von Partnern für die Energieversorgung. Begonnen habe diese Entwicklung 2006, als die NATO auf ihrem Gipfeltreffen in Riga damit betraut worden sei, ihr mögliches Engagement bei einem gemeinsamen Vorgehen zur Verbesserung der Energiesicherheit zu prüfen. Unter dem Aspekt der nationalen Souveränität stelle sich für die NATO das Problem, wie sie tätig werden könne, ohne angefordert zu werden. Sie sei von Anfang an nicht darauf ausgerichtet gewesen, sich mit Zivilfragen zu befassen, aber der zivile Bereich könne von den langjährigen Erfahrungen der NATO profitieren. Die Befürchtung, die Energieversorgung könne militarisiert werden, sei jedoch abwegig, so Phillip Cornell. Die Hauptaufgabe sehe er in der Beratung. Gefahr bestehe in einem zu langsamen Vorgehen, so dass Bemühungen im Sande verlaufen könnten. Er führte fünf Bereiche an, in denen die NATO sich einbringen könne: Informationen und Informationsdienste zusammenlegen und gemeinsam nutzen; Planung von Stabilität, auch durch den Aufbau von Kapazitäten und Unterstützung bei Reaktionen auf Krisen; ein Vorantreiben der regionalen und internationalen Zusammenarbeit, zum Beispiel durch gemeinsame Konferenzen und Seminare; die Unterstützung von Folgenmanagement, insbesondere durch die Euro-Atlantische Koordinierungszentrale für Katastrophenhilfe (*Euro-Atlantic Disaster Response Coordination Centre, EADRCC*) der NATO; Unterstützung des Schutzes kritischer Energieinfrastrukturen beispielsweise durch Risikobewertung, -analysen und maritime Abschreckung.

In der sich anschließenden Diskussion wurde von dem Ausschussvorsitzenden Abgeordneter **Michael Clapham** (Vereinigtes Königreich) die Frage aufgeworfen, ob eine Indexierung des Gas- auf den Ölpreis zu Instabilität führen und Indexierung als Waffe eingesetzt werden könne. **Phillip Cornell** verwies darauf, dass eine Indexierung loser gestaltet werden könne, dies hänge von den regionalen Marktbedingungen ab. Die Schaffung eines Gaskartells – ähnlich der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) – erscheine gegenwärtig aber unwahrscheinlich. Eingehend auf die Frage der Abgeordneten **Pernille Frahm** (Dänemark), welche Bedeutung Klimawandel für Energieversorgung und Sicherheit habe, antwortete **Phillip Cornell**, dass für die NATO neben dem Schutz der Infrastrukturen auch Aspekte der Nachhaltigkeit wichtig seien. Dem Hinweis des Abgeordneten **Rachid Assas** (Algerien), dass Algerien zwar von Terrorismus stark betroffen sei, es im Süden des Landes aber keinen Terrorismus gebe, fügte **Phillip Cornell** hinzu, dass die Zusammenarbeit mit den algerischen Sicherheitskräften ein investitionsfreundliches Klima schaffe und dies zu einem weiteren EU-Engagement in dieser Region führen könne. Auf die Frage des Abgeordneten **Raffi Hovannisian** (Armenien), ob die NATO in Anwendung von Artikel 5 des Nordatlantik-Vertrages helfen könne, wenn ein Verbündeter in der Energielieferkette in Probleme gerate, verwies **Phillip Cornell** darauf, dass Energiefragen getrennt von Sicherheitsfragen behandelt

werden müssten. Für die NATO stehe Sicherheit an erster Stelle, erst dann komme eine Übertragung auf andere Bereiche in Frage. Vom Abgeordneten **Kyriakos Mitsotakis** (Griechenland) wurde die Problematik der Piraterie vor Somalia angesprochen und die Frage aufgeworfen, ob es Verbindungen gebe zwischen Piraterie und Terrorgruppen und die NATO eine geeignete Organisation für die Lösung des Problems sei. Für **Phillip Cornell** sei maritime Sicherheit wichtig für die Aktionsregionen der NATO, um beispielsweise Nachschubwege zu sichern, eine dauerhafte Präsenz von Patrouillen sei aber nicht vorgesehen. Es müsse eine Diskussion darüber angestoßen werden, ob es Sinn mache, maritime Seewege zu schützen und wie die Kosten zu teilen seien. Senator **Vincenzo Bianco** (Italien) ging auf den Stand der Ölinfrastruktur in Iran und Irak ein. **Phillip Cornell** führte aus, dass die irakische Ölproduktion schon lange unter der Förderleistung liege und Angriffe auf die Pipelines weiterhin ein Problem darstellten. Dies beeinträchtige auch den Ölexport. Was den Iran betreffe, so seien Qualitätsschwankungen des Rohöls problematisch, außerdem seien zahlreiche Raffinerieprojekte wegen Investitionsproblemen wieder eingestellt worden. Aber sowohl der Iran wie auch Russland beabsichtigten, Projekte im Kaspischen Meer anzustoßen. Der Abgeordnete **Nicholas Rurua** (Georgien) wies auf die Bedeutung Georgiens für die Energieversorgung in Europa hin und hinterfragte, welcher NATO-Beitrag möglich sei, um die nationale Souveränität in Bezug auf freie Entscheidungen im Hinblick auf Energieprojekte sicherzustellen. **Phillip Cornell** verwies auf die Bedeutung bereits existierender Partnerschaften wie die euroatlantische Integration für die Länder des Kaukasus und den MAP der NATO, warnte aber auch davor, Entscheidungen über NATO-Erweiterungen auf Grundlage von Energiesicherheitsfragen zu treffen.

III. Beratung des Sonderberichtsentswurfs über „Energiesicherheit: Zusammenarbeit bei der Verbesserung des Schutzes kritischer Energieinfrastrukturen“, vorgelegt vom Sonderberichterstatter Lord Jopling (Vereinigtes Königreich)

Von Sonderberichterstatter **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) wurden eingangs die seit der letzten Ausschusssitzung am Berichtsentswurf vorgenommenen Änderungen vorgestellt, so beispielsweise die Bedrohung durch maritimen Terrorismus. Im Fokus des Berichtsentswurfs stehe die Frage, was die NATO zur Verbesserung des Schutzes kritischer Energieinfrastrukturen beitragen könne. Empfohlen werde unter anderem die Schaffung eines Exzellenzzentrums zur Energiesicherheit, eine engere Zusammenarbeit mit im Energiebereich tätigen internationalen Organisationen wie auch die vermehrte Durchführung von Simulationen zur Übung im Umgang mit energiebezogenen Störfällen. Die EU unternehme seiner Ansicht nach in letzterem Bereich nicht genug. Den ursprünglichen Vorschlag der EU-Kommission, kritische Infrastrukturen auf eine einzige Liste zu setzen, betrachte er als Geschenk für Terroristen. Der Ausschuss habe sich daher in den letzten beiden Jahren darum bemüht, diesen

Vorschlag zu kippen. Im Bericht seien Empfehlungen ausgearbeitet zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen NATO und EU, die vor dem Hintergrund der Überarbeitung der Europäischen Sicherheitsstrategie 2003 und des Strategischen Konzepts der NATO von 1999 einen interessanten Handlungsspielraum eröffneten, um die Strategien von EU und NATO zur Energiesicherheit zusammenzuführen. Mit diesem Berichtsentswurf sei nun das dritte Papier ausgearbeitet worden, wie man auf terroristische Bedrohungen reagieren könne. Es solle aufwecken und die Konsequenzen von terroristischen Attacken aufzeigen. Die Unterlagen seien in vielen nationalen Parlamenten mit der Frage vorgelegt worden, was angesichts der Problematik unternommen werden könne.

Der Sonderberichterstatter wurde vom Abgeordneten **David Scott** (Vereinigte Staaten) um seinen Standpunkt in Bezug auf die aktuelle und zukünftige Rolle des Militärs beim Schutz von Energieinfrastrukturen gebeten und gefragt, ob die NATO aktiv werden könne, wenn Energievorkommen in einem Mitgliedstaat angegriffen würden. **Lord Jopling** vertrat den Standpunkt, das Militär könne in bestimmten Szenarien – biologische, chemische oder radiologische Angriffe, Angriffe auf Atomkraftwerke, den Energienachschub beeinträchtigende Piraterie oder „Geiselnahme“ von Energievorräten – einen Beitrag leisten, solle aber nicht die einzige Rolle spielen, sondern könne auch unter den VN oder der EU im Einsatz sein. **Phillip Cornell** verwies auf die große Bedeutung der militärischen Energiesicherheit und dass diese Sicherheit viel Geld und Personal binde. Abgeordneter **Hendrik Jan Ormel** (Niederlande) bat darum, dass ein zukünftiger Bericht auf die Verbesserung der Zusammenarbeit der Nachrichtendienste – denn Terroristen würden nicht nur innerhalb nationaler Grenzen agieren – eingehen und eine Bedrohungsanalyse vornehmen solle. Als Beispiel führte er an, dass die Niederlande mit dem Hafen in Rotterdam ein Zentrum darstellten, wo viel Energie angelandet werde. Eingehend auf die Zusammenarbeit von nationalen Geheimdiensten äußerte **Lord Jopling** seine Bedenken, dass die Gefahr bestehe, dass Informationen nach außen durchsickern könnten. Mitarbeiter von EUROPOL hätten seiner Ansicht nach eine zu niedrige Sicherheitsüberprüfung. Bisher würden nur fünf EU-Mitgliedsländer ein Informationssystem zum Nachrichtenaustausch nutzen. Die Vereinigten Staaten seien ebenfalls sehr zögerlich mit der Übermittlung von Nachrichtenmaterial an EU-Partner. Vom Abgeordneten **Yahya Dogan** (Türkei) wurde um Änderungen am Berichtsentswurf gebeten, die Vorkommnisse an der Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline in der Türkei betreffen. Es habe sich um technisches Versagen und nicht um einen Anschlag gehandelt. **Lord Jopling** sagte eine Überprüfung der Fakten und gegebenenfalls notwendige Korrekturen im Bericht zu. Der Ausschussvorsitzende **Michael Clapham** (Vereinigtes Königreich) dankte dem Sonderberichterstatter für die in den letzten vier Jahren geleistete Arbeit, auf deren Grundlage sich die EU den Bemühungen angeschlossen habe und die Zusammenarbeit mit der NATO in diesem Bereich vorangekommen sei. Der Sonderberichtsentswurf wurde angenommen.

IV. Diskussion über das neue Strategische Konzept der NATO

Der Vizepräsident der NATO PV Abgeordneter **Jan Petersen** (Norwegen) stellte den von ihm ausgearbeiteten Entwurf eines Beitrags der Versammlung zum neuen Strategischen Konzept der NATO vor, der auf den bei der Frühjahrstagung der Versammlung in Berlin von den Ausschüssen beigetragenen Punkten basiere. Der Entwurf stelle Aufgaben und Funktionen der NATO dar, gebe eine kurze Analyse der Sicherheitslage und gehe auf die Ziele, Kompetenzen und Fähigkeiten der NATO in Vergangenheit und Zukunft ein. Für eine langfristige Ausrichtung des Konzepts sei visionäres Vorgehen notwendig. Auf dem Weg in die Zukunft seien folgende Themenbereiche bedeutsam: die Beziehungen zur Russischen Föderation, vor allem unter Berücksichtigung der Ereignisse in Georgien, die Rolle der Nuklearmächte sowie die funktionalen und geografischen Grenzen für NATO-Mitgliedschaften und NATO-Partnerschaften.

Der Ausschussvorsitzende Abgeordneter **Michael Clapham** (Vereinigtes Königreich) vertrat die Ansicht, dass vor dem Hintergrund der von vielen Ländern beabsichtigten verstärkten Nutzung von Atomenergie strikte Nichtverbreitungsregelungen in Europa notwendig seien, um zu verhindern, dass nukleares Material in die Hände von Terroristen falle. Abgeordneter **Kyriakos Mitsotakis** (Griechenland) plädierte für eine echte Partnerschaft zwischen der NATO und Russland. Der Abgeordnete **Hendrik Jan Ormel** (Niederlande) sprach sich dafür aus, den gegenwärtigen Wortlaut von Artikel 10 des Nordatlantikvertrages hinsichtlich der NATO-Erweiterung unverändert beizubehalten, wies aber gleichzeitig darauf hin, wie wichtig die Entwicklung enger Beziehungen zu nichteuropäischen Demokratien wie Australien, Japan, Neuseeland sei, die die gleichen Werte teilten und sogar NATO-Missionen unterstützten. Er hob außerdem die Notwendigkeit einer gemeinsamen Finanzierung hervor. Dem Hinweis auf die finanzielle Lastenteilung schloss sich **Sir Peter Viggers** (Vereinigtes Königreich) an und schlug vor, einen Zusatz hinsichtlich der *caveats* in das Konzept aufzunehmen und zu betonen, dass der Einsatz von Truppen nicht durch die sie bereitstellenden Länder eingeschränkt werden solle. Im Hinblick auf Russland wies er darauf hin, dass es im Interesse des Landes liegen müsse, stabile und gedeihende Nachbarstaaten zu haben, was ebenfalls ein Ziel der NATO-Erweiterung sei. Die Abgeordneten **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich) und **Pernille Frahm** (Dänemark) fragten, ob ein Hinweis auf die Konvention über das Verbot von Streumunition, die im Dezember in Oslo zur Unterzeichnung offen stehen werde, aufgenommen werden könne. Abgeordnete Pernille Frahm bat außerdem darum, Hinweise zum Klimawandel und zu erneuerbaren Energien mit in das Konzept aufzunehmen, da diese beiden Bereiche Herausforderungen für die zukünftige Sicherheit darstellen. Eingehend auf die vorgebrachten Punkte bedankte sich Abgeordneter **Jan Petersen** für die Vorschläge, äußerte aber seine Auffassung, dass die NATO bei ihren Hauptaufgaben bleiben solle. Nicht alle Ideen könnten aufgegriffen

und im Konzept verarbeitet werden. Wichtig sei ein kurzes und prägnantes Dokument mit einer gezielten Botschaft.

V. Vortrag von Gerald Knaus, Vorsitzender der Europäischen Stabilitätsinitiative (ESI) und Open Society Fellow, zum Thema „Die Schwäche von Staaten und die inter-ethnischen Beziehungen auf dem Balkan“

Der Vortrag von **Gerald Knaus** beschäftigte sich mit der Frage, wo Südosteuropa heute stehe und welchen Herausforderungen es sich zu stellen habe. Die Region habe sich seit den neunziger Jahren sehr gewandelt. Es habe deutliche Verbesserungen im Kampf gegen Gewalt und organisiertes Verbrechen, für eine zivile Kontrolle des Militärs und im Hinblick auf die Entwicklung der Polizei gegeben. Einige Länder in der Region seien bereits EU-Mitglieder oder in einem fortgeschrittenen Stadium der EU-Integration.

Eingehend auf die Lage in Bosnien und Herzegowina wies Gerald Knaus darauf hin, dass sich die interethnischen Beziehungen verbessert hätten, die Bevölkerung sei heute so multiethnisch wie vor dem Krieg. Im ganzen Land gebe es eine multiethnische Polizei. Das organisierte Verbrechen habe zurückgedrängt werden können, 2006 seien alle Morde aufgeklärt worden, die Kriminalitätsrate gehe zurück, es gebe fast keine interethnischen Verbrechen. Heutzutage stelle Autodiebstahl das größte Problem dar. Die Situation vom Dezember 1995 mit drei Armeen und 419 000 Soldaten sowie drei Geheimdiensten habe sich bis zum Dezember 2007 mit 10 000 Berufssoldaten und 5 000 Reservisten unter einem Kommando sowie nur noch einem Geheimdienst stark verbessert. Die wirtschaftliche Situation sei jedoch weiterhin schwierig und eine EU-Integration erscheine gegenwärtig unsicher. Im Wirtschaftssektor gebe es multiethnische Beziehungen, aber 30 Prozent Arbeitslosigkeit. Solange das Land jedoch politisch föderal organisiert bleibe, könne man dort etwas bewegen.

Die Wirtschaft im Kosovo sei ebenfalls schwach und somit Quelle sozialer und politischer Instabilität. 2005 habe das „Wirtschaftswachstum“ -0,2 Prozent betragen, 67 Prozent der Haushaltseinnahmen seien durch Grenzölle erwirtschaftet worden. Einen bedeutenden Beitrag leisteten Arbeitsmigranten, die im europäischen Ausland lebten und an ihre Familien im Kosovo Geld überwiesen; ein im Ausland Beschäftigter ernähre etwa fünf von ihm abhängige Personen im Heimatland. Die Landwirtschaft im Kosovo weise eine sehr niedrige weibliche Beschäftigungsrate auf, sie biete keine Zukunftsaussichten für Kinder. Das „Kosovo-Paradox“ sei, dass es große Familien gebe – ein durchschnittlicher Haushalt bestehe nach wie vor aus 6,4 Mitgliedern –, aber zwei Kinder gingen ins Ausland und zwei blieben daheim und bestellten das Land. Internationale zivile und militärische Präsenz habe die Rechtsstaatlichkeit im Auge, aber es mangle an langfristigen Strategien für die ländliche Entwicklung sowie an glaubwürdigen Strategien für die Entwicklung und In-

tegration des Landes. Der Minderheitenschutz sei eine Aufgabe, die enorme internationale Ressourcen verschlinge. Der Einsatz der Rechtsstaatlichkeitsmission der EU (EULEX) im Kosovo sei noch ungeklärt im Hinblick auf Mandat und Machtbefugnisse. Da derzeit nur 22 von 27 EU-Mitgliedsländern das Kosovo anerkannt hätten und es keine kohärente EU-Position zum Status gebe, könne eine Aussicht auf Integration in die EU keinen Anreiz bieten. Gerald Knaus verwies diesbezüglich auf einen Artikel im „Spiegel“ vom 20. Februar 2007 mit dem Titel „Brüssels falsches Balkan-Versprechen“. Die EU-Beitritte von Rumänien und Bulgarien hätten gezeigt, dass Anreize zu Reformen nicht mehr funktionierten, sobald die Kandidaten zu Mitgliedsländern würden. Es werde sich zeigen, ob dies auch im Falle von Bosnien und Herzegowina, Albanien und Montenegro gelte, die einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft gestellt hätten, beziehungsweise im Falle von Serbien, das 2008 ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet habe.

Der Ausschussvorsitzende **Michael Clapham** (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich nach der langfristigen EU-Strategie bezüglich des Kosovo. **Gerald Knaus** verwies auf die wichtige Funktion der Geldtransfers von Arbeitsmigranten in ihr Heimatland. Im Kosovo gebe es keine Rückwärtsmigration, insofern bestehe die Herausforderung darin, wie man eine Arbeitsmigration in der EU fördern könne. Zirkuläre Migration sei eine mögliche Lösung, aber auch Migration in EU-Länder, in denen Arbeitskräftemangel herrsche, wie in Rumänien und Bulgarien. Es werde lange dauern, bis das Kosovo EU-Vollmitglied werden könne, aber wenn Albanien Fortschritte mache, könne dies als Beispiel für das Kosovo dienen. Senator **Lucio Malan** (Italien) warf die Frage auf, ob sich die Behörden im Kosovo bewusst seien, wie heikel die Lage sei, und ob es vorstellbar sei, dass das Kosovo und Albanien aktiv bei der Lösung zusammenarbeiteten. Laut **Gerald Knaus** glaubte die Mehrheit der Politiker in Pristina, dass die Unabhängigkeit alle Probleme lösen werde, inzwischen seien sie aber realistischer geworden. Manche Probleme im Kosovo seien einzigartig, so gebe es dort keine Abwanderungsbewegungen vom Land in die Städte, wie es anderswo üblich sei. Man arbeite daher an der Verbesserung der Transport- und Verkehrswege, um Reisezeiten zu verkürzen. Der Abgeordnete **Leonard Demi** (Albanien) äußerte angesichts der positiven Wachstumsraten in seinem Land die Hoffnung, dass es im Frühjahr 2009 Kandidat für den EU-Beitritt werde, sowie seine Auffassung, dass Migration ein bedeutender Faktor für die Wirtschaft, aber Arbeitsplätze im eigenen Land wichtiger seien. Sein Land sei offen für die Zusammenarbeit mit anderen Ländern. Man müsse sicherstellen, dass es im Kosovo vorangehe. Die Abgeordnete **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich) gab zu bedenken, dass dem Balkan das Image anhängt, nicht gerade eine der sichersten Regionen der Welt zu sein. Wenn die von Gerald Knaus angeführten Statistiken stimmten, dann müsse überlegt werden, was zur Imageverbesserung getan werden könne. Sie sehe im Hinblick auf das Kosovo auch die Notwendigkeit der Verbesserung der Rückmigration.

Gerald Knaus stimmte zu, dass ein realistisches Bild der Region wichtig sei. Er bedauerte, dass die Medien immer wieder Klischees verwendeten. Natürlich gebe es viele grundlegende Probleme, aber nicht mehr das organisierte Verbrechen, sondern die Arbeitslosigkeit sei ein Problem, insofern müsse die Erteilung von Visa an Bedeutung gewinnen. Auf die Frage des Abgeordneten **Marc Angel** (Luxemburg), ob und wie die Behörden des Kosovo es wahrnahmen, dass viele Länder die Rückführung von Kosovaren angewiesen hätten, antwortete **Gerald Knaus**, dass dieses Problem von den Behörden im Kosovo bisher ignoriert oder falsch wahrgenommen werde. In der Landwirtschaft stehe pro Familie etwa ein Hektar Land zur Verfügung. Da die Landteilung zunehme, sei jedoch ein Auskommen nicht mehr gewährleistet. Auf die Frage des Abgeordneten **Jean Michel** (Frankreich), ob eine Teilung des Kosovo bevorstehe, antwortete **Gerald Knaus**, dass eine Teilung die Situation der Kosovo-Serben nicht lösen würde, da die Mehrheit von ihnen südlich des Flusses Ibar lebe.

VI. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Das Kosovo und die Zukunft der Sicherheit auf dem Balkan“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Abgeordneter **Vitalino Canas** (Portugal)

Der Generalberichterstatter Abgeordneter **Vitalino Canas** (Portugal) informierte über die neuesten Entwicklungen im Kosovo im Hinblick auf die fünf wichtigsten Punkte seines Berichts. Dies betreffe beispielsweise die im September 2008 verabschiedete Entschließung der Generalversammlung der VN, den Internationalen Gerichtshof um eine Stellungnahme bezüglich der Rechtmäßigkeit der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo zu ersuchen. Die einseitige Unabhängigkeitserklärung habe die Weltgemeinschaft vor neue Herausforderungen gestellt. Am 15. Juni 2008 sei die neue Verfassung des Kosovo in Kraft getreten, nun müsse die von ihr geforderte Institutionalisierung vorangehen. Die Wirtschaft des Kosovo sei noch schwach und auf ausländische Hilfe angewiesen, die allerdings von der Bereitschaft der kosovarischen Behörden abhängt, Reformen umzusetzen. Im Kampf gegen das organisierte Verbrechen sei eine schlagkräftige Polizei nötig und die Behörden müssten ihren Willen zum Handeln zeigen. Die Parlamentswahl im Mai 2008 in Serbien habe eine neue Koalition hervorgebracht, die die Politik der vorigen Regierung gegenüber dem Kosovo weitgehend übernommen habe. Die Situation der Serben im Kosovo bleibe schwierig und unsicher. Sie stellten etwa fünf Prozent der Bevölkerung im Kosovo und seien weitestgehend isoliert, ihre Repräsentanz in Regierung und Behörden sei begrenzt. Andere ethnische Minderheiten bedürften ebenfalls größerer Aufmerksamkeit, insofern seien im Berichtsentwurf neue Informationen eingefügt. Hinsichtlich der internationalen Präsenz im Kosovo habe der VN-Generalsekretär zu einer Umgestaltung aufgerufen, die aber auf zahlreiche Hindernisse stoße. Der Generalberichterstatter unterstrich, dass EU und NATO den Prozess der euroatlantischen Integration

des Kosovo aktiv fortführen müssten, um die gestellten Ziele erfüllen zu können.

Der Abgeordnete **Xhavit Haliti** (Versammlung des Kosovo) dankte für die Möglichkeit, an der Tagung teilzunehmen und bei der Ausschusssitzung das Wort zu ergreifen. Er wies darauf hin, dass bereits 53 Staaten das Kosovo als unabhängigen Staat anerkannt hätten und der 2007 aufgestellte Plan des VN-Sonderversmittlers Martti Ahtisaari mit beeindruckender Geschwindigkeit umgesetzt werde. Die EULEX-Mission sei willkommen, die Zusammenarbeit mit Serbien sei gewollt, im Mai 2009 angeboten und das Angebot jetzt noch einmal erneuert worden. Er lud die Mitglieder der serbischen Delegation ein, das Kosovo zu besuchen und sich ein eigenes Bild zu machen, und bat die Mitglieder der Versammlung um Unterstützung bei den Bestrebungen des Kosovo hinsichtlich der Aufnahme in EU und NATO. Der Abgeordnete **Marko Djurisić** (Serbien) beanstandete unter Verweis auf die Geschäftsordnung, dass dem Abgeordneten aus dem Kosovo das Rederecht gewährt worden sei, was jedoch von dem Vorsitzenden Abgeordneter **Michael Clapham** (Vereinigtes Königreich) zurückgewiesen wurde, da die Geschäftsordnung dies sehr wohl zulasse. Der Abgeordnete **Marko Djurisić** führte weiter aus, dass bei Einhaltung der VN-Entscheidung 1244 Serbien nicht gegen die EULEX-Mission im Kosovo sei und sich unter einer VN-geführten Mission auch aktiv daran beteilige. Der Generalberichterstatter Abgeordneter **Vitalino Canas** begrüßte die Änderung der serbischen Haltung zur EULEX-Mission, bedauerte aber gleichzeitig, dass noch nicht alle Hindernisse für den Einsatz der Mission beseitigt worden seien. Der Abgeordnete **Leonard Demi** (Albanien) äußerte sich optimistisch über die Zukunft des Balkans hinsichtlich einer Integration in EU und NATO und einer spannungsfreien Beziehung zwischen den Ländern dieser Region. Er wurde darin von **Senator Vincenzo Bianco** (Italien) bestärkt, der auf die vielen Fortschritte verwies, die es innerhalb der letzten zehn Jahre in der Region gegeben habe. Für eine EU-Mitgliedschaft sei jedoch noch viel zu tun, stellte der Abgeordnete **Hendrik Jan Ormel** (Niederlande) fest und bat darum, hinsichtlich des Zeitrahmens realistisch zu bleiben. Dieser Auffassung schloss sich auch der Generalberichterstatter an. Der Generalberichtsentwurf wurde einstimmig angenommen.

VII. Beratung des Entschließungsentwurfs „Der Weg des Kosovo in die Zukunft“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Vitalino Canas (Portugal)

Es wurden insgesamt sieben Änderungsanträge für den Entschließungsentwurf eingereicht, von denen zwei, eingebracht vom Abgeordneten **Xhavit Haliti** (Versammlung des Kosovo) und vom Abgeordneten **Leonard Demi** (Albanien), abgelehnt und zwei, eingebracht vom Abgeordneten **Marko Djurisić** (Serbien), zurückgezogen wurden. Der Entschließungsentwurf wurde mit drei Änderungen, eingebracht vom Abgeordneten **Marko Djurisić**, angenommen.

VIII. Vortrag von Professor Fernando Reinares, Direktor des „Programme on Global Terrorism“, Eleanora Royal Institute for International and Strategic Studies, Madrid, zum Thema „Die terroristische Bedrohung in Europa: Eine Aktualisierung“

Professor Fernando Reinares begann seinen Vortrag mit dem Hinweis, dass die gastgebende Region Valencia bereits oft Opfer der Terrororganisation *Euskadi Ta Askatasuna* (ETA) geworden sei. Die 1959 als Widerstandsbewegung gegen die Franco-Diktatur gegründete ETA habe seitdem etwa 900 Personen – Polizisten im Dienst, Mitglieder der Sicherheitskräfte, unbeteiligte Zivilisten, Kinder, baskische und andere Mitbürger – ermordet, die meisten nach dem Ende der Franco-Diktatur. Die Organisation umfasse derzeit nur etwa 100 militante Mitglieder, überlebe aber durch das organisierte Verbrechen und Erpressungen. Sie habe aufgehört, für die Lösung sozialer Konflikte zu kämpfen, spiele jedoch trotzdem eine einzigartige Rolle im spanischen politischen Umfeld, so dass jeder gewählte Volksvertreter, der einer nicht der ETA zugewandten Partei angehöre, unter Personenschutz gestellt werden müsse. Dies sei eine einzigartige Situation in Europa. Allein seit 2007 habe die ETA 57 Anschläge verübt, darunter neun mit Autobomben, bei denen es fünf Tote und 17 Verletzte gegeben habe. In den letzten Wochen seien sogar überlebende Opfer bzw. Angehörige von Opfern bedroht worden, die sich öffentlich gegen den Terror gewandt hätten. Seit den Anschlägen in Madrid im Jahre 2004 habe die religiös begründete Bedrohung zwei Quellen: Einzelpersonen und Zellen mit Verbindungen zu nordafrikanischen Gruppen, vor allem zur al-Qaida im islamischen Maghreb, sowie unabhängige lokale Zellen, die nicht direkt mit al-Qaida in Verbindung stünden, aber durch ihre Ideologie und Propaganda und von den Konflikten in Afghanistan, im Iran, in Palästina usw. getrieben seien. In den letzten vier Jahren seien etwa 400 Personen verhaftet worden, die meisten Ausländer, vor allem der ersten Migrantengeneration nordafrikanischer Einwanderer. Die meisten in den letzten zwei Jahren verhafteten Personen hätten Verbindungen zu terroristischen Gruppen im Maghreb gehabt.

Die terroristische Bedrohung in Europa sei ein polymorphes Phänomen mit drei verschiedenen Hauptdimensionen: al-Qaida und ihre regionalen Ausläufer, mit der al-Qaida verbundene regionale Gruppen sowie unabhängige lokale Zellen ohne direkten Kontakten zu den beiden anderen Komponenten. Zukünftige Angriffe in Europa würden wahrscheinlich von lokalen Zellen ausgehen, die von außerhalb Europas, zum Beispiel in Nordafrika oder Südasiens, basierten Gruppen unterstützt würden. Diese Zellen würden oft anwerben sowie Finanzhilfe einholen und weiterleiten. Die Angeworbenen würden zu Zwecken der Indoktrination, Ausbildung oder des praktischen Trainings in Konfliktzonen weitergeschickt, sei es nach Nord-Mali, Algerien oder ins südliche Asien. Diese Menschen stellten ein großes Problem dar, da sie jederzeit nach Europa zurückkehren könnten; vor allem Konvertiten könnten sich unauffällig auf Aktionen vorbereiten. Die

Bedrohung sei in Europa nicht überall gleich groß. Das Vereinigte Königreich, Frankreich, Spanien und Italien seien die bevorzugten Ziele, aber auch Deutschland, Dänemark, die Niederlande und Belgien seien zunehmend betroffen. Die Bedrohung richte sich gegen ihre Bürger, auch außerhalb der Landesgrenzen. Es sei eine Minderheit von nur etwa zehn Prozent in den muslimischen Gemeinden in Europa, die eine positive Einstellung zu Osama Bin Laden und der al-Qaida habe, aber diese zehn Prozent könnten für eine sehr lange Bedrohung sorgen, wie man am Beispiel der ETA sehe.

Ob die ETA internationale Verbindungen bzw. Verbindungen zur al-Qaida habe, wollte der Abgeordnete **Hans Olav Syversen** (Norwegen) wissen. **Professor Fernando Reinares** erklärte, dies wisse man nicht, aber man wisse von Verbindungen zu anderen Gruppen wie der FARC (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia*). Von dem Abgeordneten **Tchetin Kazak** (Bulgarien) wurde die Frage aufgeworfen, warum sich Europa bedrohter fühlen solle als die Vereinigten Staaten. **Professor Fernando Reinares** führte dies auf unterschiedliche Radikalisierungsgründe von Einwanderern zurück. Die erste Generation sei voller Erwartung auf ein Leben in Wohlstand, habe aber mit Identitätskrisen und Anpassungsproblemen zu kämpfen, was zu einer Rückbesinnung auf die Heimatländer führe, und dies werde von Islamisten für Propaganda genutzt. Auch seien die Grenzen Europas aufgrund der geografischen Situation viel poröser. Die Abgeordnete **Ana Maria R. M. Gomes** (Europäisches Parlament) verwies darauf, dass sich die ideologische Bedrohung ausbreite, und wollte wissen, wie man dagegen vorgehen könne. Dafür sei, so **Professor Fernando Reinares**, eine weitere Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Geheimdiensten und Polizei erforderlich. Auch EUROPOL solle stärker genutzt werden. Derzeit sei die Zusammenarbeit durch unterschiedliche Systeme erschwert und bei Anschlägen seien die Länder zurückhaltend hinsichtlich eines gemeinsamen Vorgehens, hier stehe noch zu sehr die bilaterale Zusammenarbeit im Vordergrund.

Das Phänomen, warum alle europäischen Terrororganisationen bis auf die ETA verschwunden seien – eine Frage des Abgeordneten **Hendrik Jan Ormel** (Niederlande) –, sei schwer erklärbar, so **Professor Fernando Reinares**. Die ETA habe allerdings lange Zeit Rückzugsmöglichkeiten in Frankreich gehabt, gern Pakte mit radikalen Nationalisten geschlossen und moderate baskische Nationalisten hätten eine ambivalente Haltung zu ETA-Aktionen gehabt. Der Abgeordnete **Marin Jurjevic** (Kroatien) erkundigte sich, ob so etwas wie eine „terroristische Internationale“ existiere, die vielleicht durch die al-Qaida geführt werde, und wie man eine solche Internationale bekämpfen könne. Nicht sämtliche terroristischen Aktivitäten seien miteinander verbunden, so **Professor Fernando Reinares**, aber die al-Qaida bleibe eine Kernzelle, in der Propaganda entwickelt und versucht werde, Führung aufzubauen. Verflechtungen gebe es durch das Internet oder durch Vermittler, was dem Terrorismus – auch aufgrund seiner Ausweitung auf über 70 Länder der Welt – eine globale Dimension verleihe. Spanien habe auf nationaler Ebene Anpassungen an internationale Si-

cherheitsstandards vorgenommen und die Sicherheitskräfte, die sich mit Terrorismus befassten, um das Zehnfache erhöht. Große Fortschritte seien erreicht worden bei der Einrichtung gemeinsamer Datenbanken und bei der Verbesserung des Schutzes öffentlicher Einrichtungen. Er betonte nochmals die Wichtigkeit einer effizienten internationalen Zusammenarbeit. Auch **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) unterstrich die Notwendigkeit einer verbesserten Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten im Rahmen von EUROPOL und verwies auf die Bedrohung durch terroristische CBRN-Angriffe (chemisch, biologisch, radiologisch oder nuklear), die gemeinsame internationale Hilfsprogramme notwendig machten, wenn ein Mitgliedsland angegriffen werde. **Professor Fernando Reinares** informierte, dass es eine Bedrohung durch terroristische Gruppen gebe, die versuchten, durch Waffen mit nuklearen Komponenten Gebiete durch Verseuchung unbewohnbar zu machen. Spanien verfüge über Sondereinheiten, die darauf trainiert seien, mit der Bedrohung durch CBRN-Angriffe und deren Folgen umzugehen.

IX. Vortrag von Jos Boonstra, Senior Forscher Demokratisierung, *Foundation for International Relations and Foreign Dialogue (FRIDE)*, zum Thema „Verbreitung von Demokratie und Sicherheitszusammenarbeit in Zentralasien“

Einleitend gab **Jos Boonstra** einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen in Bezug auf Demokratie und Sicherheit in Zentralasien, die durch steigende Energiekosten und terroristische Bedrohung gefährdet seien. Alle fünfzehn Länder der Region hätten versucht, Beziehungen zu NATO und EU herzustellen. Auch Russland spiele eine wichtige Rolle in dieser Region und habe wegen der Sicherheitsbedrohungen sein Engagement in den letzten Jahren verstärkt, sowohl im bilateralen wie auch multilateralen Bereich, zum Beispiel mit der *Shanghai Co-operation Organisation* und der *Collective Security Treaty Organisation*.

Jos Boonstra ging anschließend auf einzelne Länder ein. Kasachstan sei offen für Reformen und habe diesbezüglich das Dokument „Der Weg hin zu Europa“ ausgearbeitet, seine Wirtschaft boome und es gebe eine Arbeitsmigration. Im Gegensatz dazu sei Usbekistan – das Land mit dem höchsten Bevölkerungsanteil in der Region – extrem autoritär, bringe fast keine Reformen voran und bilaterale Beziehungen außer zu Russland seien problematisch. Die Situation sei instabil und könne vor allem im Falle des Todes des Präsidenten kippen. Auch in Turkmenistan gebe es keine Einleitung des Demokratieprozesses, das Land sei in keiner internationalen Organisation Mitglied. Kirgisistan sei sehr arm und habe Ausfälle bei der Energieversorgung, werde immer autoritärer und treibe keine Reformen mehr voran. Tadschikistan sei ein „vergessenes Land“, Demokratie sei dort noch kein Thema.

Drei Organisationen seien für den Demokratisierungsprozess in der Region wichtig: die NATO, die EU und die OSZE. Die NATO konzentriere sich bei der Zusammenarbeit auf Staaten, die eine Mitgliedschaft anstrebten, und

sei verschiedene Partnerschaften eingegangen. Bedingung sei die volle Demokratisierung. Das Hauptaugenmerk liege für die NATO auf einer Reform der Streitkräfte. Eine Verstärkung der Aktivitäten empfahl Jon Boonstra in den Bereichen Forschung, Politikberatung und Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung – das *Defense College* der NATO sei hier tätig – und bei Training und Weiterbildung im militärischen Bereich sowie beim Training von Zivilisten und Einbindung der Zivilgesellschaft. Die EU habe im Juni 2007 eine Strategie für Zentralasien entwickelt. Es sei jedoch notwendig, die Strategie und die Rolle in der Region stärker publik zu machen und zu erklären, wie das Interesse an Energie und Sicherheit in Einklang zu bringen sei mit Menschenrechten und Demokratie. Boonstra empfahl, auch den folgenden Bereichen erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen: Öffentlichkeitsdiplomatie und Bewusstseinsbildung, politische Transparenz, Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen im Hinblick auf Demokratisierung und gute Regierungsführung sowie Reform des Sicherheitssektors. Die EU müsse aber auch die Grenzen ihres Engagements in der Region erkennen, beispielsweise im Falle ernster Krisen. Die OSZE spiele trotz interner Dispute eine wichtige Rolle in der Region Zentralasien, vor allem im Hinblick auf die Reform des Sicherheitssektors. Sie habe jedoch versagt bei Frühwarnung und Konfliktlösung; hier sei eine Neuaufstellung notwendig. Kasachstan werde 2010 den OSZE-Vorsitz übernehmen, was Möglichkeiten zu Reformen in der OSZE bieten, aber schwierig werden könne. Was die Zusammenarbeit der Organisationen betreffe, so habe er bei NATO und EU den Eindruck, es seien zwei Elefanten, die sich in derselben Stadt bewegten ohne sich je zu begegnen. Er halte eine stärkere Zusammenarbeit und Koordinierung der drei Organisationen für möglich, sie biete sich vor allem im Bereich der Sicherheitsreform an. Die Ausbildung von Zivilisten könne verbessert werden, die NATO solle ihre Forschung auf dem Gebiet weiterführen, Erfahrungen aber publizieren und auch die Zusammenarbeit mit jungen Forschern aus dem Kaukasus suchen, die nicht unbedingt NATO-, sondern Russland-freundlich eingestellt seien. Einen gemeinsamen Ansatz bei Demokratisierungsbemühungen halte er aber für unrealistisch.

Der Abgeordnete **Michael Clapham** (Vereinigtes Königreich) fragte, ob es möglich sei, die Probleme der zentralasiatischen Staaten gemeinsam mit Russland anzugehen. **Jos Boonstra** verwies darauf, dass Russland eine andere Auffassung von Demokratie habe und es daher in der Zusammenarbeit schwierig sei, bestimmte Demokratieformen in Zentralasien zu unterstützen. Im Hinblick auf Usbekistan äußerte Abgeordneter **Michael Clapham** seine Bedenken, dass dies ein autoritärer Staat sei und hauptsächlich mit Russland kooperiere, jedoch kaum weitere nachbarliche Beziehungen pflege. Er befürchte, es könne dort das nächste „Afghanistan“ entstehen. Wenn kein Engagement in dem Land erfolge und die Sanktionen aufrechterhalten würden, dann habe man keine Einflussmöglichkeiten, gab **Jos Boonstra** zu bedenken. Es gebe terroristische und islamische terroristische Organisationen in dem Land, aber ob es das nächste „Afghanis-

tan“ werde, könne er nicht voraussagen. Die Abgeordnete **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich) verwies darauf, dass Drogen oft die Basis für die Finanzierung von Terrorismus seien und erkundigte sich, ob es in dem Land Drogenhandel gebe. Es habe unter der französischen EU-Ratspräsidentschaft große Bemühungen zur Durchführung einer Reform des Sicherheitssektors, zu Grenzkontrollen und Initiativen gegen Drogenhandel gegeben, antwortete **Jos Boonstra**. Eine Verschärfung von Grenzkontrollen zur Unterbindung des Drogenhandels sei jedoch unwirksam. Besser und wirksamer sei eine Konzentration auf kleine Gemeinden, wo es viele Abhängige gebe. Finnland habe das Thema in der OSZE wieder aufgegriffen.

X. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Demokratische Regierungsführung“ über „Demokratie und Sicherheit in Zentralasien: Welche Politik für NATO und EU?“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Marc Angel (Luxemburg)

Der Berichterstatter Abgeordneter **Marc Angel** (Luxemburg) führte aus, dass Teile des Berichtsentwurfes weiterentwickelt und ergänzt worden seien. Dies betreffe eine aktuelle Analyse der Herausforderungen in dieser Region, Aktualisierungen zu den neueren Entwicklungen in fünf Ländern, die Umsetzung der EU-Strategie für Zentralasien sowie einen neuen Abschnitt zu weiteren großen Akteuren in dieser Region, der das Hauptaugenmerk auf Russland und China lege. Die Empfehlungen des Berichtsentwurfes für eine transatlantische Strategie in dieser Region seien: langfristiges Denken und eine klare Definition der strategischen Interessen von NATO und EU; Ausloten einer potentiellen Zusammenarbeit mit anderen Staaten in der Region und eine verbesserte Definition des „Mehrwertes“, den die Unterstützung durch NATO und EU gegenüber anderen Akteuren in der Region mit sich bringe; Flexibilität von NATO und EU in Bezug auf einen langsamen Demokratisierungsprozess und Menschenrechte; Suche nach weiteren Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Afghanistan. Er schlage vor, sich hinsichtlich des Berichtsentwurfes auch im nächsten Jahr wieder auf die Herausforderungen in Zentralasien zu konzentrieren.

Der Abgeordnete **Sat Tokpabayev** (Kasachstan) verwies darauf, dass sich die zentralasiatischen Länder in ökonomischer Hinsicht stark unterschieden. Kasachstan sei der wichtigste Investor in Usbekistan und Georgien. Er erläuterte, dass dem Unterhaus Gesetzentwürfe zu politischen Parteien und Medien vorgelegt worden seien, die derzeit erörtert und sicher vor Jahresende verabschiedet würden. Kasachstan habe außerdem der EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik Benita Ferrero-Waldner den Vorschlag gemacht, in die Europäische Nachbarschaftspolitik aufgenommen zu werden. Er bat den Berichterstatter diesbezüglich um Unterstützung bei der EU. Der Berichterstatter stimmte der Übernahme einiger Änderungsvorschläge in den Bericht zu. Von dem Abgeordneten **Hendrick Jan Ormel** (Niederlande) wurde die Frage nach den Risiken eines sich in Zentralasien entwickelnden *great game* und

zu den Spannungen über die Nutzung des Kaspischen Meeres gestellt. Hierzu führte der Berichterstatter aus, dass es wichtig sei, andere regionale Akteure wie Russland, China, Indien und Pakistan zu berücksichtigen, um ein *great game* in Zentralasien zu vermeiden. Einen Hinweis auf die Spannungen am Kaspischen Meer werde er in den Bericht aufnehmen. Der Abgeordnete **Gudrat Hasanguliyev** (Aserbaidschan) verwies auf die Bedeutung des Engagements der NATO in Zentralasien als Gegengewicht zu Russland, das einige Länder Zentralasiens immer noch als ehemalige Sowjetrepubliken statt als unabhängige Staaten ansehe. Er sprach sich für eine Aufnahme der Ukraine in die NATO aus. Der Abgeordnete **Tchetin Kazak** (Bulgarien), Vorsitzender des Unterausschusses „Demokratische Regierungsführung“, informierte darüber, dass der Unterausschuss an diesen Ländern interessiert sei und der Bericht einen wertvollen Beitrag zum Verständnis der Region, ihrer Probleme und der Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit Zentralasien leiste. **Jos Boonstra** befürwortete eine differenzierte Sicht auf die einzelnen Länder der Region und empfahl die Nutzung des Potentials der Türkei bei der Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Ländern vor allem im Hinblick auf die Aktivitäten der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Er bot an, den Bericht im Newsletter des Projektes *EU Central Asia Monitoring* (EUCAM), der von seiner Organisation FRIDE erstellt werde, zu veröffentlichen. Der Berichtsentwurf wurde mit Änderungen angenommen.

XI. Zukünftige Aktivitäten

Für das Jahr 2009 sind Reisen in die Republik Moldau sowie nach Tadschikistan, Kasachstan und Kirgisistan geplant. Der Generalbericht wird sich mit dem Thema „*The growing threat of piracy to regional and global security: a role for NATO and the EU*“ befassen, der Bericht des Unterausschusses mit dem Thema „*Regional challenges and co-operation in Central Asia*“ und der Sonderbericht wird zur Republik Moldau erstellt.

XII. Personalien

Zur Vorsitzenden des Ausschusses wurde die Abgeordnete **Jo Ann Emerson** (Vereinigte Staaten) gewählt, zu stellvertretenden Vorsitzenden die Abgeordnete **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich) und der Abgeordnete **Vitalino Canas** (Portugal). **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) wurde zum Generalberichterstatter gewählt, Abgeordneter **Marc Angel** (Luxemburg) zum Sonderberichterstatter. Zu stellvertretenden Unterausschussvorsitzenden wurden die Abgeordneten **Dennis Moore** (Vereinigte Staaten), **Yahya Dogan** (Türkei) und Senator **Vincenzo Bianco** (Italien) gewählt. Alle anderen Funktionsträger wurden per Akklamation wiedergewählt.

Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie tagte am Sonntag, dem 16. November 2008, unter dem Vorsitz

des Abgeordneten **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich).

I. Überblick über die Themen

Im Zentrum der Beratungen des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie standen die Themen: Energiesicherheit im euro-atlantischen Raum, Wüstenbildung, Verringerung der weltweiten Nuklearbedrohung sowie die Debatte über das Raketenabwehrsystem.

II. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Energie und Umweltsicherheit“ über „Energiesicherheit für den transatlantischen Raum“, und des Entschließungsentwurfs „Energie und Sicherheit“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Mario Tagarinski (Bulgarien)

Als eines der zentralen Themen der internationalen Staatengemeinschaft bezeichnete der Berichterstatter Abgeordneter **Mario Tagarinski** die Energiesicherheit; nie zuvor sei so viel Energie produziert, jedoch auch konsumiert worden. Die meisten Staaten seien dabei von Energieimporten abhängig. Durch den wachsenden Energiehunger der Entwicklungs- und Schwellenländer sei mit exponentiellen Steigerungsraten beim Verbrauch zu rechnen. Deshalb plädierte er für größere Energieeinsparungen und -effizienz, die Nutzung von Kernenergie wie auch alternativer Energiequellen. Zudem müsse die euro-atlantische Gemeinschaft Solidarität untereinander praktizieren und Erpressungsversuchen die Stirn bieten.

III. Vortrag von Phillip Cornell, Leiter für Internationale Initiativen der NATO-Schule in Oberammergau, zum Thema „Energiesicherheit: technische, regulatorische und geostrategische Aspekte“

Aufgrund der dramatisch gestiegenen Energiepreise und der absehbaren Ressourcenverknappung sei die Frage, wie und von wem Energiesicherheit gewährleistet werden könne, in das öffentliche und politische Bewusstsein gehoben worden. **Phillip Cornell** definierte Energiesicherheit als eine ausreichende Versorgung einer großen Bevölkerungszahl mit Energie zu vernünftigen Preisen; dabei liege der Schwerpunkt gegenwärtig noch auf Öl und Gas als Energielieferanten. Die grenzüberschreitenden Pipelines seien allerdings sehr verletzlich, so dass bei einer Blockade oder Beschädigung dieser Rohrsysteme die davon betroffenen Länder existenziell gefährdet würden. Deshalb plädierte Cornell dafür, dass die Länder eine Notfall- und Krisenplanung bereithalten sollten. Bereits in den neunziger Jahren habe sich die NATO mit dem Thema befasst, das allerdings durch den Lieferstopp 2008 an die Ukraine erneut virulent geworden sei. Unbestritten sei die NATO die geeignete Institution, um Energiesicherheit zu gewährleisten.

Der Abgeordnete **Mohamed Mebarki** (Algerien) warnte vor den ökonomischen und gesellschaftlichen Risiken,

die ein rasanter Ölpreisanstieg in den Ländern hervorgerufen könnte, und bat den Redner um Erläuterung, wie die richtige Balance zwischen den Mechanismen des Marktes und Eingriffen des Staates aussehe. **Phillip Cornell** gab zu bedenken, dass große Energiepreisschwankungen für Hersteller wie Verbraucher nachteilig seien. Gegenwärtig sei der Energiemarkt bei jeder Regulierung, Länder wie Saudi-Arabien hätten jedoch eine langfristige Strategie entwickelt, dank derer langfristige Stabilität angestrebt werde. Der Abgeordnete **Andrzej Galazewski** (Polen) unterstrich, dass angesichts des Georgienkonflikts dem Schutz kritischer Infrastruktur größere Aufmerksamkeit gewidmet werden müsse, und fragte, inwiefern die NATO dazu beitragen könne. **Phillip Cornell** sah bei der NATO gute Ansätze bei der Logistik und Informationsvernetzung und bewertete die Folgen der Georgienkrise als möglicherweise gravierend für langfristige Investitionen in der Region sowie für die Nabucco-Pipeline. Der Abgeordnete **David Scott** (Vereinigte Staaten) bezweifelte, ob angesichts der unterschiedlichen Energiepartnerschaften in Europa – beispielsweise bilaterale Abkommen zwischen Deutschland und Russland – eine einheitliche Energiestrategie entwickelt werden könne. **Phillip Cornell** bedauerte, dass Energie immer häufiger als politisches Instrument eingesetzt werde. Er setzte sich dafür ein, den Dialog mit Moskau fortzusetzen, jedoch auch mit den rohstoffreichen Ländern Turkmenistan und Kasachstan das Gespräch zu suchen. Der Abgeordnete **Rafael Gimalow** (Russische Föderation) betonte, sein Land habe stets vertragstreu gehandelt und seine Verpflichtungen eingehalten. Ferner habe sich Russland europäischen Investoren für Infrastrukturprojekte in seinem Land nicht verweigert. In diesem Sinne hoffe er auf die Realisierung der Ostseepipeline. Anschließend billigte der Ausschuss den Berichtsentwurf und den Entwurf der Entschließung.

IV. Vortrag von José Luis Rubio Delgado, Leiter der Forschungsabteilung „Bodenveränderung und Wüstenbildung“ der Universität Valencia, zum Thema „Die Herausforderung infolge der Wüstenbildung“

Boden – die „dünne Haut“ der Erde – biete die Grundvoraussetzung für biologische Aktivität und damit für menschliches Leben, so leitete **Professor José Luis Rubio Delgado** seinen Vortrag ein. Von der Wüstenbildung seien die Mittelmeerländer besonders betroffen; sie führe zu einer irreversiblen Zerstörung des Bodens, was wiederum die Biodiversität, speziell die Landwirtschaft, beeinträchtige. Neben den genannten Ländern würden vor allem China, Afrika, Australien und Lateinamerika mit den Folgen der Desertifikation zu kämpfen haben, als da seien: Explosion der Nahrungsmittelpreise, Armut, Massenvölkerwanderungen und soziale Unruhen. Er bedauerte das mangelnde Interesse der Öffentlichkeit an diesem Problem.

Der Abgeordnete **Andreas Loverdos** (Griechenland) fragte, ob die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise alle Kräfte binde und dem Thema Wüstenbildung Aufmerksamkeit entziehe, so dass die von der EU wie auch

von Nordamerika gesteckten weitreichenden Klimaschutzziele wieder aus dem Blickfeld gerieten. **Professor José Luis Rubio Delgado** teilte diese Bedenken nicht und unterstrich, das Verschwinden landwirtschaftlich nutzbarer Flächen werde sehr ernst genommen. Der Abgeordnete **Lothar Ibrügger** (Deutschland) beklagte ebenfalls das mangelnde öffentliche Interesse an dem Problem und fragte den Referenten, welche Strategie das von ihm geleitete Institut verfolge, um die Forschungsergebnisse einer breiteren Öffentlichkeit ans Herz zu legen. Von dem Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada) auf das Für und Wider von Biodiesel angesprochen, plädierte **Professor José Luis Rubio Delgado** für Biodiesel der „neuen Generation“, weil es weitaus effizienter und bioverträglicher als seine Vorgänger sei.

V. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Verminderung der weltweiten nuklearen Bedrohung: Der Beitrag der offiziellen Kernwaffenstaaten“, vorgelegt von Generalberichterstatter Senator Pierre Claude Nolin (Kanada)

Hauptgegenstand seines Berichts – so der Generalberichterstatter Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada) – sei der Beitrag der fünf offiziellen Kernwaffenstaaten, um die Bedrohung durch Kernwaffen zu verringern. Nach einer Bestandsaufnahme zur nuklearen Abrüstung und sicheren Aufbewahrung von Kernmaterial, resümierte der Berichterstatter im Lichte der gegenwärtigen Situation, sei es abwegig, eine sofortige nukleare Abrüstung zu fordern, allerdings erwarte er doch von den Fünf, ihr Atomwaffenarsenal der veränderten Sicherheitslage anzupassen. Das große Ziel einer Welt ohne Atomwaffen dürfe nie aus den Augen verloren werden.

Der Abgeordnete **Giorgio La Malfa** (Italien) bemängelte das Verhalten der fünf Atommächte; solange sie keine ernsthaften Abrüstungsschritte einleiteten, sähen andere Staaten darin eine Ermutigung, sich eigene Atomwaffen zu beschaffen. Zentrale Akteure seien die Vereinigten Staaten und Russland bei dem Bemühen um weltweite Atomwaffenreduzierungen. Die **Baroness Ramsey of Cartvale** (Vereinigtes Königreich) gab zu verstehen, dass ihr Land durchaus bereit sei, sein Atomwaffenarsenal zu reduzieren, sobald effektivere Mittel zur Landesverteidigung vorhanden seien. Der Abgeordnete **Philippe Vitél** (Frankreich) verwies auf die Initiative Präsident Sarkozys, ein Drittel der atomwaffenfähigen Flugzeuge abzubauen. Der Ausschuss billigte den Entwurf des Generalberichts.

VI. Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Raketenabwehr: die Perspektive der Allianz“, vorgelegt vom Vorsitzenden und Sonderberichterstatter Abgeordneter Michael Mates (Vereinigtes Königreich)

Mit der geplanten Stationierung eines Abwehrschildes in Polen und der Tschechischen Republik sei die Raketenabwehr erneut ins Zentrum der Diskussion innerhalb des Bündnisses gerückt. Dank des Bukarest-Gipfels habe eine

Diskussion unter allen Verbündeten darüber angestoßen werden können. Nach Auffassung des Sonderberichterstatters Abgeordneter **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich) deuteten die technischen Details der geplanten Anlagen darauf hin, dass sie einen Langstreckenwaffenangriff aus dem Mittleren Osten abwehren sollten und damit Russland nicht bedrohten. Der Sonderberichterstatter zeigte auch Alternativen zu dem Abwehrschild auf, luftgestützte Laser und weltraumgestützte Systeme. Dabei mahnte er eine übergreifende NATO-Verteidigungsarchitektur an, in die US-Systeme zu integrieren seien. Dies bedeute jedoch gleichzeitig, den Kommandeuren eine entsprechende Befehlsgewalt einzuräumen. Abgeordneter Michael Mates resümierte, letztlich müsse eine Balance gefunden werden zwischen einem zuverlässigen Verteidigungssystem gegen potentielle Angreifer und der weltweiten strategischen Ausgewogenheit.

Abgeordnete aus der Tschechischen Republik und Polen befürworteten das US-amerikanische System und stellten in Aussicht, ihre Regierung werde entsprechende Verträge mit der neuen US-Regierung alsbald abschließen. Der Abgeordnete **Iwan Gratschow** (Russische Föderation) bezweifelte die Wirksamkeit des Schutzschildes gegen mutmaßliche iranische Raketenangriffe und rechtfertigte die Stationierung russischer Kurzstreckenraketen in der Kaliningradregion als legitime Reaktion seines Landes auf diese Provokation. Der Ausschuss billigte den Sonderberichtsentswurf.

VII. Beitrag der Versammlung zu einem neuen Strategischen Konzept der NATO

Bevor er die Diskussion über den Beitrag des Sonderberichterstatters **Jan Petersen** (Norwegen) eröffnete, erinnerte der Vorsitzende Abgeordneter **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich) daran, dass die Fortschreibung des Strategischen Konzeptes der NATO erforderlich sei, weil sich das geostrategische Umfeld in den vergangenen zehn Jahren deutlich verändert habe. Der Abgeordnete **Jan Ariid Ellingsen** (Norwegen) unterstrich die Notwendigkeit, in jedem Bündnisland die Öffentlichkeit über Hintergründe und Inhalt des Konzepts zu informieren, denn nichts sei wichtiger als die Glaubwürdigkeit des Bündnisses durch eine breite Unterstützung der Bevölkerung zu zementieren. Der Senator **Joseph Day** (Kanada) fand all' die relevanten Themen – Energiesicherheit, Massenvernichtungswaffen, Umweltprobleme – in dem Dokument berücksichtigt, betonte jedoch erneut das Ziel einer atomwaffenfreien Welt. Unbehagen äußerte ein russischer Delegierter angesichts der Mutmaßungen über russische Aktionen im Bereich Energiesicherheit beziehungsweise *cyber attacks*. Die anstehenden Probleme könnten nur von der internationalen Gemeinschaft insgesamt gelöst werden und deshalb plädierte er auch dafür, dass Russland seinen Beitrag zum Strategischen Konzept leiste. Der Abgeordnete **Jan Petersen** bestätigte die immense Bedeutung öffentlicher Unterstützung für die NATO insgesamt und das Strategische Konzept speziell. Bei der Frage der Massenvernichtungswaffen sprach er sich dafür aus, deren Stellenwert zu überdenken. Was die derzeit belasteten Beziehungen zu Russland anbelange, müsse dafür ein zu-

kunftsweisender Ausweg gefunden werden; allerdings habe Russland zu akzeptieren, dass internationales Recht ebenso respektiert werden müsse wie die Entscheidungen souveräner Staaten.

VIII. Zukünftige Aktivitäten

Der Ausschussvorsitzende gab bekannt, dass 2009 Reisen in die Vereinigten Staaten, nach Italien und Russland geplant seien; thematisch stehen die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Nutzung der Kernenergie und der Klimawandel auf der Tagesordnung.

IX. Personalien

Der Abgeordnete **Lothar Ibrügger** (Deutschland) wurde zum Ausschussvorsitzenden, der Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada) und der Abgeordnete **David Scott** (Vereinigte Staaten) zu seinen Stellvertretern gewählt. Generalberichterstatter wurde der Abgeordnete **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich) und stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses „Energie- und Umweltsicherheit“ wurden die Abgeordneten **Andrzej Galazewski** (Polen) sowie **Philippe Vitel** (Frankreich) und **Paolo Guzzanti** (Italien).

Plenarsitzung

Am Dienstag, 18. November 2008, fand unter dem Vorsitz des Präsidenten der NATO PV Abgeordneter **José Lello** (Portugal) die Plenarsitzung statt.

I. Ansprache des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der NATO José Lello

Der scheidende Präsident **José Lello** (Portugal) führte aus, dass sich in den letzten Jahren die Beziehungen der NATO PV zu den Parlamenten der Partnerländer vertieft hätten. Neue Partner wie Kasachstan seien hinzugekommen. Die Beziehungen der NATO PV zur NATO seien vertieft worden. Dies zeige sich unter anderem dadurch, dass die Versammlung ihren Beitrag zum neuen Strategischen Konzept der NATO liefern werde. In Bezug auf den Kaukasuskonflikt führte er aus, dass die Versammlung verhindern müsse, dass der Konflikt erneut ausbreche. Das Vorgehen der Russischen Föderation dürfe nicht folgenlos bleiben, es solle aber auch keine Sanktionen geben. Russland sei nach wie vor ein wichtiger Nachbar der NATO. Deshalb müsse der Dialog aufrechterhalten werden.

II. Ansprache der Bürgermeisterin von Valencia Rita Barberá

Die Bürgermeisterin von Valencia **Rita Babera** begrüßte die Versammlung und dankte dafür, dass Valencia als Veranstaltungsort der NATO PV ausgewählt worden sei. Die Versammlung habe die wichtigen Themen des 21. Jahrhunderts behandelt, darunter Fragen zum Terrorismus und zur Energiesicherheit. In diesem Zusammenhang berichtete sie, dass am Vortag die Führung der ETA festge-

nommen worden sei. Die 54. Jahrestagung der NATO PV habe bestätigt, dass der Dialog zwischen den Völkern wichtig sei und zur Verhinderung weiterer Konflikte beitrage.

III. Ansprache des Präsidenten der Regionalregierung von Valencia Francisco Camps

Der Präsident der Regionalregierung von Valencia **Francisco Camps** dankte der Versammlung und gedachte der beiden spanischen Soldaten, die im Afghanistan-Einsatz getötet wurden. Er wies darauf hin, dass Spanien sich vor 30 Jahren selbst eine demokratische Verfassung gegeben habe und betonte die Bedeutung von Dialog und Zusammenarbeit auf internationaler Ebene.

IV. Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten der Versammlung

Der Abgeordnete **John Tanner** (Vereinigte Staaten) wurde als einziger Kandidat per Akklamation zum neuen Präsidenten der Versammlung gewählt. Er dankte der Versammlung und übergab dem amtierenden Präsidenten José Lello einen Brief des neu gewählten Präsidenten der Vereinigten Staaten, Barack Obama.

In Übereinstimmung mit Artikel 6 Absatz 5 der Geschäftsordnung der NATO PV wurden die Senatorin **Jane Cordy** (Kanada), der Abgeordnete **Bruce George** (Vereinigtes Königreich), die Abgeordnete **Rasa Jukneviene** (Litauen) sowie die Abgeordneten **Sven Mikser** (Estland) und **Hendrick Jan Ormel** (Niederlande) per Akklamation zu neuen Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten der Versammlung gewählt.

V. Vorstellung der Entschließungsentwürfe der Ausschüsse

Der Abgeordnete **Michael Clapham** (Vereinigtes Königreich), Vorsitzender des Ausschusses für die Zivile Dimension der Sicherheit, präsentierte den Entwurf der Entschließung über die Zukunft des Kosovo und merkte an, dass bisher 53 Staaten das Kosovo anerkannt hätten. Allerdings sei die langfristige Entwicklung auf dem Balkan nach wie vor ungewiss. Alle EU-Staaten hätten ein Interesse an funktionsfähigen rechtsstaatlichen Institutionen auf dem Balkan. Unterstützung sei von der Mission EULEX zu erwarten. Ferner müsse der Dialog zwischen Belgrad und Pristina fortgesetzt werden. Die multiethnische Gesellschaft in der Region müsse aufrechterhalten werden. Dazu sei es erforderlich, dass ein Dialog zwischen Kosovo-Serben und Kosovo-Albanern in Gang komme. Die internationalen Bemühungen um Stabilität auf dem Balkan müssten vereint werden, dazu sei eine Diskussionen im VN-Sicherheitsrat erforderlich. Außerdem sollte dem Kosovo die Integration in die euroatlantische Gemeinschaft in Aussicht gestellt werden. Die Entschließung wurde angenommen.

Es folgte eine Präsentation des Abgeordneten **Frank Cook** (Vereinigtes Königreich), Generalberichterstatter

des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit. Er berichtete zum Entschließungsentwurf über die laufenden NATO-Operationen, ging zuerst auf die Situation in Afghanistan ein und erinnerte daran, dass Afghanistan der erste Einsatz der NATO außerhalb des NATO-Gebietes sei. Die Entschließung hebe die Bedeutung des Beitrages aller Partnerstaaten hervor. Allerdings verweise die Entschließung bezüglich Afghanistan auch auf die mangelhafte Ausrüstung verschiedener NATO-Partner. In diesem Zusammenhang werde zu verstärkter Mitarbeit aller Partner aufgefordert. Die Entschließung wurde angenommen.

Der Abgeordnete **Hugh Bailey** (Vereinigtes Königreich), Generalberichterstatter des Ausschusses für Wirtschaft und Sicherheit, trug den Entwurf der Entschließung über den wirtschaftlichen Aufbau in Afghanistan vor. Er berichtete, dass die Lage in Afghanistan nach wie vor schwierig sei und die NATO deshalb unbedingt vor Ort bleiben müsse. Die Schaffung und Erhaltung besserer Lebensbedingungen für das afghanische Volk könne nur durch öffentliche Institutionen gesichert werden. Allerdings müsse die Hilfe über die afghanische Regierung selbst laufen. Die Entschließung wurde angenommen.

Senatorin **Raynell Andreychuk** (Kanada), Generalberichterstatterin des Politischen Ausschusses, trug zum Entschließungsentwurf über die Zukunft der Beziehungen zwischen der NATO und Russland vor. Der Einmarsch Russlands in Georgien habe die Außenpolitik Moskaus in Frage gestellt. Darüber hinaus wachse die Sorge über die Gewalt Russlands in Georgien. Die Entschließung erkenne die wichtige Rolle Russlands für die Sicherheit in der Welt an, bringe aber auch die Sorge über die Anerkennung Südossetiens und Abchasiens zum Ausdruck. Engere Beziehungen zwischen Russland und der NATO könnten für mehr Sicherheit in Europa sorgen. Die Entschließung fordere die NATO-Staaten auf, die Zusammenarbeit mit Russland auch in militärischer Hinsicht wieder aufzunehmen. Der Abgeordnete **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) gratulierte Senatorin Raynell Andreychuk zum ausgewogenen Entschließungsentwurf und begrüßte die deutliche Sprache, die dort gefunden worden sei. Die Entschließung wurde angenommen.

VI. Rede des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE João Soares

Präsident **João Soares** betonte in seiner Rede die gemeinsame Arbeit der beiden Versammlungen und ermutigte zu einer Fortführung der Zusammenarbeit bei Außeneinsätzen und Wahlbeobachtungen. Er führte aus, dass die OSZE eine aktive Rolle zur Friedenssicherung eingenommen habe. Die OSZE wie auch die NATO spielten eine wichtige Rolle für die Sicherheit in Europa. Die OSZE sei die flexibelste und reaktionsfähigste euroatlantische Organisation und daher für Krisenprävention und -management von herausragender Bedeutung. Die OSZE PV und die NATO PV sollten sich weiterhin für die Vision euroatlantischer Werte engagieren.

VII. Ansprache des Staatssekretärs der Republik Kasachstan Kanat Saudabajew

Staatssekretär **Kanat Saudabajew** leitete seine Ansprache mit dem Hinweis ein, dass aufgrund der derzeitigen unsicheren Weltlage kein Staat mehr für sich allein seine Sicherheit garantieren könne. Deshalb sei internationale Zusammenarbeit erforderlich. Kasachstan habe sich komplett von seinen Atomwaffen getrennt und alle Arsenale und die entsprechende Infrastruktur zerstört. Er führte aus, dass eine internationale Zusammenarbeit gegen die Verbreitung von Atomwaffen erforderlich sei, deren Hauptverantwortung bei den Atommächten liege. Die territoriale Integrität aller Staaten sei für die Sicherheit in der Welt besonders wichtig, deshalb sei eine gute Grenz-sicherung notwendig. Kasachstan habe eine Initiative zur Sicherheit der asiatischen Staaten ins Leben gerufen (*Shanghai Co-operation Organisation*). Diese strebe unter anderem bessere Beziehungen zu den europäischen Sicherheitsstrukturen an. Derzeit herrsche in der Welt ein Kampf der Kulturen zwischen dem Islam und dem Christentum. Deshalb sei der Dialog zwischen den Religionen wichtig und notwendig. Kasachstan arbeite gegen jede Form der Diskriminierung. Die internationale Gemeinschaft sei an einem stabilen Asien interessiert. Kasachstan unterstütze ferner die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan. Die Zusammenarbeit mit der NATO habe für Kasachstan hohe Priorität. In diesem Zusammenhang stellte er die Wichtigkeit seines Landes als Energielieferant in der Welt dar.

VIII. Ansprache des NATO-Generalsekretärs und Vorsitzenden des Nordatlantikrates Jaap de Hoop Scheffer

NATO-Generalsekretär **Jaap de Hoop Scheffer** dankte Präsident José Lello für die hervorragende Arbeit, die er während seiner Präsidentschaft geleistet habe, und beglückwünschte den neuen Präsidenten John Tanner. Die Krise in Georgien zeige, dass Russland wieder präsent sei und die Ordnung in der Welt in Frage stelle. Er skizzierte die Situation in der Welt und erwähnte die beunruhigende Situation in Afghanistan. Darüber hinaus seien die Nuklearprogramme Irans und Nordkoreas Besorgnis erregend. Die Piraterie habe einen neuen Gipfel erreicht. Insgesamt sei das Jahr 2008 von starken wirtschaftlichen Turbulenzen gezeichnet. Deshalb drohe jetzt auch die Gefahr einer weltweiten Rezession. Dies seien alles kolossale Herausforderungen für die NATO. Aus diesem Grund müsse das Strategische Konzept der NATO neu überdacht werden. Es gebe dabei eine Reihe von Schlüsselaspekten. Die Beziehung zwischen der NATO und Russland: Die NATO-Erweiterung sei ein wichtiger Beitrag zur Sicherheit in Europa. Die NATO PV habe mitgeholfen, Russland als neuen Partner Europas anzuerkennen. Die Erweiterung der NATO und Aufrechterhaltung der Russlandbeziehungen seien deshalb essenziell wichtig und notwendig. Die NATO werde weiterhin alle Länder unterstützen, die Beitrittsabsichten äußern würden. Den militärischen Stand der NATO: Die militärische Transformation der NATO müsse beschleunigt werden. Dies betreffe insbesondere die Aspekte Planung, Aufbau und Finanzierung. Die Finanzkrise mache allerdings den

Ausbau neuer Fähigkeiten der NATO schwieriger. Strategien der NATO würden nicht funktionieren, wenn die Ressourcen nicht ausreichend vorhanden seien. In diesem Zusammenhang sei auch eine bessere Koordinierung ziviler und militärischer Maßnahmen erforderlich. Die Rolle der NATO bei der Behandlung neuer Sicherheitsaufgaben: Es müsse ein gemeinsamer transatlantischer Ansatz zwischen allen Staaten gefunden werden. Die NATO müsse ihre Agenda den neuen Realitäten anpassen. Das neue Strategische Konzept der NATO: Dieses Konzept sei wichtig um die Sicherheit des Bündnisses neu zu betrachten und zu überarbeiten. Diesbezüglich werde weitere Unterstützung durch die Parlamentarische Versammlung der NATO erhofft und erwartet.

In der sich anschließenden Fragestunde dankte der Abgeordnete **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) dem NATO-Generalsekretär für seine offene Position zum Dialog zu Russland und stellte die Frage, wie er die Situation in Pakistan einschätze. **Jaap de Hoop Scheffer** beglückwünschte den Abgeordneten Dr. Karl A. Lamers zunächst zu seiner Wahl zum Präsidenten der *Atlantic Treaty Association* (ATA). In Beantwortung der Frage führte er aus, dass die Wiederaufnahme der Gespräche im NATO-Russland-Rat ungewiss sei. Es müssten erst Bedingungen geschaffen werden, um den Dialog wieder in Gang zu bringen. Zur Situation in Pakistan führte er aus, dass die Stabilität in Pakistan unerlässlich für die Sicherheit in der Region und deshalb als Teil der Lösung anzusehen sei. Diesbezüglich sei ein verstärkter politischer Dialog erforderlich. Bezug nehmend auf Fragen zur finanziellen Situation der NATO führte der Generalsekretär aus, dass die NATO versuchen müsse, mit weniger Geld auszukommen und deshalb die Ressourcen besser genutzt werden müssten. Angesichts sinkender Verteidigungshaushalte in den Mitgliedstaaten müsse die Botschaft vermittelt werden, dass die Sicherheit in Afghanistan ein wichtiger Aspekt für die Sicherheit in der Welt sei und ein elementares Anliegen bei der Bekämpfung des Terrors darstelle.

IX. Ansprache des Obersten Alliierten Befehlshabers Europa (SACEUR) General Bantz John Craddock

General **Bantz John Craddock** führte aus, dass eine dynamische Umwelt internationale Partner benötige und das Bestehen der NATO deshalb gesichert werden müsse. Trotz diverser Zweifel an der Existenzberechtigung der NATO sei sie heute wichtiger denn je. Das Bündnis von 40 Nationen stehe – entgegen vieler Auffassungen – nicht vor dem Untergang. Die Bedrohungen in der Welt seien zu groß, um von einzelnen Ländern angegangen werden zu können. Dies zeige sich auch dadurch, dass die afghanische Armee durch die Unterstützung der NATO stärker werde. Er bekräftigte, dass die Völkergemeinschaft sich umfassender in Afghanistan engagieren müsse. In diesem Zusammenhang bat er um Unterstützung der für die Region erforderlichen AWACS-Einsätze (*Airborne Early Warning and Control System*), die von den jeweiligen Parlamenten gebilligt werden müssten. Eine Investition in die NATO sei auch eine Investition in die wirtschaftliche Sicherheit der Welt. Bantz John Craddock appellierte an

die Nationen, die Sicherheitsbemühungen im Kosovo weiter zu unterstützen. Ferner bekräftigte er, dass die OAE zur Sicherheit der Wasserstraßen in der Region beitrage.

X. Ansprachen von Repräsentanten des spanischen Senats, Abgeordnetenhauses und der spanischen Regierung

Der Präsident des spanischen Senates **Francisco Javier Rojo**, der Präsident des spanischen Abgeordnetenhauses **José Bono** und die spanische Vizeministerpräsidentin **Maria Teresa Fernández de la Vega** richteten sich jeweils mit einem kurzen Grußwort an die Versammlung.

XI. Ansprache des Präsidenten von Georgien Michail Saakaschwili

Präsident **Michail Saakaschwili** bezog sich in seiner Ansprache auf den im August 2008 eskalierten Konflikt zwischen Georgien und der Russischen Föderation, dessen Konsequenzen für Georgien noch nicht überschaubar seien. Der Konflikt habe jedoch nochmals deutlich gemacht, dass die Zukunft Georgiens in einer stärkeren Anbindung an Europa liegen müsse. In der georgischen Politik und Gesellschaft habe es bereits tiefgreifende Reformen gegeben, und das Land habe sich westlichen Werten angenähert. So sei zum Beispiel die Polizei bereits reformiert worden, eine Justizreform werde jetzt angegangen. Der Wunsch nach engerer Zusammenarbeit sei also nicht nur Propaganda. Allerdings müsse man verstehen, dass Georgien seit den Geschehnissen im August diesen Jahres praktisch ein besetztes Land sei. Die NATO habe Georgien auf dem Gipfel in Bukarest im April 2008 ein klares Signal gegeben, dass die Mitgliedschaft im Bündnis möglich sei. Georgien sei stolz, für die NATO ein verlässlicher Partner zu sein. Obwohl in Krisenzeiten in der Regel die Versuchung größer werde, die Exekutivkräfte zu stärken, sei dies in Georgien nicht geschehen. Vielmehr sei die Opposition, und damit auch die demokratischen Kräfte, stärker als zuvor. Die georgische Wirtschaft sei unabhängig, Wirtschaftsregulierungen seien nicht vorgesehen.

Senator **Josselin de Rohan** (Frankreich) garantierte Präsident Michail Saakaschwili die Unterstützung der französischen Nation in der schwierigen Lage, in der sich das Land seit der Krise im August 2008 befinde. Die militärische Intervention der Russischen Föderation und die Anerkennung der Unabhängigkeit von Südossetien und Abchasien seien inakzeptabel. Allerdings müsse die Präsenz des georgischen Staatspräsidenten im Plenum der Versammlung genutzt werden, um die Vorgänge im August besser zu verstehen, da über die Abläufe nach wie vor uneinheitliche Berichte existierten. **Michail Saakaschwili** erklärte daraufhin, die Russische Föderation habe im Vorfeld der Eskalation des Konflikts im August 2008 viel mehr militärische Ausrüstung nach Südossetien schaffen lassen, als durch die *Peacekeeping*-Mission der VN, an der Russland mitgewirkt habe, gerechtfertigt gewesen sei. Präsident Wladimir Putin habe beispielsweise im November letzten Jahres den freien Durchzug für russische Truppen in Südossetien gefordert. Anfang August diesen Jah-

res, kurz vor Ausbruch des Konfliktes, sei die Russische Föderation kurz davor gewesen, eine Bahnlinie für militärische Zwecke durch Abchasien zu bauen. Georgien die Schuld am Kriegsausbruch am 8. August 2008 zu geben, sei, als würde man Polen für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verantwortlich machen wollen. Nach offizieller Darstellung seien am 8. August 2008 3 000 russische Panzer auf georgisches Gebiet eingedrungen. Diese müssten jedoch schon in der Nähe gewesen sein, sonst hätten sie nicht so schnell georgisches Territorium erreichen können. Die Invasion sei militärisch und politisch gut vorbereitet gewesen. Die Welt sei am 8. August 2008 mit der Realität der russischen Besetzung von Südossetien und Abchasien aufgewacht. Zwar sei das Bedürfnis der EU verständlich, mit Moskau im Dialog zu bleiben, man müsse aber zukünftig viel vorsichtiger im Umgang mit der Russischen Föderation sein.

Der Abgeordnete **Markus Meckel** (Deutschland) betonte, es bestehe Einigkeit hinsichtlich der Kritik an der Russischen Föderation wegen der Ausgabe russischer Pässe an georgische Staatsbürger in Südossetien und Abchasien und wegen der Anerkennung der Unabhängigkeit der Provinzen. Er frage sich jedoch, warum Georgien im Sommer 2008 nicht zu einem Gewaltverzicht bereit und was der Hintergrund des Beschlusses von Michail Saakaschwili gewesen sei, gegen die Russische Föderation den Krieg zu beginnen. Er erkundigte sich ferner, ob es stimme, dass die georgische Seite während des Konflikts Streumunition eingesetzt habe. **Michail Saakaschwili** erklärte, die georgische Seite sei sich sicher gewesen, es mit einer russischen Invasion zu tun zu haben. Er habe daher nur die Wahl zwischen einer militärischen oder gar keiner Reaktion gehabt. Das gewählte Mittel sei zwar schlecht, die Alternative wäre aber noch schlechter gewesen. Bereits einige Tage vor Kriegsausbruch hätten die Russen Zivilisten aus der Provinzhauptstadt Tschinvali evakuiert. Georgien habe sich in den Jahren zuvor große Mühe mit dem Aufbau sozialer Einrichtungen in Südossetien gegeben. Nach Auffassung des Abgeordneten **Savvas Tsitouridis** (Griechenland) bestehe nach wie vor der Eindruck, dass Georgien zuerst Gewalt angewendet habe. Was wirklich geschehen sei, sei aber sehr bedeutend für die Gestaltung der Zukunft der Region. **Michail Saakaschwili** betonte, er sei ein großer Verfechter des Völkerrechts, dies sei jedoch im August 2008 in Georgien außer Kraft gesetzt worden. Die Volksbefragungen in Südossetien und Abchasien, bei denen sich eine Mehrheit für die Unabhängigkeit von Georgien ausgesprochen habe, seien nicht in der ganzen Bevölkerung durchgeführt worden. Es sei in Krisen manchmal einfach, das Opfer zum Schuldigen zu machen.

XII. Beratung und Abstimmung des Plenums-erklärungsentwurfs „Der Konflikt zwischen Georgien und der Russischen Föderation“, vorgelegt von dem Abgeordneten Jan Petersen (Norwegen), Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der NATO

Der Abgeordnete **Jan Petersen** (Norwegen) bedankte sich für die Änderungsanträge, die zu seinem Entwurf

eingereicht worden seien. Einige Änderungen habe er eingearbeitet, andere müssten aber in der Versammlung abgestimmt werden. Er rege daher an, zügig in die Debatte über den Text der Erklärung einzutreten.

Die Abgeordnete **Vaira Paegle** (Lettland) nahm Bezug auf den Wunsch Georgiens nach Mitgliedschaft in der NATO. Auch sie säße heute nicht hier, wenn auf diejenigen Stimmen gehört worden wäre, die die Russische Föderation auch durch frühere Beitrittsrunden nicht hätten provozieren wollen. Sie sehe es daher als ihre Verpflichtung an, sich für den Beitritt weiterer Staaten in das Bündnis einzusetzen. Der Abgeordnete **Bruce George** (Vereinigtes Königreich) bezeichnete den Inhalt des Erklärungsentwurfs als das richtige Signal, gegen das niemand etwas haben könne. Während und nach dem Konflikt in Georgien sei die russische Propagandamaschine sehr aktiv gewesen. Der Abgeordnete **Andreas Loverdos** (Griechenland) entgegnete, die Georgier hätten seiner Meinung nach zuerst angegriffen. Dies habe auch der georgische Präsident heute in seinen Ausführungen bestätigt. Es habe sich um den Versuch gehandelt, durch Gewalt Tatsachen zu schaffen. Dies sei ein Missbrauch internationalen Rechts, der verurteilt werden müsse. Nach Ansicht des Abgeordneten **Jesús Cuadrado** (Spanien) solle zwar keine Debatte des Kalten Krieges geführt werden, es sei aber sehr wichtig, gegenüber der Russischen Föderation Entschiedenheit zu demonstrieren. Allerdings gebe es für die Versammlung keinen Grund, strenger als die europäischen Außenminister zu sein, die bereits entschieden hätten, den Dialog mit der Russischen Föderation fortzusetzen. Nach Auffassung des Abgeordneten **Markus Meckel** (Deutschland) könne es für die Russische Föderation durchaus vorteilhaft sei, wenn alle westlichen Nachbarn in der NATO wären. Dies würde zu einer Stabilisierung auch der russischen Grenzen führen. Ein NATO-Beitritt setze allerdings die Reife des Beitrittskandidaten voraus. Er selber gehöre in Deutschland zu denjenigen, die die Russische Föderation gelegentlich scharf kritisierten. Dies könne aber nur im Rahmen eines Dialoges geschehen. Insofern sei der Text des Erklärungsentwurfs in einigen Punkten schwierig und unausgewogen. Der Abgeordnete **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) ergänzte, die im Politischen Ausschuss verabschiedete Erklärung zur Zukunft der NATO-Russland-Beziehungen, die von der Berichterstatterin Senatorin Raynell Andreychuk vorbereitet worden sei, sei im Gegensatz zu dem hier vorliegenden Entwurf sehr ausgewogen. Abgeordneter **Jan Petersen** erklärte, die vorliegende Erklärung sei noch in keinem Ausschuss diskutiert, sondern für das Plenum vorbereitet worden. Dem Abgeordneten Markus Meckel entgegnete er, niemand meine, dass Georgien bereits jetzt bereit für eine Aufnahme in die NATO sei. Es gehe lediglich um die Frage, ob mit dem MAP

jetzt begonnen werden könne. Insofern sei zu klären, wie die Beschlüsse des NATO-Gipfels in Bukarest in den Erklärungstext einfließen sollten.

Die Versammlung diskutierte eine Vielzahl konkreter Änderungsanträge. Drei Änderungsanträge wurden von der deutschen Delegation eingebracht beziehungsweise mit eingebracht. Der Text des Erklärungsentwurfs wurde mit einigen Änderungen angenommen. Angenommen wurde dabei der von der deutschen Delegation mit eingebrachte Antrag, in Ziffer 17b) der Erklärung den Hinweis aufzunehmen, dass die Anerkennung der Unabhängigkeit von Südossetien und Abchasien gegen internationales Recht verstoße. Abgelehnt wurde der Antrag der deutschen Delegation, in Ziffer 17a) konkret die Unterstützung der von der EU initiierten unabhängigen Untersuchungskommission zu den Vorgängen in Georgien im August 2009 zu fordern. Abgelehnt wurde auch der von der deutschen Delegation mit eingebrachte Antrag, in Ziffer 17e) die Forderung eines MAP für Georgien dahingehend abzuschwächen, dass im Sinne der Beschlüsse des Bukarest-Gipfels die enge Kooperation der NATO mit Georgien fortgesetzt werden solle, die dann in einen MAP einmünden solle, wenn Georgien die Voraussetzungen erfülle.

XIII. Bericht des Schatzmeisters der Versammlung Senator Pierre Claude Nolin (Kanada) und Abstimmung über den Haushalt 2009

Der Schatzmeister Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada) stellte seinen Haushaltsbericht, die Jahresbilanz 2007, den Bericht über den Pensionsfonds für 2007 und den Haushaltsentwurf für 2009 vor. Er wies darauf hin, dass die Delegationen aus Dänemark und Luxemburg sich bereit erklärt hätten, über ihren Jahresbeitrag hinaus einzelne Rose-Roth-Seminare im Jahr 2009 zu finanzieren. Die Versammlung nahm die oben genannten Haushaltsdokumente und den Haushaltsentwurf für 2009 an.

XIV. Bericht des Generalsekretärs der NATO PV David Hobbs über die Prioritäten und Aktivitäten der Versammlung

Der Generalsekretär David Hobbs stellte die für das Jahr 2009 geplanten Aktivitäten der Versammlung vor. Die Vorschläge wurden angenommen.

Dr. Karl A. Lamers, MdB
Leiter der Delegation

Volker Bouffier,
Staatsminister
Stellvertretender Leiter der
Delegation

Entschließung 368

betr. **Den Weg des Kosovo in die Zukunft**

vorgelegt vom Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit und von der Plenarversammlung verabschiedet

Die Versammlung,

1. **unter erneuter Bekräftigung** ihres nachdrücklichen Engagements für Frieden, Stabilität und Wohlstand auf dem Balkan;
2. das Scheitern der unter internationaler Vermittlung geführten Verhandlungen über den zukünftigen Status des Kosovo und den Abbruch des direkten Dialogs zwischen Belgrad und Pristina **mit Bedauern zur Kenntnis nehmend**;
3. **in der Überzeugung**, dass die langfristige Stabilität auf dem Balkan nur durch die Wiederherstellung guter Beziehungen zwischen Belgrad und Pristina verwirklicht werden kann;
4. **nachdrücklich darauf hinweisend**, dass die Perspektive der vollständigen Integration in die euro-atlantischen Institutionen ein entscheidender Stabilisierungsfaktor für die Region ist;
5. in diesem Zusammenhang die jüngsten Schritte der serbischen Behörden in Bezug auf den Ausbau der Beziehungen zur Europäischen Union (EU) und NATO **begrüßend**;
6. **erneut darauf hinweisend**, dass der Kosovo ein besonderer Fall ist, der keinen Präzedenzfall für die Lösung anderer territorialer Konflikte bilden darf;
7. **in Anerkennung** der Entschließung der Generalversammlung der VN (Vereinten Nationen), in der der Internationale Gerichtshof gebeten wurde, ein Gutachten über die Frage zu erstellen, ob die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo völkerrechtlichen Bestimmungen entspricht;
8. **unter Hinweis auf** ihr nachdrückliches Engagement für die Konsolidierung des Kosovo als multiethnische und demokratische Gesellschaft, die frei von jeder Form der Diskriminierung ist;
9. indessen **mit Besorgnis** die fortwährenden Spannungen und sporadischen Gewaltakte unter den Volksgruppen zur Kenntnis nehmend;
10. darüber hinaus **zur Kenntnis nehmend**, dass es in vielen Gebieten ungeachtet lobenswerter Fortschritte nach wie vor erhebliche Probleme gibt, unter anderem die Verwirklichung der Rechtstaatlichkeit, die Umsetzung der Dezentralisierungsprojekte, die Wirtschaft und die Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität;
11. insbesondere **mit Besorgnis** zur Kenntnis nehmend, dass die Institutionen ihre Aufgaben nördlich des Ibar-Flusses nicht ordnungsgemäß wahrnehmen können;
12. **in Anerkennung dessen**, dass die Vereinten Nationen und die OSZE gemäß Entschließung 1244 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen nach wie vor eine wichtige Rolle spielen, und das Engagement der EU im Hinblick auf die Stärkung der Rechtstaatlichkeit durch Entsendung der Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo (EULEX) **begrüßend**;
13. indessen **mit Bedauern zur Kenntnis nehmend**, dass politische Blockaden der im Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen an den Sicherheitsrat vom Juni 2008 geforderten Neuordnung der internationalen Präsenz im Kosovo nach wie vor entgegenstehen;
14. **in Anerkennung** der hervorragenden Leistungen des KFOR-Personals unter schwierigen Bedingungen und **unter Hervorhebung** der weiterhin bestehenden Notwendigkeit einer starken KFOR-Präsenz zur Aufrechterhaltung eines sicheren Umfelds im gesamten Kosovo;
15. das Engagement des Bündnisses im Hinblick auf die Unterstützung der Umsetzung zukünftiger Sicherheitsvorkehrungen im Kosovo **begrüßend**;
16. **hervorhebend**, dass die Geschlossenheit der Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft im Kosovo im Interesse aller Parteien liegt und als vorrangig erachtet werden sollte;
17. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten und Partnerländer des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,
 - a. sich weiterhin für die Sicherung von Frieden und Stabilität im Kosovo einzusetzen und die erforderliche internationale militärische und zivile Präsenz zu gewährleisten, solange dies notwendig ist,
 - b. sich aktiv für eindeutige Zuständigkeiten und wirksame Koordinierungs- und Kooperationsmechanismen unter allen internationalen Institutionen im Kosovo einzusetzen;
 - c. den unverzüglichen Einsatz von EULEX im gesamten Kosovo zu unterstützen und alle zur Stärkung der Rechtstaatlichkeit erforderlichen Mittel bereitzustellen;
 - d. sich für die Überwindung der Hindernisse einzusetzen, die dem Abschluss eines technischen Abkommens zwischen KFOR und EULEX entgegenstehen;
 - e. den Prozess der Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens zwischen Belgrad und Pristina sowie unter den Volksgruppen im Kosovo zu unterstützen und zu diesem Zweck
 - i. den Dialog zwischen Belgrad und Pristina über die sechs wichtigen Themengebiete, die

- im Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen vom Juni 2008 genannt wurden¹, und die Verabschiedung pragmatischer Lösungen zu unterstützen, mit denen der Kosovo als eine Verwaltungseinheit bestehen bleibt, und dabei die berechtigten Sorgen der einheimischen Bevölkerung in vielen Gebieten, in denen eine serbische Bevölkerungsmehrheit lebt, zu berücksichtigen;
- ii. einen aktiveren und konstruktiveren Dialog zwischen Pristina und den Vertretern der im Kosovo lebenden Serben zu fördern;
 - iii. die Umsetzung von Maßnahmen zum besseren Schutz der Kosovo-Serben und anderen Minderheiten einschließlich der weiteren Dezentralisierung sowie einen multiethnischen Kosovo-Polizeidienst zu unterstützen;
 - iv. sich weiterhin aktiv für die Schaffung geeigneter Bedingungen für die Rückkehr der Vertriebenen in ihre Heimat einzusetzen;
- f. weiterhin allen Ländern der Region im Hinblick auf ihre vollständige Integration in euro-atlantische Institutionen klare Perspektiven aufzuzeigen und nachhaltige Hilfe anzubieten und insbesondere die erneute Verpflichtung Serbiens und seine Bemühungen in Bezug auf die euro-atlantische Integration aktiv zu unterstützen.

Entschließung 369

betr. Die laufenden Operationen der NATO

vorgelegt vom Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit und von der Plenarversammlung verabschiedet

Die Versammlung,

1. **in Anerkennung** der Beiträge der laufenden NATO-Operationen zum weltweiten Frieden und zur weltweiten Sicherheit;
2. **in Anerkennung** der fortlaufenden Umgestaltung der NATO und ihrer umfassenden Beteiligung an einer wachsenden Zahl von Expeditionseinsätzen;
3. **in Würdigung** der hervorragenden Leistungen unserer entsandten Streitkräfte unter äußerst schwierigen Bedingungen und diejenigen **ehrend**, die bei Missionen der Bündnispartner ihr Leben verloren haben;
4. die umfassenden und wichtigen Beiträge von Nicht-Mitgliedstaaten der NATO zu den Operationen der Bündnispartner **begrüßend**;
5. die Rolle, die die KFOR (Kosovo-Truppe) weiterhin bei der Gewährleistung von Stabilität und Sicherheit im Kosovo spielt, den Erfolg der Operation *Active Endeavour* bei der Bereitstellung eines aktuellen maritimen Lagebildes im Mittelmeerraum, die positiven Beiträge der Ausbildungsmission der NATO im Irak zum Aufbau der Sicherheitskräfte vor Ort sowie die Unterstützung, die die NATO für die Afrikanische Union geleistet hat, **lobend**;
6. die Entscheidung der Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten, Militärschiffe der NATO an der Küste Somalias zur Abschreckung von Piraten und Begleitung humanitärer Hilfslieferungen einzusetzen, **begrüßend**;
7. **unter Betonung** der Bedeutung der NATO-Mission in Afghanistan für die Sicherheit aller Nationen sowie unserer Verpflichtungen gegenüber der afghanischen Bevölkerung und von der Notwendigkeit **überzeugt**, die Herzen und Köpfe der afghanischen Bevölkerung unter anderem durch die Stärkung eines fairen und unparteiischen Justizsystems zu gewinnen;
8. mit großer Besorgnis die Sicherheitslage in Afghanistan sowie die anhaltenden Defizite bei den Streitkräften und der Ausstattung, die die alliierten Befehlshaber vor Ort für wesentlich halten, **feststellend**;
9. **unter Hervorhebung** der Notwendigkeit der von den Bündnispartnern durchgeführten Operationen, die der Vermeidung von zivilen Opfern dienen, und die vorsätzliche Tötung von Zivilisten durch Aufständische **verurteilend**;
10. **hervorhebend**, dass die Rolle der NATO in Afghanistan letztlich darauf beschränkt ist, ein sicheres Umfeld zu schaffen, in dem die Anstrengungen anderer Akteure des politischen und wirtschaftlichen Sektors erforderlich sind, um ein akzeptables, umfassendes und nachhaltiges Ergebnis zu erzielen;
11. **in Anerkennung** der Bedeutung fähiger, gut ausgerüsteter und demokratisch kontrollierter afghanischer nationaler Sicherheitskräfte für die Schaffung eines sicheren Umfelds in ganz Afghanistan;
12. **darüber hinaus** die entscheidende Rolle **anerkennd**, die die NATO nach wie vor bei der Ausbildung, Ausrüstung und festen Etablierung dieser Streitkräfte spielen muss, die letztlich auf lange Sicht für die Gewährleistung der afghanischen Sicherheit verantwortlich sein werden;
13. die zusätzlichen militärischen Beiträge einiger Mitgliedstaaten **begrüßend**, jedoch ALLE Mitgliedstaaten **auffordernd**, sich in vollem Umfang an den Risiken und Kosten unserer gemeinsamen Entscheidungen zu beteiligen;
14. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,
 - a. die Anstrengungen zur Behebung der derzeitigen Personaldefizite in Afghanistan zu verdoppeln und dabei den Schwerpunkt auf Mentor- und Verbindungsteams (OMLT) zur Ausbildung der afghanischen nationalen Sicherheitskräfte zu le-

¹ Polizei, Gerichtsbarkeit, Zoll, Verkehr und Infrastruktur, Grenzen und das serbische kulturelle Erbe.

- gen, vor allem da die afghanische nationale Armee größer wird;
- b. die nationalen Vorbehalte weiter abzubauen, die nach wie vor die Fähigkeit der Kommandeure beeinträchtigen, Operationen mit bestmöglicher Wirkung zu planen und durchzuführen;
 - c. dafür zu sorgen, dass die ISAF (Internationale Sicherheitsbeistandstruppe) ihre neuen Befugnisse zur Bekämpfung des Drogenschmuggels im Rahmen der vorhandenen Mittel und Ressourcen wirksam umsetzt;
 - d. zu gewährleisten, dass die nationalen Vertretungen bei den Vereinten Nationen alles in ihrer Macht Stehende tun, um dem Leiter der Hilfsmision der Vereinten Nationen in Afghanistan die Ressourcen bereitzustellen, die für die Durchführung der entscheidenden Aufgabe der Koordinierung der internationalen Bemühungen in Afghanistan, von denen die der NATO nur ein Teil sind, erforderlich sind;
 - e. einen aktiven öffentlichen Dialog über die Relevanz und die Bedeutung der NATO-Operationen – vor allem des Engagements der Bündnispartner in Afghanistan – für die Sicherheit der Bürger des Bündnisses zu gewährleisten.

Entschließung 370

betr. Den wirtschaftlichen Wiederaufbau in Afghanistan

vorgelegt vom Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit und von der Plenarversammlung verabschiedet

Die Versammlung,

1. *erfreut* über das Engagement der internationalen Gemeinschaft im Hinblick auf die Verbesserung der Legitimität und Effektivität des afghanischen Staates und die Hilfe für das Land beim Aufbau der Grundlagen für eine funktionierende und nachhaltige nationale Wirtschaft;
2. *einräumend*, dass die NATO angesichts der objektiven Sicherheitsprobleme, denen sich die euro-atlantische Gemeinschaft in Afghanistan gegenüber sieht, und da die Glaubwürdigkeit der Allianz in Frage gestellt wurde, in diesem Konflikt sehr umfassende eigene Interessen besitzt;
3. *in Anerkennung* der Fortschritte, die Afghanistan in den letzten Jahren erzielt hat, darunter freie Wahlen, den verbesserten Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen, eine sinkende Kindersterblichkeit, bessere Bildungsmöglichkeiten für Jungen und Mädchen und ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum;
4. die sich verschlechternde Sicherheitslage in dem Land und die Umstände, aufgrund derer sich der Aufstand von den südlichen und östlichen Regionen aus in Teile des Zentrums, in die Hauptstadt Kabul und

nun in das benachbarte Pakistan ausbreiten konnte, *gleichwohl bedauernd*;

5. *in Anerkennung dessen*, dass die Verbesserung der Sicherheit in Afghanistan einen umfassenden Ansatz erfordert, der sich nicht ausschließlich auf militärische Maßnahmen stützt, sondern auch eine regionale diplomatische Politik bzw. Sicherheitspolitik, die unentwegte Verpflichtung zur Beseitigung der Korruption, eine gut koordinierte und finanzierte Hilfs- und Entwicklungsstrategie, die unter anderem die Regierung auf zentraler und regionaler Ebene stärkt, sowie einen breiten gesellschaftlichen und politischen Dialog, der die aufständischen Elemente einschließt, die sich eventuell mit einer demokratischen Ordnung in Afghanistan anfreunden können, umfasst;
6. *in Anerkennung dessen*, dass ungeeignete und schlecht koordinierte Hilfe die Wirkung internationaler Gelder auf die Entwicklung reduziert, den afghanischen Staat schwächt und das Sicherheitsumfeld des Landes vergiftet;
7. *einräumend*, dass internationale Entwicklungsgelder allzu häufig in Form von Unternehmensgewinnen und Beraterkosten in die Geberländer zurückfließen;
8. *zur Kenntnis nehmend*, dass die ländliche Entwicklung das beste langfristige Mittel zur Bekämpfung der Opiumproduktion und der Armut darstellt;
9. *gleichwohl anerkennend*, dass die Umsetzung einer solchen Politik den Bauern den Zugang zu den nationalen und internationalen Märkten gewähren und ihnen die Möglichkeit geben muss, ihre Erzeugnisse sicher zu diesen Märkten zu transportieren, ohne Schutzgeld, Bestechungsgelder oder überhöhte, willkürliche Abgaben zahlen zu müssen;
10. **FORDERT** die Regierungen der Mitgliedstaaten und Parlamente des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,
 - a. dafür zu sorgen, dass die finanziellen Belastungen und die auf den Einsatz und die Risiken zurückzuführenden Belastungen im Zusammenhang mit der Afghanistan-Mission gerechter unter den Mitgliedstaaten verteilt werden, und die Bedeutung der Stabilisierung des Landes für die euro-atlantische Sicherheit anzuerkennen;
 - b. die für einen erfolgreichen Abschluss dieser Mission benötigten Ressourcen bereitzustellen und aufzuwenden;
 - c. eine kohärente und tragfähige regionale Strategie zu entwickeln, die das Engagement mit der neuen Regierung Pakistans in dem ernsthaften Bemühen verstärkt, den Taliban und der al-Qaida in den Stammesgebieten an der Nordwestgrenze den Rückzugsraum zu nehmen;
 - d. ihr Engagement erneut zu bekräftigen, die Mission bis zur Schaffung eines stabilen und sicheren Umfelds für eine friedliche, demokratische Entwicklung in Afghanistan unter wirksamen rechtstaatlichen Bedingungen fortzusetzen;

- e. die zivilen, entwicklungspolitischen und militärischen Operationen in Afghanistan in enger Zusammenarbeit mit der afghanischen Regierung zu koordinieren und die Hilfsgelder gegebenenfalls in den afghanischen Haushalt zu leiten und so viele afghanische Mitarbeiter und Auftragnehmer wie möglich in diese Anstrengungen einzubeziehen;
- f. die Entwicklungshilfe zu koordinieren und zu gewährleisten, dass der afghanische Staat unmittelbar in die Festlegung der Prioritäten einbezogen wird, wie dies in der Nationalen Entwicklungsstrategie für Afghanistan erfolgt ist, und dass er aus dem Erfolg dieser Bemühungen Legitimität ziehen kann;
11. **FORDERT** die Regierung Afghanistans **NACHDRÜCKLICH AUF**,
- sich für die Umsetzung der neu entwickelten Nationalen Entwicklungsstrategie für Afghanistan einzusetzen;
 - transparente Mechanismen zur Verteilung und Koordinierung der Hilfsmittel gemäß den nationalen Prioritäten zu schaffen;
 - die Bekämpfung der Korruption und des Opiumhandels zu wichtigen nationalen Prioritäten zu machen und sich besonders für die Verbesserung des Justiz- und Polizeisystems einzusetzen, die sehr wichtig ist, wenn der Staat in den Augen des afghanischen Volkes an Legitimität gewinnen will;
12. **FORDERT** die internationale Gebergemeinschaft **NACHDRÜCKLICH AUF**,
- sicherzustellen, dass die Bemühungen für den Wiederaufbau koordiniert werden und die Bemühungen und Prioritäten des afghanischen Staates sowie der kommunalen und regionalen Räte und Regierungen ergänzen;
 - ihre Anstrengungen auf die Verringerung der Armut, den Aufbau von Kapazitäten und die ländliche Entwicklung zu konzentrieren, die für die Gesundheit der nationalen Wirtschaft und zur Bekämpfung des Opiumhandels von entscheidender Bedeutung sind;
 - eine effektive und transparente Regierungsführung durch den afghanischen Staat zu unterstützen.
- Entschließung 371
- betr. Die Zukunft der Beziehungen zwischen der NATO und Russland**
- vorgelegt vom Politischen Ausschuss und von der Plenarversammlung verabschiedet
- Die Versammlung,
- unter Hervorhebung der positiven Auswirkungen der fortwährenden Politik der offenen Tür und der Partnerschaften der NATO;**
 - in Anerkennung** der Errungenschaften der Partnerschaft zwischen der NATO und Russland;
 - in Anerkennung** der wichtigen Rolle, die Russland im Hinblick auf die Stärkung der euro-atlantischen und weltweiten Sicherheit spielt;
 - ernsthaft besorgt** über den unverhältnismäßigen Einsatz von Gewalt seitens Russlands in Georgien im August 2008 und die Versäumnisse Russlands im Hinblick auf die rasche Umsetzung der Waffenstillstandsvereinbarungen;
 - unter Zurückweisung** des Beschlusses des russischen Parlaments, einen souveränen Mitgliedstaat der Vereinten Nationen zu zerstückeln;
 - in der Überzeugung**, dass die Herstellung guter Beziehungen zwischen Russland und seinen Nachbarn von wesentlicher Bedeutung für die regionale und europäische Sicherheit und Stabilität ist;
 - hervorhebend**, dass die Bündnispartner und Russland verschiedene gemeinsame Sicherheitsprobleme haben, z. B. die Bedrohung durch terroristische Gruppen, die anhaltende Instabilität in Afghanistan, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW) sowie die Atom- und Raketenprogramme des Iran;
 - im Vertrauen darauf**, dass eine enge Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland erheblich zu einem stabilen und sicheren Europa beitragen kann;
 - darüber **besorgt**, dass Energieressourcen als politische Waffe gegen Nachbarn eingesetzt werden könnten;
 - in der Überzeugung**, dass der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) und der Vertrag über nukleare Mittelstreckenwaffen Eckpfeiler der euro-atlantischen Sicherheit bleiben, und **mit Bedauern** darüber, dass Russland die zeitweilige Außerkraftsetzung seiner Verpflichtungen aus dem KSE-Vertrag angekündigt hat und erwägt, aus dem INF-Vertrag von 1987 auszusteigen;
 - FORDERT** die Regierung und das Parlament Russlands **NACHDRÜCKLICH AUF**,
 - Russlands Außenpolitik, insbesondere seine Beziehungen zu den ehemaligen Sowjetrepubliken, in einer Art und Weise zu führen, die die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen, der Satzung des Europarates, der Schlussakte von Helsinki aus dem Jahre 1975, der Pariser Charta aus dem Jahre 1990 und der Europäischen Sicherheitscharta von Istanbul aus dem Jahre 1999 befolgt, insbesondere
 - die souveräne Gleichstellung und die Achtung der sich aus der Souveränität anderer Staaten ergebenden Rechte, einschließlich ihrer territorialen Integrität und der Unverletzlichkeit ihrer Grenzen;

- ii. die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen souveränen Staates;
 - iii. den Verzicht auf die Androhung oder den Einsatz von Gewalt;
 - iv. die friedliche Beilegung von Konflikten;
 - v. den Grundsatz, dass „kein Staat, keine Staatengruppe oder Organisation irgendeinen Teil des OSZE-Gebiets als seinen/ihren Einflussbereich betrachten kann“ (Europäische Sicherheitscharta von Istanbul 1999);
- b. sich an ihre anlässlich des OSZE-Gipfels 1999 in Istanbul eingegangenen Verpflichtungen zu halten und ihre illegale militärische Präsenz in der moldauischen Region Transnistrien in nächster Zeit zu beenden;
- c. Russlands Verpflichtungen im Hinblick auf eine Partnerschaft und Zusammenarbeit mit der NATO erneut zu bekräftigen und diese durch konkrete Handlungen zu untermauern;
12. **FORDERT** die Regierungen der Mitgliedstaaten und Parlamente des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,
- a. die weitreichende Zusammenarbeit mit Russland in verschiedenen Bereichen, vor allem auf militärischer Ebene, wiederherzustellen und dabei zu betonen, dass diese Partnerschaft sich auf gemeinsame Werte stützen muss, insbesondere die Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität der Staaten und die friedliche Beilegung von Konflikten;
 - b. die Entwicklung positiver und konstruktiver Beziehungen zwischen Russland und seinen Nachbarländern zu unterstützen;
 - c. die öffentlichen diplomatischen Bemühungen gegenüber Russland zu verbessern und auszuweiten;
 - d. die Verabschiedung eines gemeinsamen Ansatzes gegenüber Russland anzustreben;
 - e. den Stellenwert der Partnerschaft zwischen der NATO und Russland innerhalb des neuen Strategischen Konzepts des Bündnisses anzuerkennen.
- EntschlieBung 372
- betr. Energie und Sicherheit**
- vorgelegt vom Ausschuss für Wissenschaft und Technologie und von der Plenarversammlung verabschiedet
- Die Versammlung,
- 1. **in Anerkennung** dessen, dass Energiesicherheit zu einer wichtigen Herausforderung für die nationalen Sicherheitsinteressen der NATO-Länder geworden ist;
- 2. **zur Kenntnis nehmend**, dass Energiesicherheit am Besten durch einen Ausgleich der Interessen der Energielieferanten, Energieverbraucher und Transitländer erzielt werden kann und indem man den Kräften des Marktes die Steuerung der weltweiten und regionalen Energiemärkte auf transparente und nicht-diskriminierende Art und Weise ermöglicht;
 - 3. **besorgt darüber**, dass Energieressourcen einer weitgehenden staatlichen Kontrolle unterliegen und in zunehmendem Maß als außenpolitisches Instrument genutzt werden;
 - 4. **zur Kenntnis nehmend**, dass einige NATO-Mitgliedstaaten in hohem Maße von einer Energiequelle und einem Lieferanten abhängig sind;
 - 5. **beunruhigt** über die mögliche Bildung eines internationalen Kartells für Erdgas nach dem Vorbild der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC), was eine erhebliche Gefahr für den Preis und die Energieversorgung sowie die Weltwirtschaft und -sicherheit darstellen würde;
 - 6. **zutiefst beunruhigt darüber**, dass kritische Energieinfrastrukturen ein attraktives Ziel für Terroristen und andere bewaffnete feindliche Gruppen darstellen;
 - 7. **in Anerkennung** dessen, dass die NATO gegründet wurde, um „harten“ Sicherheitsbedrohungen zu begegnen, und dass andere Organisationen, z. B. die Europäische Union und die Internationale Energieagentur, in der Vergangenheit an der Spitze der Bemühungen um die Lösung energiebezogener Probleme standen;
 - 8. gleichwohl **davon überzeugt**, dass die NATO einen Mehrwert zu den multinationalen Bemühungen beitragen kann, die auf eine Verbesserung der Energiesicherheit in der euroatlantischen Region abzielen;
 - 9. **unter Begrüßung** der in diesem Zusammenhang bei den NATO-Gipfeln in Riga und Bukarest erzielten Fortschritte;
 - 10. **FORDERT** die Regierungen der Mitgliedstaaten und Parlamente des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,
 - a. sich für eine größere Solidarität innerhalb der euroatlantischen Gemeinschaft im Hinblick auf Energiefragen einzusetzen und die Bemühungen der Europäischen Union um die Schaffung eines integrierten europäischen Energiemarktes und die Diversifizierung der Energieversorgungsquellen und -wege zu unterstützen;
 - b. die Rolle des Bündnisses im Bereich der Energiesicherheit weiterzuentwickeln und sich dabei auf folgende Punkte zu konzentrieren:
 - i) Prüfung des potenziellen Mehrwerts der NATO bei der Stärkung des Schutzes kritischer Energieinfrastrukturen unter Berücksichtigung vorhandener internationaler Initiativen;

- ii) Förderung eines gemeinsamen Verständnisses innerhalb der NATO und der EU über Bedrohungen der Energiesicherheit im euroatlantischen Raum mithilfe der überarbeiteten Europäischen Sicherheitsstrategie aus dem Jahre 2003 und des Strategischen Konzepts des Bündnisses von 1999;
- iii) gemeinsame Nutzung nachrichtendienstlicher Informationen und Überwachungsinformationen im Zusammenhang mit gemeinsamen Energiesicherheitsfragen mithilfe der NATO-Strukturen;
- iv. Prüfung der Einrichtung eines an die NATO angegliedertes Exzellenzzentrums zur Feststellung und Analyse energiebezogener Bedrohungen und Beratung über Möglichkeiten der Überwindung derselben;
- v) Prüfung der Möglichkeit, mithilfe der Beziehungen der NATO zu wichtigen Energieliefer- und Transitländern die mit Energiefragen verbundenen Sicherheitsbelange zu erörtern;
- vi. Klarstellung gegenüber den Regierungen wichtiger Erdgas exportierender Länder, dass die Bemühungen um die Einrichtung einer „Gas-OPEC“ zur Manipulierung der Erdgasversorgung auf dem Weltmarkt zwecks Festsetzung eines nicht marktgerechten Preises oder Nutzung als politisches Druckmittel als nachteilig für die Sicherheit der NATO-Mitgliedstaaten und der Welt betrachtet werden;
- c. internationale Projekte, z. B. Nabucco, zu unterstützen, die darauf abzielen, die Energieversorgung zu diversifizieren, sowie Projekte zu fördern, deren Ziel eine bessere Verknüpfung der nationalen Erdgaspipelines und Stromnetze ist;
- d. den Dialog mit der Russischen Föderation im Energiebereich zu verstärken und im Zusammenhang mit diesem Dialog eine einheitliche Politik zu verfolgen und dabei die Grundsätze der freien Marktwirtschaft, z. B. offener Wettbewerb, Transparenz, gegenseitiges Vertrauen, Gegenseitigkeit und Nichtdiskriminierung, hervorzuheben, wie im Vertrag über die Energiecharta vorgesehen;
- e. sich auf die Umweltaspekte der Energiepolitiken zu konzentrieren und die Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der alternativen Energielösungen einschließlich erneuerbarer Energien, saubere Technologien für feste Brennstoffe und Energieeffizienzmaßnahmen voranzutreiben;
- f. anzuerkennen, dass manche Mitgliedstaaten die Atomenergie eine gangbare Möglichkeit zur Bewältigung des Klimawandels und der Versorgungssicherheitsprobleme betrachten, vorausgesetzt, dass eine langfristige Lösung für das Problem des nuklearen Abfalls gefunden wird und die allgemeine Einhaltung strenger atomarer Sicherheitsstandards erzielt wird.

Erklärung 373

betr. Den Konflikt zwischen Georgien und der Russischen Föderation

vorgelegt vom Ständigen Ausschuss und von der Plenarversammlung verabschiedet

Die Versammlung,

1. **in Missbilligung** des unverhältnismäßigen Einsatzes von Gewalt des russischen Militärs gegen Georgien, der Besetzung Georgiens durch russische Streitkräfte, der ethnischen Säuberung Südossetiens von Georgien, der Tatsache, dass Russland die Waffenstillstandsbedingungen nicht umfassend erfüllt hat, sowie seiner Anerkennung Südossetiens und Abchasiens;
2. **feststellend**, dass diese Handlungen im Widerspruch zu den Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sowie zu den von der Regierung der Russischen Föderation eingegangenen Verpflichtungen gegenüber der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und dem Europarat stehen;
3. **daran erinnernd**, dass die Russische Föderation als Mitglied der gemeinsamen Friedenstruppe in Südossetien und der Friedenstruppe der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) in Abchasien Verantwortung für den Schutz der gesamten Zivilbevölkerung in diesen Gebieten trug;
4. **darüber hinaus zur Kenntnis nehmend**, dass das russische Militär monatelang die Anzahl der Truppen, Spezialkräfte und die militärische Ausrüstung in Südossetien und Abchasien in einem weit über eine für Friedenstruppen geeignetem Maße hinaus verstärkt und somit zu einer Eskalierung der Spannungen in beiden Regionen beigetragen hatte;
5. **in der Erkenntnis**, dass die Fakten im Zusammenhang mit dem Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Georgien und der Russischen Föderation bislang nicht anhand objektiver Quellen verbindlich festgestellt wurden und folglich die Initiative der Europäischen Union im Hinblick auf die Beauftragung einer unabhängigen Untersuchungskommission mit der Feststellung dieser Umstände **gutheißend** und **zur Kenntnis nehmend**, dass die umfassende Zusammenarbeit der Regierungen der Russischen Föderation und Georgiens unbedingte Voraussetzung für ein zufriedenstellendes Untersuchungsergebnis ist;
6. **darüber hinaus in der Erkenntnis**, dass die vermehrten Angriffe auf georgische Dörfer durch Kräfte in Südossetien im August 2008 eine ernste Provokation darstellten;
7. **indessen enttäuscht** darüber, dass die georgischen Behörden mit bewaffneter Gewalt reagierten, was zur Eskalation der Gewalt beitrug;
8. **hervorhebend**, dass Südossetien und Abchasien zum Hoheitsgebiet Georgiens gehören und dass die Russi-

- sche Föderation zahlreichen Resolutionen der Vereinten Nationen zugestimmt hat, darunter der Resolution 1808 des VN-Sicherheitsrates, die die territoriale Integrität Georgiens bekräftigen;
9. **erneut erklärend**, dass jede dauerhafte Lösung für die Lage in Südossetien und Abchasien das Ergebnis politischen Engagements und politischer Verhandlungen anstatt von militärischer Gewalt sein muss;
 10. **in der Hoffnung**, dass weitere multilaterale und bilaterale diplomatische Bemühungen eine Grundlage für eine Erneuerung der Beziehungen zur Russischen Föderation schaffen werden;
 11. die aktive Rolle der Europäischen Union (EU) unter der französischen Präsidentschaft, insbesondere den Einsatz der Grenzbeobachtungsmission, **gutheißen**;
 12. **unter Hervorhebung** des anerkannten internationalen Grundsatzes, dass Friedenstruppen wirklich international sein sollten;
 13. **überzeugt** von der Notwendigkeit, Georgien bei der Bewältigung der Folgen des Konflikts Hilfe zu leisten, und das große Interesse der Geberländer an der Unterstützung Georgiens **zur Kenntnis nehmend**;
 14. **daran erinnernd**, dass die Erklärung des Gipfels von Bukarest vom April 2008 den Antrag Georgiens auf einen Aktionsplan zur Mitgliedschaft (MAP) unterstützt und besagt, dass Georgien ein Mitglied der NATO werden wird;
 15. **darüber hinaus** an ihre früheren Entschließungen **erinnernd**, die einen verstärkten Dialog und eine engere Zusammenarbeit mit Georgien forderten;
 16. die neu eingesetzte NATO-Georgien-Kommission, die der Vertiefung des politischen Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen dem Bündnis und Georgien dient, **gutheißen**;
 17. **FORDERT** die Regierungen der Mitgliedstaaten und Parlamente des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,
 - a. zu einer unabhängigen internationalen Untersuchung zur Feststellung der Kette von Ereignissen beizutragen, die zu diesem Konflikt führten;
 - b. die Genfer Gespräche voranzutreiben, damit eine dauerhafte Lösung für die Konflikte im Hinblick auf Südossetien und Abchasien gefunden wird, ohne dabei Schritte zu unternehmen, die zu einer völkerrechtswidrigen De-facto- oder De-jure-Anerkennung der Unabhängigkeit eines der beiden Gebiete führen könnten;
 - c. sich für die Einsetzung einer internationalen Friedenstruppe auf breiter Basis in Südossetien und Abchasien einzusetzen;
 - d. die Bemühungen der georgischen Regierung um den Abschluss politischer und wirtschaftlicher Reformen zu unterstützen und dabei den Schwerpunkt auf wichtige demokratische und institutionelle Ziele zu legen, die es Georgien ermöglichen werden, den euro-atlantischen Strukturen beizutreten, sobald die Zeit dafür geeignet erscheint;
 - e. Georgien einen Aktionsplan zur Mitgliedschaft (MAP) anzubieten;
 - f. die Bemühungen um die Erhöhung der Lieferung von Energieressourcen, die Georgien durchqueren, zu unterstützen, wodurch die Abhängigkeit Europas von russischen Erdgas- und Erdöllieferungen verringert wird;
 - g. Georgien beim Wiederaufbau der während des Konflikts zerstörten Infrastrukturen zu helfen;
 - h. einen konstruktiven Dialog mit der Russischen Föderation aufrecht zu erhalten, um langfristige Stabilität in der Region des Südkaukasus zu fördern;
 - i. Druck auf die Russische Föderation auszuüben, um eine vollständige Einhaltung der Bedingungen des Waffenstillstandsabkommens zu erreichen.

